

DIE RECHTSPERSÖNLICHKEIT DES STAATES

I. Teil

Dogmengeschichtliche Darstellung

DISSERTATION

der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich

zur Erlangung der Würde eines Doktors beider Rechte

vorgelegt von

ULRICH HÄFELIN

von Winterthur und Oberbüren SG

genehmigt auf Antrag von

Herrn Prof. Dr. Z. GIACOMETTI



Teildruck

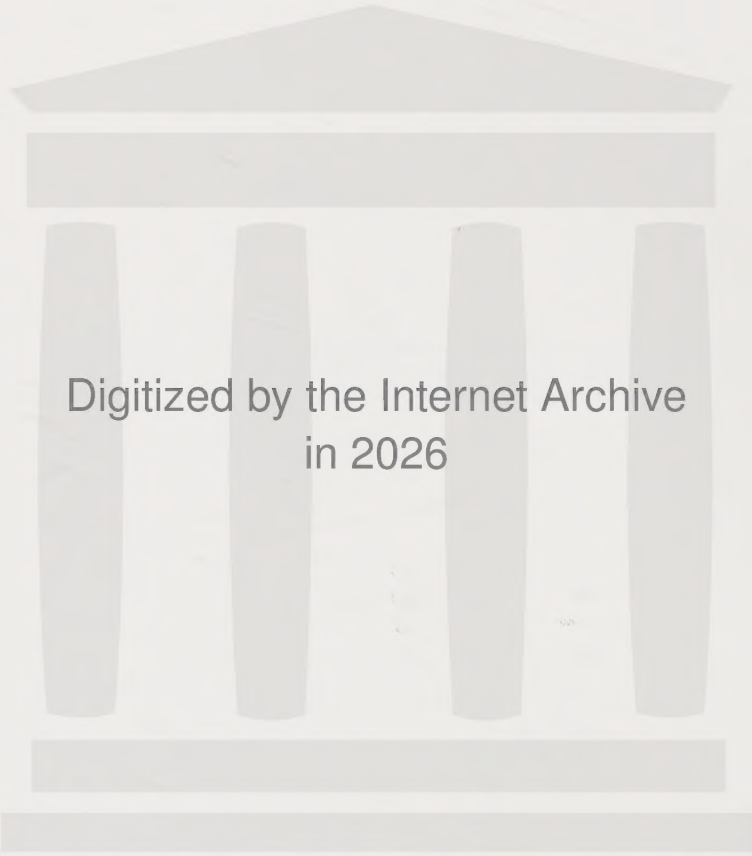
Die vollständige Arbeit erscheint als Buch im Verlag
J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, den 19. Dezember 1953

Der Dekan:
Prof. Dr. W. Bickel

MEINEN LIEBEN ELTERN
IN DANKBARKEIT



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Vorwort

Mein verehrter Lehrer, Herr Prof. Dr. Z. Giacometti, hat mich auf den in dieser Arbeit behandelten Problemkreis aufmerksam gemacht und mir viele wertvolle Anregungen gegeben. Ich möchte ihm für seine Anteilnahme und Förderung sehr herzlich danken. Besonderen Dank schulde ich auch Herrn Prof. Dr. K. S. Bader für die mannigfaltige Hilfe, die er mir in reichem Maße angedeihen ließ.

Die Veröffentlichung dieser Arbeit wurde ermöglicht durch Druckkostenzuschüsse des Billeter-Fonds der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich und der Stiftung von Schnyder von Wartensee, Zürich. Für beide Beiträge spreche ich meinen herzlichen Dank aus.

Mein Dank gilt schließlich auch dem Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, der in entgegenkommender und umsichtiger Weise um die Herausgabe dieses Buches bemüht war.

Zollikon bei Zürich, 29. Mai 1959

U. Häfelin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Einleitung	1
§ 1. Das Problem der Rechtspersönlichkeit des Staates – Gang der Untersuchung	1
I. Das Problem der Rechtspersönlichkeit des Staates, seine Stellung und Bedeutung	1
II. Gang und Methode der Untersuchung	3
I. Abschnitt: Die Staatslehren des Altertums und des Mittelalters	5
§ 2. Die Staatslehren des Altertums	5
I. Die Staatslehren der Griechen	5
II. Die Staatslehren der Römer	8
§ 3. Die Staatslehren des Mittelalters	11
II. Abschnitt: Die Staatslehren des 16.–18. Jahrhunderts, insbesondere des Naturrechts	24
§ 4. Der Beginn der Neuzeit – Jean Bodin (1530–1596)	24
§ 5. Die Grundlagen der naturrechtlichen Theorie der Staatspersönlichkeit	25
§ 6. Johannes Althusius (1557–1638)	27
§ 7. Hugo Grotius (1583–1645)	29
§ 8. Thomas Hobbes (1588–1679)	31
§ 9. John Locke (1632–1704)	35
§ 10. Samuel Pufendorf (1632–1694)	38
§ 11. Leibniz, Thomasius und Wolff	41
I. Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716)	41
II. Christian Thomasius (1655–1728)	42
III. Christian Wolff (1679–1754)	43
§ 12. Jean-Jacques Rousseau (1712–1778)	45
§ 13. Immanuel Kant (1724–1804)	47

§ 14. Die Nachfolger Kants: Schmalz und Fries	50
I. Theodor Schmalz (1760–1831)	50
II. Jakob Friedrich Fries (1773–1843)	52
§ 15. Der Zerfall der naturrechtlichen Persönlichkeitstheorie	53
§ 16. Die Negation des Staatspersönlichkeitsbegriffes im Naturrecht: Johann Friedrich Horn (1620–1670)	55
§ 17. Das Verhältnis der naturrechtlichen Persönlichkeitstheorie zu den herrschenden staatspolitischen Anschauungen dieser Zeit	57
§ 18. Zusammenfassende Würdigung der naturrechtlichen Persönlichkeitstheorie	60
 III. Abschnitt: Die Staatslehren des 19. und 20. Jahrhunderts in Deutschland	 66
I. Kapitel: Die staatsrechtliche Literatur des ausgehenden 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	66
§ 19. Die Staatsrechtslehre des ausgehenden 18. Jahrhunderts	66
§ 20. Die Staatsrechtslehre der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	69
I. Die naturrechtliche Richtung	70
II. Die spekulativ-organologische Richtung	72
III. Die kritisch-positivistische Richtung	75
IV. Zusammenfassende Würdigung	78
§ 21. Wilhelm Eduard Albrecht (1800–1876)	84
II. Kapitel: Die spekulative Staatsphilosophie	90
§ 22. Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831)	90
§ 23. Schelling und die von ihm beeinflussten Staatslehren	98
§ 24. Friedrich Julius Stahl (1802–1861)	103
III. Kapitel: Die organische Staatslehre	105
§ 25. Grundlagen und Grundzüge der organischen Staatslehre	105
§ 26. Johann Caspar Bluntschli (1808–1881)	111
§ 27. Otto Bähr (1817–1895)	112
§ 28. Otto von Gierke (1841–1921)	113
§ 29. Hugo Preuss (1860–1925)	118
§ 30. Edmund Bernatzik (1854–1919)	119
§ 31. Einschränkung und kritische Zusammenfassung der organischen Persönlichkeitstheorie	120
IV. Kapitel: Die anorganische Staatslehre	124
§ 32. Grundlagen und Grundzüge der anorganischen Staatslehre	124
§ 33. Carl Friedrich von Gerber (1823–1891)	131

§ 34. Paul Laband (1838–1918)	133
§ 35. Georg Jellinek (1851–1911)	136
§ 36. Die Staatspersönlichkeitstheorie bei den übrigen Vertretern der anorganischen Staatslehre, insbesondere in der Zeit nach Jellinek	142
I. Das Verhältnis des Begriffs der juristischen Staatspersönlichkeit zu anderen Staatsbetrachtungen	147
II. Die Kriterien der Staatspersönlichkeit – deren psychologische Tendenz	148
III. Willens- und Handlungsfähigkeit der Staatspersönlichkeit – die staatliche Selbstverpflichtung	149
IV. Die Staatspersönlichkeit als Konstruktion oder Fiktion	150
V. Die Einordnung der Staatspersönlichkeit in das Rechtssystem	154
VI. Einschränkungen des Begriffs der Staatspersönlichkeit – dessen Verhältnis zum umfassenden Staatsbegriff	156
VII. Das Verhältnis der Staatsperson zur Rechtsordnung: ihre Unterordnung oder Überordnung	160
VIII. Überblick	164
V. Kapitel: Die Staatsrechtslehre der „Reinen Rechtslehre“ (Wiener Schule)	165
§ 37. Die Staatslehre Hans Kelsens (geb. 1881)	165
I. Die juristische Staatspersönlichkeit als Zentralbegriff eines rein rechtstheoretischen Systems	166
II. Die rechtliche Relativierung des zentralen Begriffes der Staatspersönlichkeit innerhalb des Systems der Rechtsbegriffe	179
III. Die erkenntnistheoretische Relativierung des Begriffes der Staatspersönlichkeit	187
IV. Kritischer Überblick über Kelsens Begriff der Staatspersönlichkeit	194
§ 38. Die Nachfolger Kelsens	199
I. Der Einfluß auf die Staatstheorien außerhalb der Wiener Schule	199
II. Die Staatstheorien der Anhänger der Wiener Schule	200
IV. Abschnitt: Die modernen Staatslehren in Frankreich und Italien	214
§ 39. Die französischen Staatspersönlichkeitstheorien	215
I. Die Begründung der Rechtspersönlichkeit des Staates	217
II. Die systematische Bedeutung des Begriffs der Staatspersönlichkeit	219
III. Umfang und Tragweite des Begriffs der Staatspersönlichkeit	228
IV. Die Staatsperson in ihrem Verhältnis zu Staatsgewalt und Staatswillen	235
V. Das Verhältnis von Staatspersönlichkeit und Rechtsordnung	240
VI. Der rechtliche Charakter der Staatspersönlichkeit und ihr Verhältnis zum soziologischen Substrat	247
VII. Realität, Substantialität und Vitalität der Staatspersönlichkeit	268
VIII. Das Verhältnis der Staatspersönlichkeit zur Nation	282

IX. Die praktisch-politische Tragweite des Staatspersönlichkeitsbegriffes	287
X. Zusammenfassende Charakterisierung der französischen Staatspersönlichkeitstheorien	294
§ 40. Die italienischen Staatspersönlichkeitstheorien	295
I. Die Begründung der Rechtspersönlichkeit des Staates	297
II. Die systematische Bedeutung des Begriffs der Staatspersönlichkeit	299
III. Der Geltungsbereich des Begriffs der Staatspersönlichkeit	306
IV. Das Verhältnis des Begriffs der Staatspersönlichkeit zum allgemeinen Staatsbegriff und seinen Elementen	310
V. Einheit und Kontinuität der Staatspersönlichkeit	312
VI. Realität, Substantialität und Vitalität der Staatspersönlichkeit	315
VII. Willens- und Handlungsfähigkeit der Staatspersönlichkeit – der Begriff des Staatsorgans	322
VIII. Das Verhältnis der Staatsperson zur Staatsgewalt	327
IX. Das Verhältnis der Staatsperson zur Rechtsordnung	332
X. Die praktisch-politische Tragweite des Staatspersönlichkeitsbegriffes	351
XI. Überblick über die italienischen Staatspersönlichkeitstheorien	353
Anhang	
§ 41. Die das Staatspersönlichkeitsdogma verwerfenden Staatstheorien	355
I. Die Negation des Staatspersönlichkeitsdogmas in der deutschen Staatsrechtslehre	355
II. Die Negation des Staatspersönlichkeitsdogmas in der schweizerischen Staatsrechtslehre	372
III. Die Negation des Staatspersönlichkeitsdogmas in der französischen Staatsrechtslehre	376
IV. Die Negation des Staatspersönlichkeitsdogmas in der italienischen Staatsrechtslehre	389
V. Überblick über die das Persönlichkeitsdogma ablehnenden Staatstheorien	392
Schlußbetrachtung	
§ 42. Zusammenfassender Überblick über die Ergebnisse der Geschichte des Staatspersönlichkeitsdogmas	395
Abkürzungsverzeichnis	405
Literaturverzeichnis	407

Einleitung

§ 1. Das Problem der Rechtspersönlichkeit des Staates – Gang der Untersuchung

I. Das Problem der Rechtspersönlichkeit des Staates, seine Stellung und Bedeutung

Die herrschende Staatsrechtslehre Deutschlands, Frankreichs und Italiens geht aus von einem Staatsbegriff, der den Staat als Rechtspersönlichkeit definiert. Obwohl sich dagegen auch Einwände und Widerspruch erhoben haben, ist doch seit langer Zeit und bis auf heute das Dogma der Rechtssubjektivität des Staates im allgemeinen als die Grundlage anerkannt worden, auf der das Staatsrechtssystem errichtet werden soll. Innerhalb der publizistischen Literatur nehmen die Ausführungen, die diesem Zentralbegriff des öffentlichen Rechtes gelten, einen außerordentlich großen Raum ein. Die Verbreitung dieser rechtlichen Staatskonstruktion ist eine derart mächtige, daß der Begriff der juristischen Staatspersönlichkeit vielfach aber auch ohne nähere Begründung als ganz selbstverständlicher Ausgangspunkt der staatsrechtlichen Darlegungen benutzt wird.

Wenn in den folgenden Untersuchungen die Theorie der Rechtssubjektivität des Staates näher betrachtet werden soll, so gilt es, zunächst die Frage genau zu umschreiben, um deren Beantwortung es hier geht. Nur durch das Aufzeigen des Rahmens, innerhalb dessen sich das Problem der Staatspersönlichkeit stellt, wird ein Weg durch die Unmenge der in der übergroßen Literatur geäußerten Lehrmeinungen gefunden werden können.

Die zu untersuchende vorherrschende Staatsauffassung will die Frage beantworten, ob der Staat ein Subjekt von Rechten und Pflichten, ob er eine Rechtspersönlichkeit sei. Dabei steht nicht die Privatrechtsfähigkeit des Staates zur Diskussion, sondern es interessiert nur, ob der Staat in seiner öffentlich-rechtlichen Stellung als eine Rechtsperson charakterisiert werden müsse, der die herrschaftlichen Beziehungen im Sinne subjektiver Rechte zuzurechnen sind. Mit dem Begriff der juristischen Staatspersönlichkeit soll also das eigentliche Wesen des Staates zum Ausdruck gebracht werden.

Der Begriff der Rechtspersönlichkeit des Staates will den Staat in die umfassende Kategorie der Rechtspersonen einordnen. Die Untersuchung wird deshalb stets der Frage größte Beachtung schenken müssen, ob sich ein durch-

gängiges Kriterium der Rechtssubjektivität feststellen lasse, das wie bei allen übrigen Rechtssubjekten, so auch beim Staat gegeben ist. Wenn diese Einreihung in den Kreis der Rechtspersonen gelingt, so ist damit notwendig auch die Einordnung des Staates in das Rechtssystem verbunden. Durch die Konstruktion der Rechtspersönlichkeit des Staates wäre zugleich der Begriff gewonnen, der erlauben würde, den Staat als Rechtserscheinung zu erfassen, d. h. sein Wesen in einem Rechtsbegriff zu definieren. Die Frage nach der Rechtssubjektivität des Staates findet auf diese Art ihren Platz in dem weiteren Rahmen des grundsätzlichen und für die Rechts- und Staatstheorie zentralen Problems des Verhältnisses von Staat und Recht.

Die beherrschende Stellung, welche die Konstruktion der Staatspersönlichkeit in einem von diesem Begriff ausgehenden Staatsrechtssystem notwendig einnimmt, führt dazu, daß die übrigen öffentlich-rechtlichen Begriffe sich weitgehend nach diesem Zentralbegriff ausrichten. So knüpft sich an das Problem der Rechtssubjektivität des Staates ein ganzer Komplex davon abgeleiteter Fragen. Da die publizistischen Begriffe unter sich in einem gesamt-systematischen Zusammenhang verflochten sind, bestimmt die Konstruktion des Staatsbegriffes unweigerlich den Charakter des ganzen Staatsrechtssystems. Für die Staatsrechtstheorie kommt deshalb der Frage nach der Persönlichkeitsnatur des Staates eine große Bedeutung zu. Damit ist auch festgehalten, daß unser Problem sich vor allem als ein rechtssystematisches darstellt.

Mit dieser Charakterisierung der Fragestellung ist der Kreis der Betrachtung auf das Rechtliche beschränkt. Der Begriff der Staatspersönlichkeit steht ausschließlich als Rechtsbegriff zur Diskussion. Damit wird zum vorneherein jede Frage nach einer allfälligen außerrechtlichen Persönlichkeitsnatur des Staates außerhalb unserer Untersuchungen verwiesen. Ob man vom Staate als einer Person im philosophischen, ethischen, kulturellen oder politisch-historischen Sinne sprechen könne, entzieht sich unserer juristischen Betrachtungsweise.

Wie auch immer der Staatsbegriff definiert sein möge, immer wird man das Phänomen des Staates nicht nur mit juristischen, sondern notwendig auch mit soziologischen und politisch-ideologischen Gegebenheiten verknüpft finden. Jede Rechtstheorie des Staates muß, um ihre rechtliche Eigengesetzlichkeit nicht zu verlieren, sich klar von diesem Bereich des Außerrechtlichen abheben. Wenn der Staat als Rechtspersönlichkeit erfaßt werden soll, wird sich der juristische Erkenntniswert wesentlich danach bestimmen, wie das Verhältnis zu den dem Staate zugrunde liegenden soziologischen Tatbeständen dargestellt und in welchen Bezug der Rechtsbegriff zu den das Staatsleben beherrschenden politischen Ideen gesetzt wird. Diese Nachbarschaft von Juristischem und Metajuristischem verweist uns bei der Frage nach der Rechtspersönlichkeit des Staates notwendig wiederholt zurück auf eine methodologische Besinnung, die uns des spezifischen Charakters und der Selbständigkeit der juristischen Begriffsbildung bewußt werden läßt.

II. Gang und Methode der Untersuchung

Die in der ungeheuer großen Literatur gebotene Vielfalt der Theorien birgt die Gefahr in sich, daß eine Darstellung des Problems der Staatspersönlichkeit entweder in allzu souveräner Art über das bis anhin Erarbeitete hinweggeht oder aber zu sehr den Einzelheiten der bisherigen Lehren verhaftet bleibt. Um diesen beiden Fehlern nach Möglichkeit zu entgehen, wird hier eine Differenzierung der Methode angestrebt, indem das Problem der Rechtspersönlichkeit des Staates von zwei verschiedenen Seiten her angepackt werden soll.

Der erste Teil wird in dogmengeschichtlicher Betrachtung die bis heute entwickelten Lehren über die Persönlichkeitsnatur des Staates aufzeichnen. Ohne jeden Bezug auf die eigene dogmatische Stellungnahme gilt es hier, der historischen Entwicklung der verschiedenen Lehrmeinungen zu folgen und die Besonderheiten der einzelnen Schulrichtungen möglichst getreu herauszuarbeiten.

Völlig gegensätzlich ist die Methode des zweiten, des dogmatischen Teiles. Dieser will zunächst eine allgemeine und grundsätzliche Antwort auf die Frage nach der Rechtspersönlichkeit des Staates suchen, ohne auf die historische Entwicklung des Persönlichkeitsdogmas Rücksicht zu nehmen. Da diese systematische Untersuchung zu einer Ablehnung der Konstruktion einer Rechtspersönlichkeit des Staates gelangen wird, gehört zum dogmatischen Teil auch die kritische Auseinandersetzung mit den wichtigsten Konsequenzen, welche die Staatslehre aus der Umschreibung des Staates als Rechtsperson gezogen hat.

In der dogmengeschichtlichen Untersuchung wird der Entwicklungsgang des Staatsbegriffes¹ im Hinblick auf die Ausbildung des Persönlichkeitsdogmas verfolgt werden. Die Darstellung setzt sich dabei zur Aufgabe, die charakteristischen Besonderheiten der Formulierungen, welche die verschiedenen Schulrichtungen dem Staatspersönlichkeitsbegriff gaben, festzuhalten² und auf die tragenden Grundgedanken zurückzuführen, welche die Staatsauffassung und das Staatsrechtssystem einer Epoche oder eines Kreises von Autoren bestimmten.

Diese dogmengeschichtliche Einordnung, die den Gesamtcharakter der Staatsanschauung einer bestimmten Zeit oder Schule hervorzuheben sucht, ermöglicht es, den typischen Eigenheiten der verschiedenen Ausgestaltungen des Staatspersönlichkeitsgedankens gerecht zu werden. Eine ausschließlich dogmatische Darstellung, die nur im Hinblick auf einzelne Thesen die früheren Lehren berücksichtigt, wäre dazu nicht in der Lage.

¹ Es ist erstaunlich, daß uns bis heute eine umfassende Dogmengeschichte des Staatsbegriffes fehlt.

² Sollen die ganze Fülle der Konstruktionen und Formulierungen veranschaulicht und die feinen Abstufungen und Übergänge der verschiedenen Begriffe nicht verwischt werden, so drängt sich eine Darstellungsart auf, welche die einzelnen Thesen ausführlich belegt.

Den einzelnen Epochen und Schulrichtungen wird notwendig eine verschiedene Behandlung zuteil werden. Da sich das Problem der Rechtspersönlichkeit des Staates vor allem als ein rechtssystematisches darstellt, hat das Staatspersönlichkeitsdogma seine volle Durchbildung erst zu der Zeit erhalten können, da sich ein eigentliches Rechts- und Staatsrechtssystem zu entwickeln begann. Die frühen Theorien von der Staatsperson weisen deshalb in Methode und Ergebnissen eine andere Struktur auf als die späteren. Von großer Bedeutung war es, daß die Publizistik des 19. und 20. Jahrhunderts ein reich gegliedertes Rechtssystem ausbildete und sich immer stärker in kritischer Besinnung um die methodologische Grundlegung ihrer Begriffsbildung bemühte. Dies führte zu einer erweiternden Ausgestaltung und verfeinernden Differenzierung der Staatspersönlichkeitstheorie. Denn einerseits bedeutete die systematische Verknüpfung der staatsrechtlichen Begriffe mit dem zentralen Staatsbegriff, daß stets neue Fragen mit dem Problem der Staatspersönlichkeit verbunden wurden und eine stets wachsende Zahl sich gegenseitig bedingender Thesen in dem einheitlichen Dogma zusammengefaßt wurde. Andererseits nahm sich die juristische Methodologie besonders gerne des Grundbegriffes des Staatsrechtssystems an, so daß der Begriff der Staatspersönlichkeit oft ein treues Abbild der durch die Erkenntniskritik verfeinerten juristischen Methodenlehre darstellte. Diese Entwicklung muß notwendig in der dogmengeschichtlichen Untersuchung zum Ausdruck gelangen.

Die folgende Darstellung bemüht sich, gleichzeitig zwei verschiedenen Anforderungen zu genügen. Sie will die großen Züge der Entwicklung des Staatsbegriffs herausarbeiten und zugleich doch auch die mannigfachen Differenzierungen aufzeichnen, welche das Dogma von der Rechtspersönlichkeit des Staates erfahren hat ³.

Der heutigen Staats- und Rechtslehre, die sich neu auf ihre Aufgabe besinnt und sich vor allem materialen Problemen zuwendet, mögen gelegentlich manche der Fragen der früheren Staats- und Rechtstheorie als überholt oder als bloß formal erscheinen. Vielleicht ergeht es zuweilen auch dem Problem der Rechtspersönlichkeit des Staates so. Unser Denken ist aber derart stark der gesamten Entwicklung der Wissenschaft von Recht und Staat verpflichtet, daß uns nicht das Beiseitelassen der bisherigen Leistungen weiter bringt, sondern nur das Eingehen auf die bisher entwickelten Lehren und deren Vertiefung oder Überwindung in systematischer Auseinandersetzung.

³ Um der doppelten Aufgabe der Darstellung nachzukommen, müssen außer den Belegen auch viele Ausführungen, die einzelne Differenzierungen charakterisieren wollen, in die Anmerkungen verwiesen werden. Diese nehmen deshalb oft ein ungewöhnliches Ausmaß an. Wenn es dafür gelingen sollte, im Text die großen Linien klarer zu zeichnen, so dürfte die Besonderheit solcher Darstellungsweise wohl in Kauf genommen werden.

I. Abschnitt

Die Staatslehren des Altertums und des Mittelalters

Da sich in der Literatur die Meinung vertreten findet, es hätten bereits das Altertum und das Mittelalter den Begriff der Rechtspersönlichkeit des Staates gekannt, muß hier – gleichsam als Einleitung zur dogmengeschichtlichen Darstellung der neuzeitlichen Staatstheorien, denen unsere Untersuchung vor allem gilt – ein kurzer Überblick über die Staatslehren der Antike und des Mittelalters vorangestellt werden. Er soll abklären, ob schon in diesen frühen Zeiten die Konstruktion der juristischen Staatspersönlichkeit anzutreffen ist oder ob sich wenigstens Ansatzpunkte zu dieser subjektiven Formulierung des Staatsbegriffes vorfinden ¹.

§ 2. Die Staatslehren des Altertums

I. Die Staatslehren der Griechen

Die griechische Philosophie wandte der Betrachtung des Staates ein sehr großes Interesse zu ². Das eigentliche Anliegen des griechischen Staatsdenkens war dabei stets die ethisch-politische Erfassung des Staates, insbesondere das Problem des Idealstaates ³, und nicht die theoretische Formulierung eines Staatsbegriffes ⁴. Es ist zu beachten, daß die Griechen nicht von einer abstrakten Vorstellung des Staates ausgingen, sich nicht um eine allgemeingültige

¹ Dabei muß stets darauf geachtet werden, daß den Rechts- und Staatsauffassungen früherer Zeiten, die eine vom heutigen Denken abweichende Struktur aufweisen, nicht moderne Begriffe unterschoben und einzelne Formulierungen nicht in ungehörigen Zusammenhang mit modernen Konstruktionen gebracht werden.

² Zur Staatslehre der Griechen vgl. allgemein: *Knauß* 51 ff., bes. 54 f.; *Busolt* I 2 ff., 220 ff.; *Jellinek*, Staatslehre 53 ff.; *Holstein* 6 ff.; *Stanka* 60 ff., 85 ff.

³ *Jones* 6 f., 292; *Knauß* 35 ff., 105 ff., 250 ff.; *Jellinek*, Staatslehre 54 ff.; *Verdroß*, Grundlinien 85 ff., 120 ff., 131; *Hildenbrand* 121 ff., 427 ff.; *Ehrenberg* 77; *Pohlenz* 76 ff., 119 ff.; *Sinclair* 6 f.; *Waldecker*, Staatslehre 370; *Pitamic* 683. – Im griechischen Denken waren Staatslehre und Ethik so eng miteinander verbunden, daß sie ineinander übergingen (*Jones* 13, 292; *Knauß* 235 ff., 252, 270 f.; *McIlwain* 55 f.; *Jellinek*, Staatslehre 56). Da die Polis das gesamte Gemeinschaftsleben umfaßte, kamen die Griechen nicht dazu, Staat und Gesellschaft auseinander zu halten (*Knauß* 228 f.; *Ehrenberg* 67; *Pohlenz* 12; *Jellinek*, Staatslehre 54, 300 f.). Vgl. auch hinten A, 17.

⁴ *Jellinek*, Staatslehre 55; *Sinclair* 6; *Pollock* 14. – *Ehrenberg* geht so weit, zu sagen, die Griechen hätten eigentlich keine genaue „Erkenntnis des realen Staates“ erlangt (S. 33). Es muß aber festgestellt werden, daß die griechischen Staatslehren trotz dem Überwiegen der ethisch-politischen Betrachtung auch namhafte Beiträge zur Erfassung der Staatswirklichkeit lieferten (*Menzel*, Griechische Soziologie 4 f., 71 ff., 106 ff., 119 ff., 152 ff.; *Nef*, Polis 266).

Umschreibung des Staatsbegriffes bemühten⁵, sondern stets ihre Polis vor Augen hatten⁶. Nie erblickten sie im Staate etwas anderes als die Gesamtheit der Bürger⁷. Sie sprachen nicht abstrakt vom Staat an sich, sondern immer von den sichtbaren Beziehungen zwischen den handelnden Menschen⁸. Es lag darum dem griechischen Denken fern, eine besondere Staatspersönlichkeit hinter den Bürgern anzunehmen.

Wohl verglichen die griechischen Philosophen, so besonders *Plato*⁹ und *Aristoteles*¹⁰, den Staat mit dem Menschen¹¹, mit einem beseelten Lebewesen¹² und erfaßten den Einzelmenschen im Verhältnis zum Staat als den Teil eines Ganzen¹³. Aber diese Formulierungen führten nicht zu einer eigentlichen Staatskonstruktion und waren ohne Bezug auf das Recht¹⁴.

⁵ *Knauß* 54; *Ehrenberg* 67, 77; *Pohlenz* 7. Anders hingegen *Rehm*, Geschichte 72 ff.

⁶ *Knauß* 250; *Ehrenberg* 77; *Nef*, Polis 254, 267; *Pohlenz* 7, 113, 127. – *Nef* weist darauf hin, daß man in der griechischen Staatslehre das, was Ausdruck der Besonderheit der Polis ist, streng von dem, was trotz des bedingten Ausgangspunktes allgemeingültig ist, trennen müsse (Polis 267). Über das Verhältnis der Staatstheorien von Plato und Aristoteles zur politischen Wirklichkeit des griechischen Staates vgl. auch: *Dunning* I 43 ff., 93 ff.; *Stanka* 227 f.

⁷ *Ehrenberg* 32, 67, 69 f.; *McIlwain* 10 ff., 39; *Vinogradoff* II 102 f., 106, 113; *Knauß* 54 ff., 133 f., 185; *Nef*, Polis 257 f.; *Pohlenz* 7, 11 f. – Dementsprechend richtete sich der Name des Staates stets nach dem Namen des Volkes (*Knauß* 54 f., 185; *Jones* 163; *Ehrenberg* 66). Die Griechen unterschieden aber doch das Volk von den einzelnen Bürgern (*Jones* 152).

⁸ *Knauß* 211 ff., 228 ff., 251; *Vinogradoff* II 102 f.; *Bernatzik*, Republik 9. – Der Sprachgebrauch ließ nicht den „Staat“ oder die „Behörde“ etwas tun, sondern nannte die Menschen, die handelnd auftraten (*Knauß* 211 ff., 233). Diese stets vom Einzelmenschen ausgehende Betrachtungsweise war sicherlich auch dadurch bedingt, daß der Machtapparat des griechischen Staates nur unbedeutend war (*Knauß* 145 ff.).

⁹ Zur Staatslehre von Plato vgl.: *Hildenbrand* 98 ff.; *Verdroß*, Grundlinien 69 ff.; *Del Vecchio*, Lehrbuch 33 ff.; *Sinclair* 145 ff.; *Pollock* 14; *Rehm*, Geschichte 30 ff.; *Holstein* 6 ff.; *Pohlenz* 76 ff.; *Sabine* 52 ff.; *Bowle* 48 ff.; *Stanka* 146 ff.; *Dunning* I 23 ff.; *Catlin* 43 ff.

¹⁰ Zur Staatslehre von Aristoteles vgl.: *Ueberweg* I 393 ff.; *Hildenbrand* 250 ff.; *Del Vecchio*, Lehrbuch 37 ff.; *Rehm*, Geschichte 60 ff.; *Sinclair* 209 ff.; *McIlwain* 12 f., 39, 55 f., 63; *Holstein* 18 ff.; *Pohlenz* 108 ff.; *Dunning* I 55 ff.; *Sabine* 87 ff.; *Bowle* 60 ff.; *Stanka* 186 ff., bes. 197 ff.; *Catlin* 81 ff.

¹¹ *Vinogradoff* II 12 f.; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 14 ff.; *Ueberweg* I 274 f.; *Del Vecchio*, Lehrbuch 33 f.; *Rehm*, Geschichte 32 f.; *Verdroß*, Grundlinien 129 f.; *Pohlenz* 80; *Holstein* 13; *Kistiakowski* 3 ff.

¹² *Verdroß*, Grundlinien 129; *Bernatzik*, Republik 7. – Über den Vergleich des Staates mit einem Organismus und die organologische Methode in der griechischen Staatslehre vgl.: *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 13 ff.; *Menzel*, Griechische Soziologie 15, 128 ff.; *McIlwain* 13; *Vinogradoff* II 96, 105; *Verdroß*, Grundlinien 129 f.; *Rehm*, Geschichte 42; *Pohlenz* 112, 119; *Krabbe*, Staatslehre 27; *Stanka* 228.

¹³ *Jones* 152 ff.; *Verdroß*, Grundlinien 129; *Ehrenberg* 38. – Aristoteles lehrte, der Staat sei das logische Prius vor dem Individuum, wie das Ganze vor dem Teil gegeben sei (*Hildenbrand* 268 f.; *Verdroß*, Grundlinien 133; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 12; *McIlwain* 66 ff.; *Rehm*, Geschichte 77; *Pohlenz* 112). Den Griechen war die Vorstellung nicht unbekannt, daß das Staatsganze trotz des Wechsels der Glieder seine Identität bewahre (*Jones* 152 ff.; vgl. auch A. 23). Aristoteles begründete die Identität des Staates in der Identität der Verfassung (*Pollock* 25 f.; *Jellinek*, Staatslehre 281 A. 1, 506; *Jones* 153 ff.; *Bernatzik*, Republik 8; *Dunning* I 65 f.).

¹⁴ *Rehm*, Geschichte 32 f., 42 f., 77 f.; *Bernatzik*, Republik 7 f.; *Kistiakowski* 7; *Pitamic* 684 f.

Es kann sicherlich nicht die Rede davon sein, daß die Griechen den Staat als eigentlichen Rechtsbegriff zu fassen versucht hätten¹⁵. Zwar stellten sie das ganze staatliche Leben unter die Herrschaft des Nomos¹⁶. Aber mit dem Begriff des Nomos bezeichneten die Griechen ja nicht nur das, was wir heute Recht nennen, sondern die gesamte normative Ordnung der in der Polis vereinigten Gemeinschaft¹⁷. Das vor allem auf das Ethische gerichtete Denken der Griechen gelangte nicht zu einem weit entwickelten Rechtssystem¹⁸ und nicht zu sehr vielen technischen Rechtsbegriffen¹⁹. Insbesondere fehlte ein technischer Ausdruck für die Korporationspersönlichkeit²⁰, obwohl das griechische Recht Korporationen als selbständige Rechtsträger anerkannte²¹. Da die Griechen den Staat nur als die Gesamtheit der Bürger auffaßten, hatten sie keine Veranlassung, dem Staate als einem selbständigen Rechtssubjekt Rechtsbeziehungen zuzurechnen²². Staatliches Land und Vermögen betrachteten sie nicht als Eigentum einer von den Bürgern verschiedenen Rechtsperson²³; sie ließen die Bürger und die mit öffentlichen Aufgaben Betrauten

¹⁵ Jellinek, Staatslehre 58; Bernatzik, Republik 6. Anders hingegen Rehm, Geschichte 50 f., 75 ff. – Obwohl die Griechen zwischen öffentlichem und privatem Recht unterschieden (Jones 116 ff.), hatten sie kein eigentliches Staatsrecht herausgearbeitet (Bernatzik, Republik 6; Busolt I 2 f.). Über die uneinheitliche Art, wie sich die Griechen das Verhältnis von Recht und Macht vorstellten, vgl.: Knauß 235 ff.; Sinclair 74 ff.; Menzel, Beiträge 241 ff.; Bernatzik, Republik 9 ff. – Es klingt, besonders im Hinblick auf den weiten Begriff des Nomos (vgl. bei A. 17), sehr erstaunlich, wenn Pitamic behauptet, die Staatstheorie von Aristoteles finde eine weitgehende Parallele in der Reinen Rechtslehre Kelsens (S. 690 f.); denn Aristoteles habe gleich wie Kelsen den Staat mit der objektiven Rechtsordnung identifiziert (S. 684 ff.) und als rechtsinhaltlichen Begriff aufgefaßt (S. 692). Zur Staatskonstruktion Kelsens vgl. hinten § 37, bes. bei A. 9 ff., 20 ff.

¹⁶ Knauß 98 f., 142, 144, 193, 230, 273 f.; Menzel, Beiträge 159 ff.; Nef, Polis 259 f.

¹⁷ Jones 11 ff., 34 ff.; Knauß 99, 106 ff.; Sinclair 40 f.; Ehrenberg 74; Nef, Polis 259; Wilamowitz-Moellendorff 63 f., 84. – Dem umfassenden Charakter des Nomos entsprach der umfassende Charakter der Polis (vgl. Ehrenberg 74 und vorn A. 3).

¹⁸ Jones V, 293; Schulz, History 55; Wilamowitz-Moellendorff 213.

¹⁹ Busolt I 3; Jones 296 ff.

²⁰ Jones 162 f. – Vergeblich sucht man nach einem besonderen Begriff der Rechtssubjektivität (Gierke, Genossenschaftsrecht III 11). Dementsprechend ließen sich Korporation und Gesellschaft nicht klar voneinander abgrenzen (Lipsius 767 ff.; Vinogradoff II 121 f.).

²¹ Lipsius 799 f.; Jones 152 ff., 158; Vinogradoff II 122 ff.; vgl. auch Wilamowitz-Moellendorff 52 f. – Dabei fällt der öffentlich-rechtliche Einspruch aller Korporationen auf (Jones 158).

²² Jones bemerkt, daß nie der Versuch gemacht worden sei, die Stadt Athen als allein berechnete und verpflichtete Person von der Gesamtheit der Bürger zu trennen (S. 163). Das griechische Denken konstruierte nicht ein Rechtsverhältnis zwischen Staat und Bürger, sondern erfaßte die öffentlichen Rechtsbeziehungen als ein Netz von Beziehungen zwischen Einzelnen (Knauß 229 ff., 251; Bernatzik, Republik 14; Ehrenberg 29).

²³ Jones 155, 199; Vinogradoff II 113. – Meist bestand überhaupt keine einheitliche Staatskasse (Ehrenberg 63; Vinogradoff II 110 f.). Allerdings nahmen die Griechen doch eine Kontinuität der vermögensrechtlichen Beziehungen der Gemeinschaft an (Jones 153 ff.; vgl. auch Vinogradoff II 97, 104 ff.).

persönlich für die staatlichen Verbindlichkeiten haften²⁴; auch eine eigentliche Vertretung des Staates war ihnen fremd²⁵.

So muß zusammenfassend festgestellt werden, daß der griechischen Staatslehre der Begriff der Rechtspersönlichkeit des Staates unbekannt war²⁶.

II. Die Staatslehren der Römer

Mit Ausnahme der von den Griechen beeinflussten Denker²⁷ entwickelten die Römer keine allgemeinen Staatstheorien, die über das positive Verfassungsrecht hinausgingen²⁸. Ihr Interesse galt dem politischen Leben und der rechtlichen Praxis²⁹, nicht der Definition eines theoretischen Staatsbegriffes³⁰. Zudem beschränkten sich die Juristen meist auf die Erarbeitung des Privatrechts³¹; ein System des Staatsrechts fehlte³².

Die Römer stellten sich den Staat stets nur in der Gestalt der vereinigten Bürger vor³³. Wo wir heute von „Staat“ sprechen, sprachen sie vom „popu-

²⁴ Jones 155 f., 163.

²⁵ Bernatzik, Republik 9; Jellinek, Staatslehre 567 f. Anders hingegen Vinogradoff II 107 f. – Es ist bezeichnend, daß das griechische Recht grundsätzlich keinen Staatsanwalt kannte, da bei Verbrechen gegen den Staat jeder Bürger zur Klage legitimiert war (Lipsius 237 ff.; Knauß 224, 229; Jones 128; Pohlenz 11); ebenso wurden die Klagen auf Konfiskation und Enteignung von den einzelnen Bürgern eingeleitet (Jones 156 f.).

²⁶ Gleicher Ansicht sind Jones (S. 155 f., 163, 199), Hildenbrand (S. 23), Gierke (Genossenschaftsrecht III 12 ff.), Rehm, (Geschichte 32 f., 42, 76 ff.) und Bernatzik (Republik 7, 9). Auch Vinogradoff, dessen Ausführungen zu dieser Frage (II 103 ff.) allerdings nicht ganz klar sind, erklärt, die Griechen hätten den Staat nicht als Korporation im modernen Sinne des Wortes aufgefaßt (II 98). Verschiedene Autoren heben hervor, daß die Konstruktion einer juristischen Staatspersönlichkeit insbesondere der Staatslehre von Plato und Aristoteles fremd gewesen seien (Rehm, Geschichte 32 f., 42 f.; Pitamic 684; resp. McLwain 63 f.; Rehm, Geschichte 76 ff.; Pitamic 685 f.). Interessant ist auch der Hinweis von Jones, daß die Griechen trotz ihrer Neigung zu Personifikationen offenbar den Nomos nie personifiziert haben (S. 152, bes. A. 1). – Die gegenteilige Ansicht, daß nämlich die griechische Staatslehre den Begriff der Rechtspersönlichkeit des Staates bereits gekannt habe, wird vertreten von Meyer-Anschütz (S. 14: der Staatspersönlichkeitsbegriff sei „schon bei den politischen Schriftstellern des klassischen Altertums mit völliger Klarheit ausgesprochen“), Kistiakowski (S. 6, bes. A. 3: Platos Vorstellung von der Menschenähnlichkeit des Staates habe den Begriff der Staatspersönlichkeit bereits enthalten), Pohlenz (S. 11, 112, 159 A. 18: mit dem allgemeinen Hinweis auf „zahllose urkundliche Belege“), Stier-Somlo (Reichsstaatsrecht 49) und – allerdings nicht sehr deutlich – auch von Wilamowitz-Moellendorf (S. 50 f.).

²⁷ Vgl. dazu hinten bei A. 50 ff.

²⁸ Schulz, Prinzipien 67; History 70 f.

²⁹ Schulz, History 71.

³⁰ Seel 3. – Das Denken der Römer wandte sich vor allem der genauen Erfassung konkreter Probleme, nicht der Entwicklung großer Spekulationen zu (Schulz, History 70).

³¹ Schulz, Classical roman law 88, 90; Prinzipien 23; Lübtow, Volk 311 f.; Krabbe, Staatslehre 39 f.

³² Mommsen I 3 f.; Lübtow, Volk 311 f.; Schulz, History 46, 81, 138, 163; Prinzipien 19 ff. Vgl. aber auch Rehm, Geschichte 144 ff.

³³ Jhering, Geist I 209 ff.; II/1 S. 236; Mommsen III/1 S. 3 ff.; Meyer 234, 347 f.; Kaser 261; Lübtow, Volk 469 ff.; Iustitia 481; Bemerkungen 494; Hölder, Personen 169 ff.; Rehm, Geschichte 150. – Zur Staatsauffassung der Römer vgl. allgemein Meyer 234 ff., 346 ff.

lus“³⁴. Der Staat erschien ihnen nicht als abstrakter Begriff³⁵; sie erblickten im Volk den Träger der öffentlich-rechtlichen Beziehungen³⁶. Deshalb trat auch das Volk als Eigentümer der *res publicae* auf³⁷; das *aerarium* gehörte nicht einer hinter dem Volk stehenden Rechtsperson³⁸.

Die römischen Juristen empfanden nie das Bedürfnis, den Staat zusammen mit den Vereinen in einem technischen Oberbegriff zusammenzufassen³⁹. Der empirischen, allen Abstraktionen abgeneigten Natur der römischen Rechtswissenschaft⁴⁰ lag es fern, einen allgemeinen Begriff der Rechtsfähigkeit⁴¹ oder der juristischen Person⁴² aufzustellen. Zweifellos kannte das römische Recht rechtsfähige Verbände⁴³. Aber es versuchte keine Konstruktionen, die über die Feststellung der Verselbständigung des Verbandsvermögens hinausgegangen wären⁴⁴. Den Römern fehlte ein Begriff der Korporation⁴⁵; sie

³⁴ Lübtow, Volk 469; Bemerkungen 494.

³⁵ Lübtow, Volk 469, 471, 473, 615; Iustitia 481; Bemerkungen 494 f., 497, 499.

³⁶ Lübtow, Bemerkungen 497.

³⁷ Schulz, Classical roman law 89; Lübtow, Volk 615. – Dabei ist im Auge zu behalten, daß alle Rechtsbeziehungen des *populus*, auch die vermögensrechtlichen, dem Privatrecht entzogen waren und im hoheitlichen Bereich verblieben (Kaser 261; Schulz, Prinzipien 19, 120 f.; Classical roman law 89 f.; Lübtow, Iustitia 481 f.; Bemerkungen 497). Deshalb waren die *res publicae* von den *res privatae* streng getrennt (Schulz, Classical roman law 89 f., 340 f.; Kaser 261 f., 322; Lübtow, Volk 21 f., 236 ff., 607 f., 617 ff.; Bemerkungen 497 ff.).

³⁸ Kaser 261; Lübtow, Volk 615; Schulz, Classical roman law 89. – Auch der *fiscus*, der in seinen Anfängen noch dem Privatrecht unterstand, stellte nicht das Vermögen des abstrakt gedachten Staates dar, sondern war das Verwaltungsvermögen des jeweiligen princeps (Schulz, Classical roman law 91; Prinzipien 121; Kaser 261 f.; Lübtow, Bemerkungen 500).

³⁹ Lübtow, Bemerkungen 493.

⁴⁰ Der Zurückhaltung im Abstrahieren (Schulz, Prinzipien 28, 30, 33 ff., 44) und im Bilden von Begriffen (Schulz, Prinzipien 30) entsprach es, daß die römischen Juristen keine Rechtsphilosophie pflegten (Schulz, History 57 f., 69 f., 135; vgl. auch McLwain 104; Carlyle I 35; Seel 64).

⁴¹ Kaser 234; Schulz, Prinzipien 30; Lübtow, Bemerkungen 475. – Es ist festzuhalten, daß der Ausdruck „*persona*“ nie ein technischer Begriff für Rechtsfähigkeit war; er bedeutete lediglich „*homo*“ (Schulz, Classical roman law 71; Prinzipien 30; Lübtow, Bemerkungen 472 ff., 493).

⁴² Lübtow, Bemerkungen 471 f., 474 f., 477, 493, 510; Volk 473, 615; Kaser 260. – Sicherlich kannte das klassische Recht den Begriff der juristischen Person nicht (Schulz, Classical roman law 86; Jörs-Kunkel 74; Schnorr von Carolsfeld 144, 206, 402 f.). In den neuesten Untersuchungen zu dieser Frage gelangen Lübtow (Bemerkungen 503; Volk 471) und Philipsborn (S. 58 f., 61 ff., 66, 70) zum Ergebnis, daß auch der byzantinischen Zeit der Begriff fremd gewesen war.

⁴³ Lübtow, Bemerkungen 473 ff.; Schulz, Classical roman law 87. – Zur Entwicklung des römischen Verbandsrechts vgl.: Schnorr von Carolsfeld 52 ff., 59 ff., 144, 147 ff., 175 f.; Jörs-Kunkel 74 ff.; Savigny, System II 246 ff. – Da das Verbandsrecht stark ins öffentliche Recht hineinreichte (Schulz, Classical roman law 88, 93, 95 f., 99; Kaser 259 f., 263 f.), ließen ihm die römischen Juristen keine wissenschaftliche Bearbeitung angedeihen (Schulz, Classical roman law 88; Kaser 264; vgl. vorn bei A. 31).

⁴⁴ Kaser 260; Schulz, Classical roman law 87. – Die Rechtsfähigkeit der Verbände bezog sich also stets nur auf das Vermögensrecht (Lübtow, Bemerkungen 480 f.; Jörs-Kunkel 76; vgl. auch Mommsen I 169 ff.).

⁴⁵ Schulz, Classical roman law 86 f.; Lübtow, Bemerkungen 471 f.; vgl. auch

verfügten nicht einmal über einen einheitlichen technischen Ausdruck ⁴⁶, denn mit den Worten „universitas“ ⁴⁷ und „corpus“ ⁴⁸ wurden die verschiedenartigsten Personenmehrheiten und Organisationsformen bezeichnet. Es stand deshalb den Römern überhaupt kein allgemeiner Begriff der Rechtspersönlichkeit oder Korporation zur Verfügung, den sie allenfalls auf den Staat hätten anwenden können ⁴⁹.

Auch die unter dem entscheidenden Einfluß der griechischen Lehren stehende Staatsphilosophie Roms ⁵⁰ gelangte zu keinem andern Staatsbegriff. Cicero ⁵¹ definierte den Staat als „iuris societas“ ⁵², als „coetus multitudinis iuris consensu et utilitatis communione sociatus“ ⁵³. Wenn sich bei ihm die

Kaser 234. – Ob man nun die rechtsfähigen Verbände des römischen Rechts Korporationen nennen will oder nicht, auf alle Fälle handelte es sich nicht um juristische Personen im heutigen Sinne, sondern eher um Gesamthandverhältnisse, da die Rechtsbeziehungen des Verbandes nicht völlig von den Mitgliedern gelöst waren (Schulz, Prinzipien 49 A. 22; Schnorr von Carolsfeld 202 f., 320 A. 3, 402; Philipsborn 58 ff.).

⁴⁶ Kaser 260 f.

⁴⁷ Zur Verwendung des Ausdruckes „universitas“ vgl.: Schnorr von Carolsfeld 59 ff.; Lübtow, Bemerkungen 473, 479 ff., 491 ff.; Philipsborn 58 f.; Schulz, Classical roman law 86; Kaser 261; Hölder, Personen 170 ff.

⁴⁸ Zur Verwendung des Ausdruckes „corpus“ vgl.: Schnorr von Carolsfeld 147 ff.; Philipsborn 42 f., 57 ff.; Schulz, Classical roman law 86.

⁴⁹ Wenn sich also im römischen Schrifttum Stellen finden, wo die „civitas“ oder der „populus“ als „universitas“ (vgl. die Digestenstellen D. 3, 4, 3; D. 3, 4, 8; D. 3, 4, 10; D. 40, 3, 3 und Schnorr von Carolsfeld 59 ff., 112 ff.; Hölder, Personen 170 ff.) oder „corpus“ (vgl. die Digestenstelle D. 41, 3, 30 pr. und Schnorr von Carolsfeld 147, 160, 163, 175; Philipsborn 42 f.; zu Cicero vgl. A. 55) bezeichnet wurde, so ist stets zu bedenken, daß es sich um untechnische Ausdrücke für Personenvielfheiten aller Art handelt; aus solchen Formulierungen dürfen keine systematischen oder begrifflichen Konsequenzen gezogen werden. – Es wird angenommen, daß die Gemeinden und der Staat beim Aufkommen der privaten Verbände als Vorbild dienten, indem diesen Verbänden „ad exemplum rei publicae“ Rechte zuerkannt worden seien (vgl. die Digestenstelle D. 3, 4, 1, 1 und Schnorr von Carolsfeld 7 A. 4, 145/46 A. 8, 319, 326, 344, 388 f.); daraus darf aber nicht etwa geschlossen werden, die Römer hätten die privaten Vereinigungen – auch wenn sie einen öffentlich-rechtlichen Einschlag aufwiesen (vgl. A. 43) – in eine Reihe mit dem Staat gestellt (Schnorr von Carolsfeld 4 ff.). – Zur Auffassung der römischen Gemeinden vgl. Mommsen I 169 ff., 234 ff.

⁵⁰ Zur römischen Staatsphilosophie und ihrer Abhängigkeit von den Griechen vgl.: Holstein 25 ff.; Hildenbrand 523 ff.; Pollock 31 f.; Schulz, History 72; Gierke, Genossenschaftsrecht III 22 ff. – Schulz weist darauf hin, daß die römischen Staatsphilosophen, insbesondere Cicero, deshalb nicht eigentlich das spezifisch römische Denken wiedergaben (Prinzipien 67; History 44, 51, 69, 72).

⁵¹ Zur Staatslehre Ciceros vgl.: Hildenbrand 537 ff.; Verdross, Grundlinien 155 ff.; McLwain 107, 116 f.; Carlyle I 4 f., 13 ff.; Gierke, Genossenschaftsrecht III 22 ff.; Rehm, Geschichte 148 ff.; Seel 4, 8 f., 11, 81; Max Pohlenz, Cicero de re publica als Kunstwerk, in: Festschrift für Richard Reitzenstein (Leipzig/Berlin 1931) bes. S. 82 ff.; Robert N. Wilkin, Eternal lawyer, A legal biography of Cicero, New York 1947, bes. S. 215; Sabine 146 ff.; Dunning I 119 ff.; Bowle 92 ff.; Hippel I 196 ff.; Stanka 280 ff.

⁵² De re publica librorum sex quae manserunt, hrsg. v. K. Ziegler (Bibliotheca Teubneriana), Leipzig 1955, I c. 32 § 49 (S. 30).

⁵³ De re publica I. I c. 25 § 39 (S. 24 f.); ähnlich: I. I c. 26 § 41 (S. 26: „coetus multitudinis“); I. VI c. 13 § 13 (S. 129: „concilia coetusque hominum iure sociati,

Formel findet: „Est igitur proprium munus magistratus intellegere se gerere personam civitatis“⁵⁴, so bedeutet dies nicht, daß Cicero einen technischen Begriff der Rechtspersönlichkeit verwenden wollte; es handelte sich vielmehr lediglich um einen untechnischen Ausdruck dafür, daß der Magistrat bei seinen öffentlichen Geschäften die Rolle der Bürgerschaft spiele, diese vertrete⁵⁵.

Es ist also festzuhalten, daß die Römer den Staat nicht als Rechtsperson auffaßten⁵⁶. Ihrem nüchternen Denken war eine Personifizierung des sichtbaren Volkes fremd⁵⁷.

§ 3. Die Staatslehren des Mittelalters

Die romanistische und kanonistische Rechtswissenschaft des Mittelalters stellte erstmals eine allgemeine *Lehre von den juristischen Personen* auf⁵⁸, die in der von Papst Innozenz IV. begründeten Fiktionstheorie ihren prägnanten Ausdruck fand⁵⁹. Der Begriff der Rechtspersönlichkeit wurde dabei von den Kanonisten in dem Sinne erweitert, daß er auf selbständige Kirchenämter und sodann auch auf weltliche Ämter Anwendung fand⁶⁰. Wenn der Personenbegriff auf diese Weise um ein beachtliches Stück in das Gebiet

quae civitates appellantur“). – Obwohl die Einheit des Staates nicht stark betont war, stellte sich Cicero den Staat doch in seiner Kontinuität vor (De re publica I. I c. 26 § 41 [S. 26]; I. III c. 23 § 34 [S. 97]).

⁵⁴ De officiis, hrsg. v. C. Atzert (Bibliotheca Teubneriana), Leipzig 1949, I. I, 34 (124) (S. 56).

⁵⁵ McLwain 118 A. 1; Lübtow, Bemerkungen 475. – Rehm hingegen zieht aus dieser Formulierung den Schluß, Cicero habe sich den Staat als „fingierte Persönlichkeit des Staatsrechts“ vorgestellt (Geschichte 151). Auch Gierke erklärt, Cicero habe den Staat als Rechtssubjekt erfaßt (Genossenschaftsrecht III 24 f.; vgl. auch A. 56); im gleichen Sinne spricht sich Hippel aus (I 197). – Cicero wandte auf den Staat auch den allgemeinen Ausdruck „corpus“ an; so wenn er lehrte, die mit der Führung der öffentlichen Geschäfte Beauftragten hätten stets für „totum corpus rei publicae“ zu sorgen (De officiis I. I, 25 [85] [S. 38]). Vgl. dazu auch Schnorr von Carolsfeld 160 A. 2; Gierke, Genossenschaftsrecht III 22.

⁵⁶ Derselben Ansicht ist Lübtow (Volk 469, 471, 473; Bemerkungen 494, 499, 509), der hinzufügt, daß auch in der byzantinischen Zeit der Staat nicht als Rechtsperson behandelt wurde (Bemerkungen 499). – Verschiedene Autoren nehmen hingegen an, die Römer hätten den Begriff der Rechtspersönlichkeit des Staates bereits gekannt, so Esmein-Néard (I 2: die Römer hätten den Staat als juristische Person und Subjekt des Staatsgewalt aufgefaßt), Gierke (Genossenschaftsrecht III 23 ff., 43 ff.: die Römer hätten zwar nicht den Begriff der „Staatspersönlichkeit“, wohl aber den der „staatlichen Rechtssubjektivität“ gekannt), Rehm (Geschichte 151; vgl. A. 55) und zum Teil auch Schnorr von Carolsfeld (S. 6 ff.: der Staat sei als Subjekt von Hoheitsrechten betrachtet worden). – Lübtow zeigt, daß sich in der römischen Profanliteratur fiktive Zurechnungen von Wille und Handlung der Magistraten zur „res publica“ oder zum „populus“ finden; dies seien aber nur bildliche Umschreibungen gewesen (Bemerkungen 495 f.).

⁵⁷ Lübtow, Bemerkungen 495, 509.

⁵⁸ Gierke, Genossenschaftsrecht III 277 ff.; Jellinek, Staatslehre 57; Ullmann XIX f., 158; Schulz, Classical roman law 72.

⁵⁹ Gierke, Genossenschaftsrecht III 279 ff.; Lewis I 205, 346 A. 12.

⁶⁰ Bernatzik, Person 183 ff.; Gierke, Genossenschaftsrecht III 262 ff., 331 ff., 422, 595 ff., 607; Althusius 137.

des öffentlichen Rechts eindrang, so blieb er aber doch auch hier ein vermögensrechtlicher: nur um der Verselbständigung des Kirchen- oder Amtsvermögens willen wurde eine besondere juristische Persönlichkeit des Amtes angenommen⁶¹. Gleichfalls hatte es im wesentlichen bloß vermögensrechtliche Bedeutung, wenn die Juristen dieser Zeit den Staat in die allgemeine Kategorie der juristischen Personen und Korporationen einordneten⁶².

Die *mittelalterliche Korporationentheorie* übte einen großen Einfluß auf die Entwicklung der Staatslehre aus⁶³. Sie schuf in zweifacher Hinsicht die Voraussetzung des neuzeitlichen Staatsbegriffes. Einerseits stellte sie einen allgemeinen Korporationsbegriff zur Verfügung, der den Ausgangspunkt der korporativen Umschreibung des Staates bildete. Andererseits eröffnete sie gleichzeitig die Möglichkeit, den Staat als Rechtsbegriff zu erfassen⁶⁴. Das Mittelalter führte in seinen Staatstheorien diese Entwicklung allerdings nicht mehr selbst durch^{64a}. Erst das Naturrecht des 16. Jahrhunderts bemühte sich, den vom Mittelalter ausgebildeten Korporationsbegriff nicht nur für die Erklärung der vermögensrechtlichen Beziehungen, sondern für eine umfassende Konstruktion des Staates zu verwenden⁶⁵.

Die *Fragen*, welche die Staatsdenker des Mittelalters⁶⁶ beschäftigten, waren fast durchwegs *praktisch-politischer Natur*⁶⁷. Im Vordergrund standen die Lehre von der Gerechtigkeit als Aufgabe des Staates⁶⁸ und die Auseinandersetzung zwischen weltlicher und geistlicher Macht⁶⁹. Das Mittelalter gelangte in dem Sinne nicht zu einer eigentlichen Staatstheorie, daß es erstens nicht

⁶¹ *Bernatzik*, Person 183. – Über die Bedeutung der kanonistischen Lehren für die Entwicklung der Staatstheorie vgl. *Rehm*, Geschichte 171 f., 174, 185.

⁶² *Gierke*, Althusius 136; Genossenschaftsrecht III 605 f.; anders aber III 359. – Die Umschreibung des Staates als Korporation hatte zur Folge, daß man eine Haftung des Staates aus den Handlungen des Herrschers und eine Verpflichtung des Thronfolgers durch die vom Vorgänger eingegangenen Verbindlichkeiten annahm, wie dies vor allem Baldus tat (*Rehm*, Geschichte 181 A. 10; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 606; IV 239; Althusius 136 A. 43).

⁶³ *Jellinek*, Staatslehre 57.

⁶⁴ *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 604 ff.; *Jellinek*, Staatslehre 57 f.

^{64a} *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 605; Althusius 136.

⁶⁵ Vgl. dazu hinten § 5 bei A. 7; § 18 bei A. 282.

⁶⁶ Zur Staatsauffassung des Mittelalters vgl. allgemein: *Holstein* 30 ff.; *Mitteis*, Staat 2 ff., 77 f., 191 f., 326; Rechtsidee 358, 363 ff., 368 ff., 574 f.; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 502 ff.; *Rehm*, Geschichte 159 ff.; *Friedmann* 25 ff.; *Sabine* 168 ff.; *Bowle* 124 ff., 145 ff.; *Dunning* I 155 ff.; *Krabbe*, Staatslehre 41 ff.; *Cairns* 191 ff.; *Catlin* 146 ff.

⁶⁷ *Jellinek*, Staatslehre 56; *Rehm*, Geschichte 174 f., 176, 181. – Bis zum 12. Jahrhundert entwickelte das Mittelalter keine systematische politische Theorie, sondern setzte sich nur mit einzelnen aktuellen Problemen auseinander (*Carlyle* I 291; II 143, 250 f.; vgl. auch *Rehm*, Geschichte 159 f.).

⁶⁸ *Carlyle* I 219 ff.; II 150 f.; III 30 ff., 106 ff., 125 ff., 147, 181 f.; V 25 ff., 90 ff., 449 ff., 458 ff.; VI 505 ff.; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 631.

⁶⁹ *McIlwain* 165 ff., 202 ff., 222 ff., bes. 226, 314, 343; *Lewis* II 506 ff.; *Carlyle* I 175 ff., 253 ff.; II 76 ff., 198 ff.; IV 1 ff., 40 ff., 166 ff., 307 ff.; V 152 ff., 451 ff.; *Rehm*, Geschichte 161 ff., 176; *Jellinek*, Staatslehre 57; *Pollock* 34 f., 41; *Maitland* 101 f.; *Olivier-Martin* 105 f.; *Sabine* 198 ff.; *Dunning* I 165 ff., 205 ff., 215 ff., 255 ff.

die realen Tatsachen des staatlichen Lebens zu erfassen versuchte⁷⁰ und zweitens nicht das theoretische Bedürfnis nach Formulierung eines allgemeinen und festen Staatsbegriffes empfand⁷¹. Dies hing sicherlich damit zusammen, daß das Mittelalter den Bereich des Staates nicht von dem der bürgerlichen Gesellschaft sonderte⁷². Auch die Tatsache, daß die verschiedenen Nationen sich noch nicht als geschlossene Einheiten herausgebildet hatten, war nicht dazu angetan, das Interesse an der Umreißung eines Staatsbegriffes zu wecken⁷³.

Im mittelalterlichen Schrifttum finden sich zwar vielfach Formulierungen, die den *Staat als Verband* umschrieben. So nannte man den Staat, den man meist ausdrücklich mit dem Volk identifizierte⁷⁴, ein „corpus“⁷⁵, „totum corpus“⁷⁶, „corpus universitatis“⁷⁷ oder gar „corpus morale et politicum“⁷⁸; dem entsprach es, daß das Mittelalter die in der Kirche vereinigte christliche Menschheit als „corpus mysticum Christi“ auffaßte⁷⁹. Oder man bezeichnete

⁷⁰ Jellinek, Staatslehre 56 f.

⁷¹ Vgl. dazu hinten A. 92, 140. – Das Mittelalter sonderte die Staatslehre nicht als selbständige Disziplin aus; es behandelte sie im Rahmen allgemein philosophischer Betrachtungen (*von der Heydte* 164 f.).

⁷² Brunner 127, 142 ff., 176 ff.

⁷³ Erst gegen das Ende des Mittelalters bildete sich in langsamer Entwicklung eine Vielzahl selbständiger Staaten heraus (*Woolf* 105, 209, 368 ff., 379 f.). Der Gedanke des universalen Reichs (*Carlyle* III 170 ff.; V 25 ff., 141 ff.; VI 111 ff.; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 515 ff., 546 ff.) und die gleichzeitige Tendenz zur Desintegration (*Carlyle* V 149) trugen dazu bei, daß das Mittelalter nicht zu einer klaren Erkenntnis der Abgrenzung und Einheit der einzelnen Staaten gelangte. Bis ins 14. Jahrhundert findet sich keine scharfe begriffliche Scheidung von Staat, Provinz und Gemeinde (*Woolf* 289 f.; *Gierke*, Althusius 229 ff.; Genossenschaftsrecht III 638 f.).

⁷⁴ So Augustin (*Carlyle* I 165 ff.; *McIlwain* 154 ff.; *Sauter*, Staatsidee 76), Isidor von Sevilla (*Carlyle* I 172), Hrabanus Maurus (*Carlyle* I 221), Irnerius und Bulgarus (*Carlyle* II 57; V 83 A. 4; VI 10, 514), Vinzenz von Beauvais (*Carlyle* V 26), Thomas von Aquin (*Carlyle* V 32/33 A. 2, 92 A. 1; *Schilling* 48), Engelbert von Admont (*Woolf* 285), Marsilius von Padua (*Carlyle* VI 9, 41 ff.) und Lucas de Penna (*Ullmann* 168 A. 5). Vgl. auch *von der Heydte* 407 ff.

⁷⁵ So z. B. Johann von Salisbury („Est autem res publica... corpus quoddam quod divini muneris beneficio animatur, et summae aequitatis agitur nutu...“; *Carlyle* III 142 A. 1; IV 332/33 A. 4) und Lucas de Penna („unum corpus“; *Ullmann* 165 A. 1). Vgl. auch *McIlwain* 223; *von der Heydte* 46 f. – Es gilt zu beachten, daß der Ausdruck „corpus“ nicht nur den Verbandscharakter des Staates, sondern auch den Vergleich mit dem menschlichen Körper umschreiben wollte. Vgl. dazu hinten bei A. 95 ff.

⁷⁶ So z. B. Lucas de Penna (*Ullmann* 166).

⁷⁷ So z. B. Lucas de Penna (*Ullmann* 167; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 360).

⁷⁸ So Engelbert von Volkersdorf (*Gierke*, Genossenschaftsrecht III 548 f., bes. A. 75; *Rehm*, Geschichte 180).

⁷⁹ Dieser im Anschluß an das Gleichnis des Apostels Paulus (1. Korinther 12, 4–28) entwickelte Begriff war einer der tragenden Gedanken der mittelalterlichen Auffassung von Staat und Kirche (*McIlwain* 223; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 108, 517 ff., 546 ff.; *Woolf* 366 f.; *Schilling* 52, 336; *Jellinek*, Staatslehre 149; *Bernatzik*, Person 189/90 A. 96; *Waldecker*, Staatslehre 450). Er spielt bis in die neueste Zeit hinein eine Rolle in den Erörterungen über die juristischen Personen (vgl. *Mayer*, Person 25; *Bigne de Villeneuve* I 545; *Planiol-Ripert*, Traité él. I 271).

den Staat als „universitas“⁸⁰, „universitas civium“⁸¹, „universitas rei publicae“⁸² oder „universitas principum et populi“⁸³. Mit solchen Ausdrücken beabsichtigten die mittelalterlichen Schriftsteller aber keineswegs, den Staat als rechtsfähige Korporation und selbständiges Rechtssubjekt zu charakterisieren⁸⁴. Denn man stellte sich im Mittelalter den Staat doch nur als „multitudo“ vor⁸⁵ und sprach von „hominum multitudo“⁸⁶, „multitudo hominum collecta ad iure vivendum“⁸⁷ oder von „humanae multitudinis coetus“⁸⁸, „coetus multitudinis iuris consensu et utilitatis communione sociatus“⁸⁹.

Sämtliche diese Umschreibungen stellten nicht technische Begriffe dar; es waren meist unzusammenhängende, gelegentlich sogar sich widersprechende Benennungen, die nicht auf eine einheitliche Staatsdefinition abzielten⁹⁰. Aus ihnen kann keinesfalls auf die Vorstellung, der Staat sei eine Rechtsperson, geschlossen werden⁹¹. Die mittelalterliche Staatslehre, die dem Theoretischen

⁸⁰ So die Zivilisten des 11.–14. Jahrhunderts (*Carlyle* II 252; *Woolf* 113 f.), insbesondere Irnerius und Bulgarus (*Carlyle* II 57; V 83 A. 4; VI 10, 514) und Bartolus (*Woolf* 24, 45, 114, 123 f., 134, 157 A. 3, 189, 195 ff., 390). Vgl. auch *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 607 f.; Althusius 138; *Rehm*, Geschichte 180 f. – Zur Bezeichnung der Städte als „collegia licita“ durch Bartolus vgl. hinten A. 105).

⁸¹ So Marsilius von Padua (*Carlyle* VI 9, 41 ff., bes. 42 A. 2; *McIlwain* 309; *Gierke*, Althusius 215 A. 12; *Rehm*, Geschichte 185).

⁸² So Johann von Salisbury (*Carlyle* III 141 A. 1) und ähnlich Albericus a Rosate („universitas civitatis“; *Carlyle* VI 28 A. 1).

⁸³ So Lupold von Bebenburg im Hinblick auf die Wahl des Königs durch die das Volk vertretenden Kurfürsten (*Carlyle* VI 39/40 A. 2; *Gierke*, Althusius 212/13 A. 6; Genossenschaftsrecht III 603 A. 240; *Rehm*, Geschichte 184). Vgl. dazu auch hinten A. 114.

⁸⁴ Obwohl die Jurisprudenz immer mehr bestrebt war, zwischen „societas“ und „universitas“ klar zu unterscheiden (*Gierke*, Genossenschaftsrecht III 424; *Rehm*, Geschichte 187 A. 1), gelangte die Staatslehre nicht dazu, den Staat als rechtliche Einheit zu erfassen und von der Vielheit der Bürger rechtlich zu trennen (*Rehm*, Geschichte 187).

⁸⁵ Augustinus umschrieb den Staat als „rationalium multitudo legis unius societate devincta“ (*Sauter*, Naturrecht 65; vgl. auch *Sauter*, Staatsidee 76).

⁸⁶ So Augustinus („multitudo hominum in quoddam vinculum redactum concordiae“; *Carlyle* I 167 A. 1), Isidor von Sevilla („hominum multitudo societatis vinculo adunata“; *Carlyle* I 172 A. 2), Hrabanus Maurus (gleiche Formulierung wie Isidor von Sevilla; *Carlyle* I 221 A. 1) und Engelbert von Admont („multitudo hominum communi consensu divini et humani iuris sociata in unum“; *Woolf* 285). Wiederholt wurde auch die Wendung „concors hominum multitudo“ verwendet, so z. B. von Augustinus (*Carlyle* I 167 A. 2) und Lucas de Penna (*Ullmann* 168 A. 5).

⁸⁷ So Hugolinus (*Carlyle* II 77 A. 2) und ähnlich Lucas de Penna („hominum multitudo seu collectio ad iure vivendum“; *Ullmann* 168 A. 5).

⁸⁸ So Hrabanus Maurus („coetus humanae multitudinis iuris consensu concordie communione sociatus“; *Carlyle* I 221 A. 1) und Lucas de Penna („humanae multitudinis coetus iuris consensu et communione sociatus“; *Ullmann* 168 A. 5).

⁸⁹ So Augustinus (*Carlyle* I 165 A. 3), der Verfasser der Schrift „De unitate ecclesiae conservanda“ (*Carlyle* III 110 A. 1), Vinzenz von Beauvais (*Carlyle* V 26) und Thomas von Aquin (*Carlyle* V 32/33 A. 2, 92 A. 1; *Schilling* 48). Augustinus wählte auch die Formulierung „coetus multitudinis rationalis rerum quas diligit concordie communione sociatus“ (*Carlyle* I 166).

⁹⁰ Vgl. *Rehm*, Geschichte 181; *Bernatzke*, Person 189.

⁹¹ Meist faßte man den Staat als die im „pactum societatis“ beruhende Rechtsgemeinschaft auf (*Waldecker*, Staatslehre 388 ff.; *Rehm*, Geschichte 180, 188; vgl. zum

ja nie große Bedeutung zumaß, gelangte nicht zu einer selbständigen Definition des Staates⁹². Die angeführten Formulierungen zeigen, daß das Mittelalter weitgehend die Ausdrücke des Altertums übernahm⁹³ und sich vor allem auf die Staatsdefinition von Cicero stützte⁹⁴.

Auch die *organologischen Elemente der mittelalterlichen Staatsauffassung*⁹⁵ können nicht als Ausfluß eines Staatspersönlichkeitsbegriffes gedeutet werden. Zum Teil im Zusammenhang mit den Lehren des Altertums⁹⁶ und der christlichen Mystik, welche in den Gläubigen der Kirche die Glieder eines Leibes erblickte⁹⁷, verglichen viele Staatslehrer des Mittelalters, so vor allem *Johann von Salisbury*⁹⁸, den Staat mit dem menschlichen Körper⁹⁹ und gebrauchten

mittelalterlichen Begriff des Gesellschaftsvertrages hinten bei A. 112 f.). Zum Teil in Anlehnung an die Staatsdefinition Ciceros (vgl. vorn § 2 bei A. 52) bezeichnete man den Staat oft als bloße „societas“ (*Gierke*, Genossenschaftsrecht III 630 A. 306); so nannte ihn Gregor von Toulouse eine „societas civilis“ (*Waldecker*, Staatslehre 393 f.).

⁹² Vgl. *Jellinek*, Staatslehre 57; *Rehm*, Geschichte 187 A. 6.

⁹³ *Jellinek*, Staatslehre 57; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 639. – Zum großen Einfluß der Antike auf das Mittelalter vgl. *Carlyle* II 251; V 4 ff., 441 ff.; *Schilling* 49.

⁹⁴ Wenn man die Formulierungen des Mittelalters mit denen Ciceros (vorne § 2 bei A. 53) vergleicht, erkennt man sogleich die weitgehende Übereinstimmung. Eine klare, oft ausdrückliche Anknüpfung an den Staatsbegriff Ciceros findet sich vor allem bei Augustinus (*Carlyle* I 165 f.; *McIlwain* 154 ff.; *Woolf* 285; *Schilling* 47 f.), Isidor von Sevilla (*Carlyle* I 172; *Schilling* 48 A. 2), Hrabanus Maurus (*Carlyle* I 221), beim Verfasser der Schrift „De unitate ecclesiae conservanda“ (*Carlyle* III 110), bei Vinzenz von Beauvais (*Carlyle* V 26), Thomas von Aquin (*Carlyle* V 32 f.; *Schilling* 48), Engelbert von Admont (*Woolf* 285) und Lucas de Penna (*Ullmann* 168 A. 5). Selbst Althusius (vgl. hinten § 6) nahm noch Bezug auf die Staatsdefinition von Cicero (*Carlyle* V 358). Das Zurückgehen auf Cicero galt vielfach nicht der formalen Umschreibung des Staatsbegriffes, sondern den Elementen der Gerechtigkeit und des Rechts, die Cicero (vgl. vorn § 2 bei A. 52 f.) in den Staatsbegriff aufgenommen hatte (*Carlyle* V 449; *Ullmann* 29). Zur Bedeutung der Schriften Ciceros für die mittelalterlichen Staats- und Rechtslehren vgl. allgemein: *Reibstein*, Anfänge 28 ff., 37 ff.; *Carlyle* V 449; VI 505; *McIlwain* 154 ff., 360. Vgl. auch vorn A. 91 und hinten bei A. 108, A. 138.

⁹⁵ Vgl. allgemein: *Mitteis*, Staat 11; *Woolf* 360 ff.; *Rehm*, Geschichte 187; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 546 ff. – Abgesehen von Johann von Salisbury (vgl. bei A. 98) hoben besonders Thomas von Aquin (*Ullmann* 165 A. 3; *Schilling* 49 f., 52 ff., 239; *Sauter*, Staatsidee 79; *von der Heydte* 203 A. 35), Marsilius von Padua (*Sauter*, Staatsidee 87 f.) und Lucas de Penna (*Ullmann* XXXIV, 165 ff.) die organische Struktur des Staates hervor.

⁹⁶ Vgl. vorn § 2 bei A. 9 ff. – Der unvergleichlich große Einfluß, den Aristoteles seit dem 13. Jahrhundert auf das mittelalterliche Denken ausübte (vgl. *Carlyle* III 3 ff.; V 4 ff., 441 ff.; *McIlwain* 225 f., 259, 273, 297 ff., 318 f., 324 ff., 334, 338 ff.; *Lewis* I 148 ff., 153, 158, 193, 198 ff., 205 ff., 214 f.; *Ullmann* 28; *von der Heydte* 166 ff.; 175 ff.; *Rehm*, Geschichte 173 ff., 179; *Jellinek*, Staatslehre 204), wirkte sich sicherlich auch beim Vergleich des Staates mit dem Menschen aus.

⁹⁷ *Jellinek*, Staatslehre 149; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 546 ff.; *Holstein* 33 f. Vgl. auch vorn bei A. 79.

⁹⁸ *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 549 ff.; *Carlyle* IV 332/33 A. 4; *Lewis* I 225; *McIlwain* 319 ff.; *Rehm*, Geschichte 168; *Jellinek*, Staatslehre 149.

⁹⁹ *Woolf* 360 f.; *Rehm*, Geschichte 180 f.; *Ullmann* XXXIV, 165 f.; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 550; *Schilling* 53 f., 70. – Die Bezeichnung als „corpus“ wollte den Staat gleichzeitig als Verband charakterisieren; vgl. dazu vorn bei A. 75 ff.

recht weitgehende anthropomorphistische Umschreibungen¹⁰⁰. Diese organologische Auffassung des Staates ging zwar von der Vorstellung des einheitlichen Ganzen aus¹⁰¹; sie entwickelte sich aber im Mittelalter nie zum Begriff einer organischen Rechtspersönlichkeit des Staates¹⁰². Denn es handelte sich überhaupt nicht um rechtliche Konstruktionen, sondern fast durchwegs um Elemente von praktisch-politischen Überlegungen¹⁰³.

Es fehlen alle Ansatzpunkte für die Annahme, daß das Mittelalter im Staate das Subjekt der Hoheitsrechte erblickt habe. Wenn *Bartolus* die Formel gebrauchte: „civitas sibi princeps est“¹⁰⁴, so wollte er damit nur ausdrücken, daß die kleinen selbständigen Staaten Italiens ein eigenes Gesetzgebungsrecht hätten¹⁰⁵. Bei vielen Autoren findet sich auch der Gedanke, der Herrscher sei der Vertreter des Volkes oder des Staates¹⁰⁶. *Irnerius* und *Bulgarus* sprachen vom Fürsten „qui obtinet vicem universitatis“¹⁰⁷. Und *Johann von Salisbury* wie *Thomas von Aquin* verwendeten den Satz *Ciceros*: „princeps gerit personam civitatis“¹⁰⁸. In solchen Formulierungen darf man nun aber nicht ein eigentliches Vertretungsverhältnis, nicht das Handeln im

¹⁰⁰ Zu den anthropomorphistischen Formulierungen von *Johann von Salisbury* vgl.: *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 549 ff.; *Carlyle* IV 332/33 A. 4; *Ullmann* 169; *McIlwain* 321; *von der Heydte* 51 A. 24, 213 A. 2. Auch bei *Thomas von Aquin* (*Schilling* 49 f.) und *John Fortescue* (*McIlwain* 360) finden sich solche Vergleiche. *Lucas de Penna* verwies auf das Verhältnis von „corpus“ und „membra“ beim Menschen und erklärte: „eodem typo multa rei publicae membra unum corpus sunt, i. e. res publica“ (*Ullmann* 165 A. 1); daran knüpfte er viele anthropomorphistische Vergleiche (*Ullmann* 165 bes. A. 3, 170 bes. A. 5, 186 bes. A. 2) und bezeichnete z. B. den Fiskus als Magen des Staatskörpers (*Ullmann* 165).

¹⁰¹ *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 514 ff., 546 f.; *Schilling* 49 f., 54, 70.

¹⁰² *Gierke*, *Althusius* 135 f.; Genossenschaftsrecht III 557; *Höhn*, Staatsbegriff 145 A. 5.

¹⁰³ Vgl. *McIlwain* 360 f., bes. A. 22; *Rehm*, Geschichte 168, 174, 181; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 546 f., 550, 555; *Woolf* 360; *Ullmann* 166 f.; *Schilling* 53 f.

¹⁰⁴ *Woolf* 156 f., 188, 196 f., 267. — *Bartolus* sagte von den „civitates“: „ipsi in se habent imperium“ (*Woolf* 158).

¹⁰⁵ *Woolf* 160 ff., 189. — *Bartolus* bezeichnet die Städte als „collegia licita“, um daraus abzuleiten, daß sie wie die übrigen „collegia“ das Recht hätten, sich selbst Gesetze zu geben („facere statuta“) (*Woolf* 146/47 A. 6, 153, 161, 189). Es ist zu beachten, daß *Bartolus* mit dem Ausdruck „civitas“ nicht einen abstrakten Staatsbegriff meinte, sondern damit die um ihre Unabhängigkeit ringenden Stadtstaaten Italiens bezeichnete (*Woolf* 107 ff., 154 ff.).

¹⁰⁶ *Mitteis*, Staat 10; *Below* 207; *Kern* 52; *Ullmann* 177 A. 1, 179; *Woolf* 189; *Gierke*, Genossenschaftsrecht III 606; *Sauter*, Staatsidee 89; *Rehm*, Geschichte 179 ff.

¹⁰⁷ *Carlyle* II 57; VI 10 A. 1, 514. — Ähnlich war die Formulierung, wenn *Thomas von Aquin* sagte, das Gesetzgebungsrecht sei ein Attribut entweder „totius multitudinis“ oder „alicuius gerentis vicem totius multitudinis“ (*Carlyle* V 68 f., bes. 69 A. 1; *Sauter*, Staatsidee 81).

¹⁰⁸ *Johann von Salisbury* gebrauchte die Wendung „personam publicam gerit“ (*Carlyle* III 113 A. 2, 139/40 A. 2; *McIlwain* 321 A. 2). In den Schriften von *Thomas von Aquin* finden sich die Formulierungen: „princeps qui curam populi habet et eius personam gerit“ (*Carlyle* V 68 A. 2, 89 A. 2, 467), „princeps . . . gerit personam multitudinis“ (*Carlyle* V 69 A. 2; ähnlich *Sauter*, Staatsidee 80). Zum Satze „principes et prelati . . . gerunt personam Dei et communitatis cui praeficiuntur“ vgl. hinten A. 115. — Zu *Ciceros* Formulierung vgl. vorn § 2 bei A. 54 f.

Namen einer vom König getrennten Staatsperson erblicken¹⁰⁹. Die mittelalterlichen Staatsdenker wollten mit diesen Wendungen zunächst einmal betonen, daß der Monarch im Interesse der Gemeinschaft handle¹¹⁰. Diese Formulierungen sind sodann auch Ausdruck jener Vorstellungen, die man zusammenfassend als die mittelalterlichen Lehren von der Volkssouveränität und vom Gesellschaftsvertrag zu bezeichnen pflegt. Im Schrifttum des Mittelalters war oft die Rede davon, daß der Herrscher seine Macht vom Volk anvertraut erhalte¹¹¹ und daß deshalb ein „pactum“ zwischen Volk und Herrscher abgeschlossen werde¹¹². Damit beabsichtigte man aber nicht eine abstrakte und formale Konstruktion, sondern man wollte nur der grundlegenden Anschauung Ausdruck verleihen, daß alles Recht und alle Autorität in der Gemeinschaft begründet sei¹¹³. Es hieße die Art des mittelalterlichen Denkens verkennen, wollte man ihm unterschieben, es sei ihm an einer eigentlichen formalen Zurechnung der Hoheitsrechte zur Gemeinschaft gelegen ge-

¹⁰⁹ Woolf 189; Gierke, Genossenschaftsrecht III 394. – Baldus war allerdings der Konstruktion eines eigentlichen Vertretungsverhältnisses sehr nahe gekommen; vgl. dazu hinten A. 119.

¹¹⁰ Carlyle V 69. – Dieses Handeln zum allgemeinen Wohl sollte ausgedrückt werden, wenn Johann von Salisbury den Princeps als „publicae utilitatis minister“ bezeichnete (Carlyle III 113 A. 2) und Lucas de Penna ihn „communis pater omnium“ nannte (Ullmann 186 A. 5 f.). Zur mittelalterlichen Auffassung des Königs als Diener des Volkes vgl. von der Heydte 317 ff.

¹¹¹ Carlyle II 57 f.; V 68; VI 13 ff., 144 ff., 243 ff., 365 ff., 521 ff.; Ullmann 177 A. 1, 179; Rehm, Geschichte 166, 177 f., 181, 200 bes. A. 9. – Diese Anschauung wurde wesentlich durch den Einfluß gefördert, den das Studium des römischen Rechts ausübte (Carlyle VI 10, 129, 299, 354, 513 f.; Rehm, Geschichte 165 f., 178). Bei der mittelalterlichen Lehre von der „Volkssouveränität“ (vgl. dazu allgemein: Carlyle II 56 ff., 252 ff.; V 465 ff.; VI 372 ff.; Friedmann 26 f., 38; Sauter, Staatsidee 79, 84, 87 ff.; Rehm, Geschichte 165, 178, 185 ff.) gilt es zu bedenken, daß es nicht eigentlich um die Souveränität des Volkes, sondern um eine Verpflichtung und Verantwortlichkeit des Herrschers gegenüber dem Volke als der Quelle aller Autorität ging (vgl. Brunner 159; Kern 66, 76 ff.).

¹¹² Zur mittelalterlichen Lehre vom Gesellschaftsvertrag vgl.: Carlyle I 63 ff., 242 ff.; III 12 f., 136 f., 147 ff., 184 f.; V 66 ff., 88, 442 ff., 471 f.; VI 154 ff., 180, 353 f., 383 ff., 520 ff.; Lewis I 144 f., 160 ff., 222 f., 287; Ullmann 49, 168 f.; Mitteis, Staat 8; Friedmann 38 f.; von der Heydte 183, 194 f., 197 ff., 201 ff., 209 ff., 303; Sauter, Staatsidee 78 f., 81, 88; Gierke, Genossenschaftsrecht III 628 ff.; Rehm, Geschichte 157 A. 4, 165 f., 178 ff. – Die Theorie des Gesellschaftsvertrages, die auf Andeutungen Platos (Carlyle III 12; Friedmann 38 f.) und auf Gedanken Ciceros (Carlyle I 17, 63 f.; Rehm, Geschichte 178) zurückging, wurde im Mittelalter erstmals von Manegold von Lautenbach formuliert (Carlyle III 136 f., 166 ff., 184 f.; V 472; Lewis I 144 f., 164 f.; Rehm, Geschichte 165 ff., 178). Vgl. über die Entwicklung des Gedankens des Gesellschaftsvertrages im Altertum und im Mittelalter Atger 15 ff., 44 ff.

¹¹³ Carlyle III 185; V 471 f.; VI 520 f. – Es war ein wesentliches Kennzeichen der mittelalterlichen Anschauungen, daß die Gemeinschaft als Quelle allen Rechtes und aller Macht empfunden wurde (Carlyle V 474; VI 13 ff., 63, 128 f., 144 ff., 183, 218, 243 ff., 255, 298 f., 339, 346, 354, 365 ff., 383 ff., 507 ff., 521, 524 f.). In dieser Gestalt war deshalb die Figur des „pactum societatis“ ein typischer Ausdruck des mittelalterlichen Denkens (Carlyle III 12). Kern warnt mit Recht vor der „Überschätzung der rechtstheoretischen Bedeutung des Vertragsbegriffes“ (S. 89).

wesen¹¹⁴. Dies ergibt sich schon daraus, daß die Macht vielfach gleichzeitig von Gott abgeleitet¹¹⁵ und der Monarch als „vicarius Dei“ bezeichnet wurde¹¹⁶.

Nach der Vorstellung des Mittelalters übte der König also eigenes Recht aus, nicht fremdes¹¹⁷; er unterstand allerdings der in der Gemeinschaft ruhenden Rechtsordnung¹¹⁸. Er handelte für die Gemeinschaft aus eigener Macht, nicht als Organ¹¹⁹. Dementsprechend galten die Behörden als die Beauftragten des Monarchen¹²⁰.

¹¹⁴ Wie wenig es dem Mittelalter um eigentliche rechtliche Zurechnung ging, zeigte z. B. Lucas de Penna, wenn er erklärte: „fiscus est pars rei publicae“ (Ullmann 165 A. 4; Gierke, Genossenschaftsrecht III 360) oder wenn er im Hinblick auf die Macht und umfassende Aufgabe des Herrschers sagte: „res publica dicitur esse principis“ (Ullmann 101, 187; vgl. auch Below 164). – Die romanistische und kanonistische Korporationenlehre (vgl. vorn bei A. 58 ff.) führte aber dazu, daß sich doch bereits im Mittelalter Ansätze von Zurechnungen zum Staate finden. So rechnete Lupold von Bebenburg die Wahl des Königs durch die Mehrheit des Kurfürstenkollegiums dem Staate gesamthaft zu entsprechend dem Majoritätsprinzip der allgemeinen Korporationentheorie: „in omni universitate id, quod fit a maiori parte illorum, de universitate valet“ (Rehm, Geschichte 185 A. 1; vgl. auch Gierke, Althusius 215; Genossenschaftsrecht III 604 und vorn bei A. 83).

¹¹⁵ Carlyle I 147 ff., 170 f., 174, 210 ff.; II 144 ff., 216; III 9 f., 12 f., 92 ff., 115 ff., 133 ff.; V 27, 29 f., 36, 79 f., 88 ff., 332, 343, 423 ff., 450 f.; VI 13 f., 85 f., 128, 518 f.; Ullmann XXIX, XXXIV, XXXVIII, 50 f., 103, 170 f., 174 f., 180, 192, 200 f.; Sauter, Staatsidee 84, 89 f. – Besonders instruktiv für die mittelalterlichen Denkformen sind die Formulierungen, mit denen die gleichzeitige Ableitung der Macht von Gott und vom Volk darzustellen versucht wurde (vgl. dazu allgemein: Rehm, Geschichte 180, 187; Sauter, Staatsidee 89 f.). Wilhelm von Ockham lehrte: „imperium a Deo et tamen per homines“ (Sauter, Staatsidee 84; Gierke, Althusius 63 A. 20). Verschiedene Autoren, so vor allem Thomas von Aquin, erblickten in Gott die „causa remota“ der Entstehung der staatlichen Autorität, in den sich zusammenschließenden Menschen hingegen die „causa proxima“ (Gierke, Althusius 63, 94; Genossenschaftsrecht III 629 f.; Sauter, Staatsidee 75 f.). Bei Thomas von Aquin findet sich auch der für den untechnischen Charakter der Zurechnung bezeichnende Satz: „principes et prelati ... gerunt personam Dei, et communitatis cui praeficiuntur“ (Carlyle V 89 A. 2).

¹¹⁶ Carlyle I 149 f., 215 f.; II 146; III 34 f., 67 ff., 73, 85, 115; V 98, 360, 363; VI 54, 366 f., 442, 518 f.; Ullmann 50, 176, 179.

¹¹⁷ Below 175 f.; Gierke, Genossenschaftsrecht III 595. Anders hingegen Rehm, Geschichte 200. – Der König wurde ja gerade im Hinblick auf sein im öffentlichen Interesse liegendes Amt als „persona publica“ bezeichnet (Carlyle V 69 A. 1; von der Heyde 97 bes. A. 48, 286, 348, 350).

¹¹⁸ Vgl. hinten bei A. 126.

¹¹⁹ Below 169 f., 207. – Rehm hingegen schreibt dem Kaiser und König die Stellung eines Organs zu (Geschichte 184, 186). Richtig ist, daß bereits im Mittelalter Konstruktionen auftauchten, welche Ansatzpunkte für den neuzeitlichen Staatsorganbegriff bildeten. So unterschied Baldus im Herrscher die „persona privata“ von der „persona regis“ und erklärte: „persona regis est organum et instrumentum illius personae intellectualis et publicae“; verpflichtet durch die Handlungen des Königs sei deshalb „ipsa respublica representata“ (Gierke, Genossenschaftsrecht III 606; Althusius 136 A. 43). Und Nikolaus von Cues schrieb: „imperator qui imperialium omnium non dominus sed administrator existit“ (Rehm, Geschichte 186 A. 4). Es handelte sich aber auch bei solchen Formulierungen noch nicht um die Zurechnung von Organhandlungen zur Staatsperson.

¹²⁰ Ullmann 192.

Der Staatsauffassung des Mittelalters war der Begriff einer einheitlichen und souveränen Staatsgewalt fremd. Die Macht des Königs stellte nicht eine einheitliche Gewalt dar, sondern ein Bündel einzelner Hoheitsrechte, die aus verschiedenen Rechtskreisen stammten¹²¹. Der mittelalterliche Staat bestand in einem vielschichtigen Gewebe von Herrschaftsverhältnissen, die sich nicht alle vom Monarchen ableiteten¹²². Erst gegen das Ende des Mittelalters erreichte die staatliche Autorität, in hartem Kampfe gegen Kirche und lokale Gewalten, eine straffere Konzentrierung¹²³. Eine einheitliche Staatsgewalt war also im Mittelalter nicht gegeben¹²⁴.

Es fehlte der öffentlichen Gewalt auch das Merkmal der Souveränität. Die mittelalterliche Staatsauffassung war beherrscht vom Glauben an die Suprematie des Rechts als Verkörperung der Gerechtigkeit¹²⁵. Auch der Herrscher stand, wie alle andern Glieder der Gemeinschaft, unter dem Recht¹²⁶. Das Mittelalter kannte deshalb keine weltliche Macht, die souverän über dem Recht stand¹²⁷. Allerdings näherte sich der Monarch im späteren Mittelalter

¹²¹ Brunner 186 ff., 368 ff., 383, 433 f.; Fehr 177 f., 240 f.; Mayer, Verwaltungsrecht I 27. Anders hingegen Below 318. Vgl. auch Jellinek, Staatslehre 318 f. – Dem mittelalterlichen Staate stand kein ausgebauter Verwaltungsapparat für die Durchsetzung des Rechts zur Verfügung; daraus ergab sich die oft zu Tage tretende Tendenz zur Anarchie (Carlyle III 31 f.; V 104, 474).

¹²² Brunner 138/39 A. 3, 174 f.; Olivier-Martin 106 ff. – Es ist im mittelalterlichen Staat eine Vielzahl von öffentlichen Gewalten nebeneinander festzustellen (Brunner 174 f., 374 f., 381 f., 434 f.).

¹²³ Brunner 158, 162, 441, 497; Mitteis, Staat 425, 432; Below 348 ff.

¹²⁴ Rehm, Geschichte 188, 194; Brunner 173, 159/60 A. 3, 267; Fehr 177 f., 240, anders allerdings 191. – Von der Heydte hingegen glaubt, das Mittelalter habe die souveräne Macht des Herrschers als „eine unteilbare Einheit“ erfaßt (S. 274 A. 3). – Zum Problem der einheitlichen Staatsgewalt im Mittelalter vgl. auch Mitteis, Staat 42, 85, 274; Rechtsidee 328, 345, 357 f., 363 ff., 380, 469 ff., 479 f., 570, 649.

¹²⁵ Carlyle II 251 f.; III 183 f.; V 3, 36 f., 457, 460, 468, 471, 474; VI 3, 129, 133, 143, 218, 227, 506 ff., 511 ff., 524 f.; Friedmann 26; Olivier-Martin 109. – Carlyle geht soweit, zu erklären: „We may, indeed, say that it was the characteristic defect of mediaeval civilisation that it was, if anything, too legal“ (V 36). Kern spricht von „Souveränität des Rechts“ (S. 21, 66), welchen Ausdruck Brunner dagegen ablehnt (S. 159).

¹²⁶ Carlyle I 230 ff., 253 ff., 292; II 228; III 11, 35, 38, 41, 46, 66 ff., 127 ff., 184; IV 331 f.; V 37, 65, 83, 97 ff., 128 f., 363, 457 ff., 468 ff.; VI 8, 19 ff., 63, 130, 133, 163, 218, 507, 511 ff.; McIlwain 173 f., 195 ff., 320 f., 329 ff., 342 f., 359 ff., 364 ff.; Ullmann XXXIV f., 54 ff., 93 ff., 132, 204; Woolf 45; Mitteis, Rechtsidee 287, 571; Kern 66 ff.; Brunner 158, 264, 404 f., 435 ff., 441; Olivier-Martin 213 ff.; Rehm, Geschichte 191 f.; von der Heydte 316 f. – Einschränkend muß allerdings festgestellt werden, daß die Beschränkung der Rechte des Fürsten oft ohne praktische Wirkung war (Carlyle V 104).

¹²⁷ Brunner 158, 160 ff., bes. 161, 441; Carlyle V 36 f., 460. – Anderer Ansicht ist Gierke (Genossenschaftsrecht III 633 ff.; Althusius 140 f.; vgl. aber A. 130) und auch Mitteis, der einen relativierten Souveränitätsbegriff auf das Mittelalter anwenden will (Rechtsidee 364, 510, 570), sodann auch von der Heydte (S. 274 A. 3). – Erst im 16. Jahrhundert entstanden absolute Monarchien (Brunner 441; Carlyle V 99, 457; VI 415 ff., 516 f.), das Mittelalter kannte noch keine (Carlyle V 83, 85, 99, 110 f., 116, 474, 457). Man darf deshalb für die Zeit des Mittelalters nicht von Fürstensouveränität sprechen (Brunner 158, 440 f., 496); es ist verfehlt, einfach den Herr-

durch das Anwachsen seiner gesetzgeberischen Macht immer mehr einer souveränen Stellung¹²⁸. Diese tatsächliche Entwicklung hatte aber keinen bedeutenden Einfluß mehr auf das mittelalterliche Staatsdenken¹²⁹. Deshalb erklärte *Carlyle*, das Fehlen jeglicher Souveränitätstheorie sei charakteristisch für das Mittelalter¹³⁰.

Die mittelalterlichen Lehren waren also weit davon entfernt, den Staat als Subjekt einer einheitlichen und souveränen Staatsgewalt aufzufassen¹³¹. Sie gingen nicht von der Vorstellung einer überpersönlichen Staatsgewalt aus, sondern von den konkreten Herrschaftsbeziehungen des Königs¹³², nicht von

scher als souverän zu bezeichnen, wenn die Voraussetzungen, um die Souveränität dem Staate selbst zuzuschreiben, nicht gegeben sind (*Brunner* 138, 166).

¹²⁸ *Carlyle* III 45; V 51, 64 ff., 463 ff.; *McIlwain* 391 f.

¹²⁹ *McIlwain* 391 f. – Für die Entstehung des Souveränitätsbegriffes war entscheidend, daß sich seit dem 12., 13. Jahrhundert die Vorstellungen über die Quelle des Rechts änderten; unter dem Einfluß des römischen Rechts wurde allmählich der Princeps über das Recht gestellt und als der für die Gemeinschaft tätige Gesetzgeber aufgefaßt (*Carlyle* V 64 ff., 81 ff., 128, 457, 463 ff.; vgl. auch *Mitteis*, Staat 274, 432). Immer häufiger traten Erörterungen über den Satz „princeps legibus solutus“ (*Brunner* 435 ff.; *Carlyle* VI 15, 19 f., 45, 82 f., 130 f., 151, 157, 163, 257, 294 ff., 316 ff., 515 f.; *Rehm*, Geschichte 191, 201 ff.; *Mitteis*, Rechtsidee 571) und über die „plenitudo potestatis“ oder „potestas absoluta“ des Herrschers auf (*Ullmann* XXXVI f., 95 A. 1, 101 ff.; *Carlyle* VI 48, 83, 149, 165 f., 301, 321; *Rehm*, Geschichte 200; *Gierke*, Althusius 140; Genossenschaftsrecht III 568; *Brunner* 161). Beaumanoir nannte den König und die Barone im Hinblick auf ihre Gesetzgebungsgewalt „souverain“ (*Carlyle* III 50, 84) und erklärte: „le roi est souverain par dessus tous“ (*Carlyle* III 84 A. 1; *Rehm*, Geschichte 193 A. 2). Auch in den Schriften von Bracton (*Carlyle* III 45 ff.; V 81; *Lewis* I 39 f.), Bartolus (*Rehm*, Geschichte 193 A. 2) und besonders von Lucas de Penna (*Ullmann* XXXVI f., 95 A. 1, 102 f.) zeigte sich die Tendenz der Konzentrierung der Macht im Herrscher. Man ginge aber viel zu weit, wenn man behaupten wollte, diese Autoren hätten den Princeps schlechthin über das Recht erhoben und das Wesen der Souveränität bereits erfaßt. Es handelt sich lediglich um Ansätze zur neuzeitlichen Souveränitätslehre. Allerdings muß man die genannten Autoren doch als Vorläufer von Bodin (vgl. dazu hinten § 4 bei A. 4 f.) anerkennen.

¹³⁰ V 457; vgl. auch III 41, 46. – Auch *Maitland* (S. 101 f., 297) und *McIlwain* (S. 391 f.) betonen, daß sich die Frage der Souveränität für die Zeit des Mittelalters nicht stellen lasse. *Brunner* erklärt, der Begriff der souveränen Staatsgewalt hätte „im Gesamtgefüge der mittelalterlichen Verfassung keinen Sinn“ gehabt (S. XXI). Selbst *Gierke* (vgl. A. 127) gibt zu, daß „das ursprüngliche mittelalterliche Gedankensystem“ für einen nach innen gekehrten Souveränitätsbegriff keinen Raum hatte (*Althusius* 140).

¹³¹ *Mitteis*, Staat 432; Rechtsidee 345, 357; *Below* 176; *Gierke*, Genossenschaftsrecht II 568; III 609; *Althusius* 136 f. – Anderer Ansicht ist *Fehr*, der sagt, Eike von Repgau habe die Ansicht vertreten, „das Reich selbst sei Subjekt der Staatsgewalt“ (S. 182; vgl. dazu auch hinten A. 141). – Besonders hinzuweisen ist hier auf die Lehre von Thomas von Aquin, wonach die Staatsgewalt nach der Substanz („potestas quoad substantiam“) dem Volke, nach der Ausübung aber („potestas quoad exercitium“) dem Herrscher gehöre (*Sauter*, Staatsidee 80 f.). Diese später auch von Wilhelm von Ockham (*Sauter*, Staatsidee 84 f.) vertretene Auffassung ist deshalb besonders beachtenswert, weil sie eine doppelte Zurechnung der Staatsgewalt bedeutet. Sie erscheint wie eine Vorbereitung jener These des Naturrechts des 16./17. Jahrhunderts, welche die Staatsgewalt der Staatsperson zu Eigentum und dem Herrscher zur Ausübung zurechnete (vgl. dazu hinten § 6 A. 26; § 7 bei A. 36 ff.; § 8 bei A. 61 ff.).

¹³² *Kern* 52; *Below* 163 f., 169 f., 176 f., 181, 348. – Präzisierend ist hinzuzu-

der Abstraktion „Staat“, sondern von der Person des Monarchen¹³³. Obwohl gleichzeitig die Gemeinschaft neben dem König immer stärker in Erscheinung trat, führte dies nicht zu einer rechtlichen Verselbständigung des Staates gegenüber dem Monarchen¹³⁴.

Es ist schließlich zu beachten, daß das Mittelalter nicht zur Ausbildung eines selbständigen Staatsrechts gelangte¹³⁵. Das Denken dieser Zeit unterstellte zwar alles, was zum Bereich des Staates gehörte, ganz selbstverständlich der Herrschaft des Rechts. Aber es entwickelte diese allgemein gehaltene Anschauung nicht zu einer analysierenden Begrifflichkeit¹³⁶ und formulierte – trotz des Einflusses, den das Studium des römischen Rechts in dieser Richtung ausübte¹³⁷ – nur wenige technische Begriffe im Gebiet des öffentlichen Rechts¹³⁸.

fügen, daß dem Mittelalter aber doch der Gedanke der Kontinuität der Herrschaftsbeziehungen vertraut war, weil es den König nicht nur als individuelle Persönlichkeit, sondern auch als Institution erfaßte (*Below* 176; *Gierke*, *Althusius* 137; *Genossenschaftsrecht* III 595 ff., 607; *Schilling* 49).

¹³³ *Mitteis*, Staat 4, 326; *Below* 163 f., 200; *Gierke*, *Althusius* 136 f.; *Genossenschaftsrecht* II 568; III 607; *Mayer*, *Verwaltungsrecht* I 27. – Anderer Meinung ist *Fehr*; er glaubt, Eike von Repgau habe sich den Staat als „eine selbständige, von ihrem sinnlichen Träger vollständig losgelöste Einheit“ vorgestellt (S. 180). – Der auf die Person des Monarchen ausgerichteten Anschauung entsprach es, wenn man den König als die Verkörperung des Rechts auffaßte; *Aegidius Colonna* bezeichnete den Fürsten sogar als „animata lex“ (*Carlyle* V 76 A. 2; *McIlwain* 342 f.; vgl. auch *Kern* 52).

¹³⁴ *Below* 182 ff. – Gegen das Ende des Mittelalters liefen also zwei Entwicklungen nebeneinander her: einerseits konzentrierte sich die Macht immer stärker im Monarchen, andererseits wurde zusehends mehr die Ableitung aller Gewalt vom Volk hervorgehoben. Zu dem sich daraus ergebenden Spannungsverhältnis im 16.–18. Jahrhundert vgl. hinten § 17 bei A. 268 ff.

¹³⁵ *Kern* 68, 72, 85, 88.

¹³⁶ Der Rechtsbegriff des Mittelalters (vgl. dazu allgemein: *Kern* 16 ff.; *Brunner* 148 ff.) war so weit, daß er das Recht unlösbar mit der Sittlichkeit verband und auch stark ins Politische hineinspielte; das Recht galt stets als Ausdruck der Gerechtigkeit (*Carlyle* III 37 ff., 66, 110 A. 1, 125 ff., 183 f.; V 36 f., 41 ff., 457 ff.; VI 3, 506 f., 513; *Ullmann* XXX, XXXV, 3 f., 17, 35 ff., 52 ff., 105 f., 163 f.; *Brunner* 149 f., 153 ff., 495 f.; *Kern* 16 ff., bes. 18, 69; *Sauter*, *Staatsidee* 88; *von der Heydte* 305 f.). Es war für das Mittelalter selbstverständlich, daß alles Recht in Gott begründet war (*Brunner* 148 f., 496). Eine Trennung von positivem und idealem Recht war deshalb nicht möglich (*Kern* 17, 99; *Brunner* 150, 161 f., 495). Ein selbständiger Bereich des Rechts, wie ihn das moderne Denken aussondert, war dem Mittelalter fremd (vgl. *Ullmann* 3 f.).

¹³⁷ *McIlwain* 225; *Jellinek*, *Staatslehre* 57; *Rehm*, *Geschichte* 170 f.

¹³⁸ *Brunner* weist treffend auf den Gegensatz hin, der zwischen dem mittelalterlichen Denken, das viele außerrechtliche Elemente ins Recht aufnahm, und dem modernen Rechtspositivismus besteht, der alles Rechtliche vom Nichtrechtlichen trennt und so zu einem System rechtstechnischer Begriffe gelangt (S. 169 f.); es sei verfehlt, dem früheren Recht mangelhafte begriffliche Schärfe vorzuwerfen (S. 170 f.). – Dies ist zu bedenken, wenn man sich fragt, ob das Mittelalter den Staat als Rechtsbegriff umschrieben habe. Für die mittelalterliche Betrachtungsweise stellte sich der Staat stets als Rechtsgemeinschaft (vgl. *Rehm*, *Geschichte* 180 und vorn A. 91), als Vereinigung von Menschen unter der Rechtsordnung dar. Diese auf Cicero (vgl. vorn § 2 bei A. 52 f.) zurückgehende Formulierung findet sich besonders deutlich bei Augustinus (*Carlyle* I 165 f.; *McIlwain* 154 ff.), *Hrabanus Maurus* (*Carlyle* I 221 A. 1), *Hugo-*

Wenn wir die mittelalterlichen Staatslehren zusammenfassend überblicken, so stellen wir fest, daß das Mittelalter eine reiche publizistische Literatur besaß¹³⁹. Diese wandte sich aber fast ausschließlich politischen Problemen zu und brachte keinen streng formulierten Staatsbegriff hervor¹⁴⁰. Vor allem ist für unsere Untersuchungen festzuhalten, daß das mittelalterliche Denken den Begriff der Rechtspersönlichkeit des Staates nicht kannte¹⁴¹. Es finden sich allerdings viele Gedanken und Formulierungen, die später vom Staatspersönlichkeitsdogma aufgegriffen wurden, so besonders die Korporationstheorie,

linus (*Carlyle* II 77), beim Verfasser der Schrift „De unitate ecclesiae conservanda“ (*Carlyle* III 110 A. 1) und bei Lucas de Penna (*Ullmann* 168). Wenn es sich bei dieser allgemein gehaltenen Umschreibung auch noch nicht um einen präzise formulierten Rechtsbegriff handelte, so zeichnete sich doch bereits klar die Entwicklung ab, den Staat immer mehr als Rechtsinstitution zu erfassen, wie es dies dann besonders das Naturrecht des 16.–18. Jahrhunderts tat (vgl. hinten § 5 bei A. 17 f.; § 18 bei A. 286). – Zu der mittelalterlichen Vorstellung über das Verhältnis von Recht und Macht vgl.: *Brunner* 146 f.; *Carlyle* III 38 ff.; V 468, 471.

¹³⁹ *Jellinek*, Staatslehre 57. – Sonderbarerweise sagt *Pollock*: „the Middle Ages were essentially unpolitical“ (S. 34).

¹⁴⁰ *Olivier-Martin* erklärt: „Le moyen âge ne s'est pas fait une idée bien nette de l'Etat“ (S. 109). Ähnlich spricht sich *Woolf* aus: „The theory of the State as a secular and non-universal institution was never achieved in the Middle Ages“ (S. 368). Auch *Jellinek* hebt hervor, das Mittelalter sei „von dem Gedanken einer wissenschaftlichen Staatslehre weit entfernt“ gewesen (Staatslehre 56). Und *Pollock* faßt zusammen: „we must say of all the mediaeval writers on politics . . . that they really have no theory of the State“ (S. 41). – Es ist zu beachten, daß sich im mittelalterlichen Staatsdenken verschiedenartige Gedanken überlagerten (*Ullmann* 205) und sowohl die sozialen Zustände wie die politischen Ideen in ständiger Bewegung befanden (*Carlyle* II 250; *Woolf* 391; *Ullmann* 205 f.).

¹⁴¹ Daß der Zeit des Mittelalters die Konstruktion der juristischen Staatspersönlichkeit fremd war, wird auch angenommen von *Mitteis* (Staat 326; Rechtsidee 419, 568 f.), *Brunner* (S. 138, 166, 173), *Below* (S. 176 f., 186, 200, 207), *Lewis* (I 205), *Gierke* (Genossenschaftsrecht III 605 ff.; anders aber II 569) und *Heller* (Hegel 103). Anderer Ansicht hingegen ist *Stier-Somlo* (Reichsstaatsrecht 49), ebenso *Meyer-Anschütz*, der erklärt, der Begriff der Staatspersönlichkeit sei der mittelalterlich-germanischen Staatsauffassung noch unbekannt gewesen, nicht aber der mittelalterlich-italienischen Doktrin (S. 14 f.). *Schilling* meint, Thomas von Aquin habe mit seinem organischen Staatsbegriff den „Gedanken der handlungsfähigen und willensfähigen Staatspersönlichkeit“ bereits vorausgesetzt (S. 52) und den Staat „tatsächlich als Rechtspersönlichkeit“ aufgefaßt (S. 337), wenn auch nicht immer mit restloser Konsequenz (S. 49 ff., 242). Auch *Sauter* nimmt an, die Umschreibung des Staates als Organismus sei bei Thomas von Aquin mit der Vorstellung des Staates als „sittlicher Persönlichkeit“ verbunden gewesen (Staatsidee 79). Nach der Ansicht von *Fehr* soll Eike von Repgau das Reich als eine „ideale Gesamtpersönlichkeit“ (S. 180), als „juristische Person“ (S. 188) gedacht haben, die das „Subjekt der Staatsgewalt“ darstelle (S. 182); allerdings habe er den „Gegensatz von staatlicher Person und königlicher Person . . . noch nicht überwunden“ (S. 240, ebenso 181 f.). Schließlich vertritt *Gierke* die Ansicht, daß mit dem Siege des Wahlprinzipes das Deutsche Reich mehr und mehr als „Subjekt der Reichsgewalt und des Reichsvermögens“ empfunden worden sei (Genossenschaftsrecht II 569); seit dem 13. Jahrhundert trete die „Vorstellung der abstrakten Reichspersönlichkeit“ auf (Genossenschaftsrecht III 572); vor allem *Baldus* habe den Begriff der fiktiven Staatspersönlichkeit gekannt (Genossenschaftsrecht III 606; *Althusius* 136 A. 44; vgl. auch vorn A. 62). Dieser Ansicht *Gierkes* folgt *Rehm*; er glaubt, daß man bereits im Mittelalter „der fingierten Persönlichkeit der Volksgesamtheit alle Gewalten zuschrieb“ (Geschichte 187 A. 5).

die organologische Staatsanschauung und die Vorstellung des Gesellschaftsvertrages. Der Umstand, daß wesentliche Elemente der neuzeitlichen Staatstheorie in bestimmterer oder unbestimmterer Gestalt bereits in den mittelalterlichen Lehren auftauchten¹⁴², darf uns aber nicht dazu verleiten, diese Formulierungen im Sinne der heutigen Begriffe umzudeuten und den Staatsbegriff des 19. und 20. Jahrhunderts, der aus der Dogmatik des Staatsrechts des modernen Einheitsstaates erwuchs, in die unvergleichliche Welt des Mittelalters hineinzutragen¹⁴³.

¹⁴² Vgl. *Sauter*, Staatsidee 72; *Woolf* 368 f. – Besonders zu beachten ist, daß das Mittelalter, welches den Staat ursprünglich als reinen Personenverbandsstaat auffaßte, mit fortschreitender Zeit dem Staatsgebiet immer größere Bedeutung zumaß (*Mitteis*, Staat 4, 256 f., 424; *von der Heydte* 407 ff.) und so die neuzeitliche Definition des Staates als Gebietskörperschaft vorbereitete.

¹⁴³ Darauf macht vor allem *Brunner* aufmerksam (S. 124 ff., 134 ff., 166 f., 170 ff., 495 f.); es müsse verhindert werden, daß „durch einen angeblich allgemeinen Staatsbegriff verdeckte Merkmale des neuzeitlichen Staates auf das Mittelalter übertragen werden“ (S. 126); mit der „neuzeitlichen juristischen Begrifflichkeit“ könne man das Mittelalter überhaupt nicht erfassen (S. 167). Vgl. auch *Mitteis*, Staat 3; Rechtsidee 353, 359 f., 363, 474; *Below* 163 ff.; *McIlwain* 219. – Zur Problematik der Verwendung moderner Begriffe bei der Darstellung von geschichtlichen Epochen vgl.: *Brunner* XXI f., 184 f.; *Mitteis*, Rechtsidee 359 f., 509 ff.; *Below* 108 ff.; *von der Heydte* 41.

II. Abschnitt

Die Staatslehren des 16.–18. Jahrhunderts, insbesondere des Naturrechts

§ 4. Der Beginn der Neuzeit – Jean Bodin (1530–1596)

Der moderne Staat der Neuzeit erblickte seine erste Aufgabe darin, alle weltliche Gewalt in seiner Hand zu vereinigen und im Kampfe gegen die anderen Mächte die Einheit des Staates sicherzustellen¹. Dementsprechend ließ die Wissenschaft dieser Epoche es sich ganz besonders angelegen sein, die Einheit des Staatsverbandes und der Staatsgewalt theoretisch herauszuarbeiten². Da lag es denn zweifellos nahe, der umfassenden Einheit des Staates vermittelt des Begriffes der einheitlichen Staatspersönlichkeit Ausdruck zu geben³. Und wirklich war es die Staatslehre dieser Zeit, die erstmals mit Bestimmtheit den Staat als juristische Person erfaßte.

Allerdings fehlte Jean Bodin, der zuerst den Begriff der Souveränität als der jedem Staate notwendigen höchsten und einheitlichen Gewalt erkannte⁴,

¹ Jellinek, Staatslehre 323 ff.; Politik 18 f.; Staatsidee 47 ff.

² Jellinek, Staatslehre 326 f., 329.

³ Gierke, Genossenschaftsrecht IV 307. – Die Erkenntnis der Einheit und Souveränität der Staatsgewalt, wie sie sich im 16. Jahrhundert Bahn brach, war von außerordentlicher Bedeutung für die Entstehung der Staatspersönlichkeitslehre. Erst der Begriff einer einheitlichen und souveränen Staatsgewalt beseitigte jene Vorstellungen, welche das Mittelalter an der Erfassung des Staates als Rechtsperson gehindert hatten (vgl. vorn § 3 bei A. 121 ff.). Über die bereits im Mittelalter gebildeten Ansatzpunkte, aus denen sich die Lehre von der Souveränität des Staates entwickelte, vgl. vorn § 3 bei A. 128 f.

⁴ De republica libri sex, latine, editio tertia, Francofurti 1594, I. I c. VIII (S. 123: „Maiestas est summa in cives ac subditos legibusque soluta potestas“; S. 125, 132); I. I c. X (S. 240; 243: „... summum reipublicae imperium una re comprehensum“); I. II c. I (S. 275: „... maiestas per se ipsa quiddam est individuum“); Les six livres de la République, Lyon 1580, I. I ch. VIII (S. 85: „La souveraineté est la puissance absolue et perpétuelle d'une République, que les Latins appellent maiestatem“; S. 86, 91); I. I ch. X (S. 155 f.); I. II ch. I (S. 177). – Vgl. zur Souveränitätslehre von Bodin: Bluntschli, Geschichte 35; Heller, Souveränität 14 ff.; Del Vecchio, Lehrbuch 70; Liepmann 21 f.; Jellinek, Staatslehre 453; Rehm, Geschichte 226; Ahrens I 86; Stintzing II 34 f.; Meinecke 71 ff.; Krabbe, Staatslehre 80 ff.; Sauter, Staatsidee 91 f.; Allen 399 ff., bes. 407 ff.; Church 212 ff., bes. 226 ff.; McIlwain 390; Dunning II 96 ff.; Merriam 367 ff.; Carlyle VI 417 ff.; Sabine 342 ff.; Bowle 289 ff.; Catlin 206 ff.; Pollock 47 ff.; Beatrice Reynolds, Proponents of limited monarchy in sixteenth century France: Francis Hotman and Jean Bodin (Diss. Columbia University), New York 1931, S. 142 ff.

noch die Vorstellung einer Staatspersönlichkeit; er schrieb die Souveränität nicht dem Staate, sondern nur dem Herrscher zu ⁵.

§ 5. Die Grundlagen der naturrechtlichen Theorie der Staatspersönlichkeit

Erst die Naturrechtslehrer des 16.–18. Jahrhunderts verbanden die Einheit des Staates mit dem Gedanken der Staatspersönlichkeit, wobei die Staatsgewalt als das allumfassende, einheitliche Urrecht des Staates galt ⁶. Das Naturrecht nahm das korporative Gedankengut der mittelalterlichen Staatslehre auf und entwickelte es in seiner Persönlichkeitslehre weiter ⁷. Ebenso wurden großenteils die organologische Auffassung des Staates und der Vergleich mit den Menschen übernommen ⁸ – ohne aber die beiden Vorstellungen zum Begriff einer organischen Staatspersönlichkeit zu verbinden ⁹; das organische Denken stand meist nur in sehr losem Zusammenhang mit dem Persönlichkeitsbegriff ¹⁰. Auch ist ergänzend zu berücksichtigen, daß ein Teil der Naturrechtslehrer ausgesprochen mechanistische Staatsauffassungen pflegte, so vor allem *Hobbes* und die Autoren der Spätzeit, insbesondere *Kant* ^{10a}.

Von großer Tragweite war es, daß unter dem Namen des Naturrechts eine

⁵ Bei allen Aussagen über die Souveränität ging *Bodin* davon aus, daß sie ein Attribut derjenigen physischen Personen war, welche die Macht tatsächlich innehatten. Vgl. dazu *Republica* l. I c. VIII (S. 126: „princeps vero, populusve, in quibus maiestas inest“; S. 132; 133; „... imperium quoque significatur eius, in quo reipublicae maiestas inest“); l. I c. IX (S. 169: „Diximus iura maiestatis eum habere, qui post Deum immortalem subditus sit nemini“); l. I c. X (S. 234, 240, 243); l. II c. I (S. 272: „... quae in republica personae iura maiestatis habeant“); *République* l. I ch. VIII (S. 86: „car celuy est absolument souverain, qui ne reconnoist rien plus grand que soy après Dieu“; S. 87, 91); l. I ch. IX (S. 112); l. I ch. X (S. 149: „Car il faut que les marques de souveraineté soyent telles, qu’elles ne puissent convenir qu’au Prince souverain“; S. 155 f.); l. II ch. I (S. 175). – Daß sich der Staatspersönlichkeitsbegriff in der Staatslehre *Bodins* noch nicht findet, wird anerkannt von *Gierke* (*Genossenschaftsrecht* IV 326), *Bluntschli* (*Geschichte* 32 ff.), *Höhn* (*Staatsbegriff* 50, 57, 75), *Rehm* (*Geschichte* 224), *Dock* (S. 58 ff., 138), *Zweig* (S. 151 ff.), *Meinecke* (S. 280 f.) und *Battaglia* (S. 14 f.). Anderer Ansicht sind hingegen *Michoud* (*Théorie* II 52) und *Meyer-Anschütz* (S. 15 A. 8). Vgl. auch *Waldecker*, *Staatslehre* 650.

⁶ *Gierke*, *Genossenschaftsrecht* IV 287.

⁷ *Jellinek*, *Staatslehre* 158 f.; *Höhn*, *Staatsbegriff* 143 ff.; *Wandlung* 29; *Gierke*, *Genossenschaftsrecht* IV 443; *Waldecker*, *Staatslehre* 212, 284 f.; *Liepmann* 18 ff. Vgl. auch hinten § 18 A. 282.

⁸ Organologische Vergleiche finden sich vor allem in den Staatstheorien von *Althusius* (vgl. hinten § 6 A. 24), *Locke* (vgl. hinten § 9 bei A. 104) und *Rousseau* (vgl. hinten § 12 bei A. 168). Vgl. dazu allgemein: *Gierke*, *Genossenschaftsrecht* IV 307 ff.; *Bluntschli*, *Geschichte* 152 f.; *van Krieken* 40 ff.; *Waldecker*, *Staatslehre* 287. – Auch die nicht naturrechtliche deutsche Literatur des 16./17. Jahrhunderts pflegte anthropomorphistische Vergleiche (vgl. *Gierke*, *Genossenschaftsrecht* IV 243). Einige Vertreter insbesondere des späteren Naturrechts enthielten sich jedoch aller organologischen Umschreibungen, so *Thomasius* und *Wolff* (vgl. *Gierke*, *Genossenschaftsrecht* IV 445 A. 249).

⁹ *Gierke*, *Althusius* 358, 384 f.; *Genossenschaftsrecht* IV 310, 449.

¹⁰ *Gierke*, *Althusius* 136.

^{10a} Vgl. dazu hinten § 8 bei A. 55 ff., A. 84 und § 15 bei A. 260.

allgemeine Rechtslehre errichtet wurde¹¹; innerhalb dieser wies man dem Staat neben anderen Verbänden einen Platz zu. Damit wurde der Staat als mit den übrigen Verbänden wesensgleich erfaßt; dies erleichterte seine Behandlung als Person neben den anderen Personen wesentlich.

Wenn der Staat in diesem Sinne als Korporation – und daher als Persönlichkeit – betrachtet wurde, so entsprach dies ganz dem individualistischen Denken des damaligen Naturrechtes, das, von den vernünftigen Individuen ausgehend, alle sozialen Erscheinungen auf den Willen der Einzelmenschen zurückgeführt wissen wollte¹². Wie den privaten Verband, so dachte man sich auch den Staat als aus einer Übereinkunft, aus einem Vertrag der Verbandsglieder entstanden¹³; erst eine solche Konstruktion machte dem individualistischen Naturrecht den Staat mit seiner damaligen absoluten Macht denkbar und mit der Freiheit des Individuums vereinbar¹⁴. So sehr wir heute geneigt sind, zwischen dem auf Vertrag beruhenden Rechtsverhältnis und der aus einem Statut entwickelten Verbandspersönlichkeit einen Gegensatz zu sehen, so war es im Gegenteil für das Naturrecht kennzeichnend, daß es die Theorie der Staatspersönlichkeit mit der Lehre vom Gesellschaftsvertrag verband¹⁵. Der Vertrag bedeutete die typische individualistische Rechtsgrundlage, die auf den tragenden Willen der Einzelnen zurückverwies¹⁶.

Das Argumentieren mit dem Vertragsgedanken gestattete, den Staat rechtlich und damit als juristische Persönlichkeit zu erfassen. Die Einordnung des Staatsbegriffes in eine allgemeine Rechtslehre führte dazu, den Staat wesentlich als rechtliche Institution¹⁷ und die Staatsgewalt als Rechtsmacht¹⁸ zu erfassen. Zu beachten ist allerdings, daß das Rechtssystem dieser Zeit ganz

¹¹ *Rehm*, Geschichte 211; *Wolf*, Rechtsdenker 252; *Wieacker* 183, 194; *Thieme*, Privatrechtsgeschichte 16; *Welzel* 155; *Andreas B. Schwarz*, Zur Entstehung des modernen Pandektensystems, in: Z.R.G. Rom.Abt. Bd. 42 (1921) S. 583 ff., bes. 587 f.

¹² *Holstein* 52 f.; *Stahl* I 153 f., 156 f.; *Rehm*, Geschichte 252 ff.; *Wölff*, Rechtsdenker 381; *Wieacker* 146, 156; *Jellinek*, Adam 33 ff.; Staatslehre 214, 240, 247; *Abrens* I 82, 90; *Liepmann* 19 f.; *Waldecker*, Staatslehre 394 f.; *Grasso* 15. – Vgl. auch hinten § 17 bei A. 270; § 18 bei A. 284 f.

¹³ *Rehm*, Geschichte 233; *Egger*, Rechtsethik 14 (der Vertrag als Grundfigur des naturrechtlichen Denkens); ebenso *Stahl* I 153, 166 f.; *Friedmann* 39.

¹⁴ *Rousseau* hatte das offen ausgesprochen (*Contrat* l. 1 ch. 6 al. 4; vgl. auch hinten § 12 bei A. 177 f.). – Vgl. allgemein dazu: hinten § 17 bei A. 269 f. und *Jellinek*, Staatslehre 329; *Stahl* I 158, 252.

¹⁵ Vgl. auch *Rehm*, Geschichte 251 f. – Über die Entwicklung der Theorie vom Gesellschaftsvertrag im Naturrecht vgl. allgemein: *Atger* 121 ff., 155 ff.; *Sabine* 365 ff.; *Wieacker* 148 ff.; *Grasso* 27 ff.; *Ernst Cassirer*, Die Philosophie der Aufklärung, Tübingen 1932, S. 339 ff. – Das Naturrecht übernahm die Vorstellung eines Gesellschaftsvertrags aus dem Mittelalter (vgl. vorn § 3 bei A. 111 ff.), formulierte sie aber wesentlich anders. Im Gegensatz zu den mittelalterlichen Lehren handelte es sich bei der naturrechtlichen Theorie vom Gesellschaftsvertrag um eine abstrakte und individualistische Konstruktion.

¹⁶ *Stahl* I 153.

¹⁷ *Waldecker*, Staatslehre 279 f.; *Jellinek*, Staatslehre 58 f. – Vgl. dazu hinten § 18 bei A. 286.

¹⁸ *Jellinek*, Staatslehre 476.

überwiegend privatrechtlichen Formen verhaftet war; auch die Staatspersönlichkeit wies stark privatrechtlichen Charakter auf¹⁹. Es ergeben sich zudem Schwierigkeiten daraus, daß der Staat selbst als keinen rechtlichen Schranken und damit keinen Rechtsnormen unterstellt gedacht wurde²⁰ – was doch eigentlich der Rechtsnatur des Staates als Persönlichkeit zuwiderlaufen mußte. Es gelang diesen Lehren überhaupt noch nicht, den rechtlichen Charakter der Staatspersönlichkeit bestimmt zu erfassen.

§ 6. Johannes Althusius (1557–1638)

Althusius stellte den Staat an die Spitze der Stufenreihe der mit Persönlichkeit ausgestatteten korporativen Verbände, die von der Familie über die private Korporation zu Gemeinde und Provinz aufstieg²¹; der Staat war in diesem Sinne die umfassendste „consociatio“, die höchste Person²². Durch

¹⁹ Bei *Althusius* fand sich die ganze Darstellung des Staates als „societas publica“ in der Lehre von den Konsensualkontrakten und die Behandlung der Staatsorgane im Kapitel des privaten Mandates (vgl. *Dicaeologicae libri tres*, Francofurti 1618, l. I c. LXXXI: De societate publica [S. 282 ff.]; l. I c. LXXXIII: De mandato [vor allem §§ 4 ff., S. 294 ff.]). *Grotius* behandelte die staatliche Herrschaft weitgehend gleich wie das Privateigentum (vgl. *De iure belli ac pacis libri tres*, 2. Aufl. Amsterdam 1631, l. I c. 3 § 12, 1–6; l. I c. 3 § 24). – Vgl. *Bluntschli*, Geschichte 97; *Rehm*, Geschichte 213, 233; *Waldecker*, Staatslehre 284; *Radbruch*, Vorschule 58 f. (der Gesellschaftsvertrag bedeute den „Versuch, das gesamte öffentliche Recht privatrechtlich zu begründen“); *Sauter*, Staatsidee 190 f.

²⁰ *Jellinek*, Staatenverträge 10 ff.; *Bluntschli*, Geschichte 155; *Rehm*, Geschichte 246. – Zum Problem der Rechtlichkeit des naturrechtlichen Staatspersönlichkeitsbegriffs vgl. hinten § 18 bei A. 287, 308.

²¹ Vgl. zu der Theorie der auf einander aufbauenden, bis zum Staate reichenden „consociationes“: *Politica methodice digesta*, reprinted from the third edition of 1614, augmented by the preface of 1603 (Harvard Political Classics vol. II), Cambridge 1932, c. I, 2 (S. 15); c. II, 1 f. (S. 20), 13 f. (S. 22); c. IV, 1 (S. 33); c. V, 1 ff. (S. 38); c. VII, 1 (S. 61); c. IX, 1 (S. 88); *Dicaeologicae libri tres*, Francofurti 1618, l. I c. VIII, 1 (S. 21), 14 (S. 22). – Vgl. besonders zur Personifizierung dieser „consociationes“: *Politica* c. II, 12 (S. 21: „Ob ius hoc symbioticum, quod diximus, sit, ut consociatio haec saepe unam personam repraesentet, et pro una persona reputetur“); c. XIX, 98 (S. 177); *Dicaeologicae* l. I c. VII, 7 (S. 17); und zur These der Wechsel der Glieder überdauernden Kontinuität: *Politica* c. V, 3 (S. 38: „... et mori non dicitur, quoad una persona superest, nec personarum singularum mutatione variatur, sed substitutione aliarum perpetuatur“). – Vgl. zur Korporationen- und Staatstheorie von *Althusius*: *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 346 ff.; *Althusius* 22 ff., 47; *Wolf*, Rechtsdenker 186 ff., 207; *Wieacker* 164 f.; *Waldecker*, Staatslehre 394 ff.; *Bluntschli*, Geschichte 79 ff.; *Rehm*, Geschichte 236 f.; *Reibstein*, *Althusius* 88 ff., 193, 209 ff.; *Sauter*, Staatsidee 96 ff., 190 f.; *Krabbe*, Staatslehre 93 ff.; *Cassirer* 84 ff.; *Dunning* II 61 ff.; *Carlyle* VI 358 ff., 394 f., 498 ff.; *Merriam* 372 ff.; *Atger* 121 ff. – Vgl. zu *Althusius* allgemein auch: *Ueberweg* III 113 f.; *Wolf*, Rechtsdenker 176 ff.; *Gumpłowicz*, Geschichte 184 f.; *Sabine* 355 ff.

²² *Politica* c. IX, 1 (S. 88): „Universalis, publica, maior consociatio est, qua civitates et provinciae plures ad ius regni mutua communicatione rerum, operarum, mutuis viribus et sumptibus habendum, constituendum, exercendum et defendendum se obligant“; c. IX, 22 (S. 92: „Corpus igitur hoc consociatum, rex, princeps, optimatesve, superius agnoscunt, a quo iidem constituuntur ...“); *Dicaeologicae*

den korporativen Zusammenschluß wurde das Volk zu „unum corpus“²³, zu einem organischen „corpus symbioticum“²⁴. Diesem Ganzen standen die „iura maiestatis“ als einheitliche, unteilbare²⁵ Gewalt zu, die vom Herrscher nur in fremdem Namen ausgeübt wurde²⁶.

Der Begriff der Staatspersönlichkeit erhielt nun aber dadurch eine wesentliche Abschwächung, daß *Althusius* mit der Bezeichnung des Staates als „corpus“ oder „persona“ nicht die Aufstellung einer besonderen, von den Staatsangehörigen völlig unabhängigen Rechtsperson „Staat“ anstrebte; denn *Althusius* verstand unter Staat meist doch nur die Gesamtheit der Bürger, das Volk²⁷. Deshalb bedeutete die scheinbare Souveränität des Staates letzt-

l. I c. VIII, 14 (S. 22). Vgl. auch *Wolf*, Rechtsdenker 187; *Bluntschli*, Geschichte 81. – Es ist zu beachten, daß die Glieder der staatlichen „consociatio“ nicht die einzelnen Bürger, sondern die Provinzen, Gemeinden und Städte waren. – *Waldecker* meint, *Althusius* habe eine einheitliche Staatspersönlichkeit noch nicht gekannt (Staatslehre 425 ff.).

²³ *Dicaeologicae* l. I c. VII, 1 (S. 17), 7 (S. 17: „Propter hanc unionem fit, ut non singuli homines per se et in se, sed totum, ex personarum plurium comprehensione corpus, constans, consideretur tanquam una persona“); l. I c. VII, 8 (S. 17: „... et singuli in unum corpus confunduntur“); l. I c. VIII, 1 (S. 21), 14 (S. 22); l. I c. LXXXI, 1 (S. 283); *Politica* c. IV, 1 (S. 33); c. V, 2 (S. 38); c. IX, 12 (S. 90), 18 f. (S. 91), 22 (S. 92); c. XVIII, 10 (S. 137), 28 f. (S. 140); c. XIX, 2 (S. 159), 6 f. (S. 160), 12 (S. 161). – Vgl. auch *Gierke*, *Althusius* 26, 47 A. 30; *Waldecker*, Staatslehre 400 f.

²⁴ *Politica*, praefatio (S. 8); c. IX, 5 (S. 88), 30 (S. 94). Vgl. zudem *Kendall* 48; *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 309; *Althusius* 161; *Wolf*, Rechtsdenker 184. – Es finden sich auch oft anthropomorphistische Umschreibungen, so wenn *Althusius* dem „corpus symbioticum“ die Attribute „anima“, „spiritus“ und „cor“ zuschrieb; vgl. *Politica*, praefatio (S. 8); c. IX, 19 (S. 91).

²⁵ *Politica* c. IX, 19 (S. 91: „Talis vero potestas regni ... una semper est, non plures potestates“; S. 92).

²⁶ *Politica*, praefatio (S. 8); c. IX, 16 (S. 91), 18 (S. 91: „Hoc ius regni, seu maiestatis ius, non singulis, sed coniunctim universis membris, et toti corpori consociato regni competit“); c. IX, 19 (S. 91 f.); c. XVIII, 10 (S. 137), 28 f. (S. 140); c. XIX, 2 (S. 159: „Nam iura universalis consociationis et corporis illius politici, ratione proprietatis et dominii, pertinent ad corpus universalis consociationis, seu membra regni; at vero ratione usus et administrationis, spectant ad summum illius magistratum, cui a corpore reipublicae sunt commendata“); c. XIX, 12 f. (S. 161). Vgl. auch *Politica* c. XIX, 98 (S. 177): „Gerunt vero et repraesentant hi summi magistratus personam totius regni, omnium subditorum et Dei, a quo omnis potestas“; vgl. zu dieser Formulierung auch hinten § 8 A. 64. – Bei *Althusius* tauchte also erstmals die im späteren Persönlichkeitsdogma wichtige Unterscheidung von Trägerschaft und Ausübung der Staatsgewalt auf; sie wurde dann von *Grotius* (vgl. hinten § 7 bei A. 36 ff.) und vor allem von *Hobbes* (vgl. hinten § 8 bei A. 61 ff.) weiterentwickelt. Ansätze zu dieser doppelten Zurechnung der Staatsgewalt finden sich bereits im Mittelalter, allerdings ohne die Konstruktion der Staatspersönlichkeit (vgl. vorn § 3 A. 131). – Vgl. auch *Rehm*, Geschichte 236; *Kendall* 47 f.; *Gierke*, *Althusius* 26, 28 f., 161; *Bluntschli*, Geschichte 82 f.

²⁷ Vgl. zur Identifizierung von Staat als „unum corpus“ oder „persona“ und „populus“ oder „omnes simul“ vor allem: *Politica*, praefatio (S. 5, 8); c. IX, 12 (S. 90), 19 (S. 91); c. XVIII, 10 (S. 137), 26 (S. 140). – Im Hinblick auf die oft unklare Abgrenzung der Gesamtheit gegenüber der Vielheit nimmt *Cassirer* an, *Althusius* habe eigentlich die Herrschaftsrechte nicht einem neuen Rechtssubjekte „Staat“ zugeschrieben, sondern sie bei den sich zusammenschließenden Bürgern be-

lich nichts anderes als die Volkssouveränität²⁸, deren Begründung und Verteidigung das Hauptanliegen der Staatskonstruktion von *Althusius* waren.

Die Idee einer einheitlichen Staatspersönlichkeit wurde zudem oft durch die Gegenüberstellung von Volk und Regierung verdrängt²⁹. Der Persönlichkeitsbegriff selbst entbehrte durch seine sozietäre Ausprägung³⁰ der nötigen Bestimmtheit: das Staatsvolk wurde gleichzeitig als Körperschaft³¹ und als „societas publica“³², sogar als bloße „consociata multitudo“³³ bezeichnet.

§ 7. Hugo Grotius (1583–1645)

Auch *Grotius* ging von einem korporativen Staatsbegriff aus³⁴. Das Volk verband sich im Staat zu einem „corpus morale“, das die umfassendste und vollkommenste gesellschaftliche Vereinigung, den „coetus perfectus“ dar-

lassen (S. 86 f.); auf der anderen Seite gibt aber *Cassirer* doch zu, daß *Althusius* den Staat als Kollektivperson aufgefaßt habe (S. 92).

²⁸ *Althusius* sprach die Staatsgewalt ausdrücklich als unveräußerliches Recht dem Volke zu: *Politica*, praefatio (S. 5, 8); c. IX, 16 (S. 91); c. XVIII, 10 (S. 137); c. XIX, 7 (S. 160), 12 f. (S. 161). Besonders betonte er, daß der Herrscher seine Herrschaftsrechte vom Volk erhalten habe: *Politica* c. IX, 4 (S. 88); c. XVIII, 8 (S. 137), 26 ff. (S. 140); c. XIX, 6 f. (S. 160), 12 (S. 161: „ex contractu hoc mandati inter populum et magistratum“), 13 (S. 161: „ius summo magistratu a populo datum“). – Vgl. auch *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 313; *Althusius* 336 f.; *Waldecker*, Staatslehre 401, 526, 653 ff.; *Wolf*, Rechtsdenker 187; *Reibstein*, *Althusius* 196 ff.; *Rehm*, Staatslehre 219; *Liepmann* 22 ff.

²⁹ Der Staat wurde auf das gegenseitige vertragliche Verhältnis zwischen „populus“ und „magistratus summus“ zurückgeführt: *Politica* c. XIX, 6 f. (S. 160), 12 f. (S. 161); c. XX, 21 (S. 184). – *Gierke* spricht deshalb von einer „Spaltung der einheitlichen Staatspersönlichkeit“ (*Althusius* 161) und *Waldecker* sagt, für *Althusius* bedeute der Staat eben doch nur ein „gegenseitiges Rechtsverhältnis“ (Staatslehre 401).

³⁰ Vgl. dazu *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 297 ff., 350; *Althusius* 161 f.; *Rehm*, Geschichte 233; *Waldecker*, Staatslehre 395. – In diesem Zusammenhang muß auch auf den privatrechtlichen Zug in der Staatskonstruktion von *Althusius* hingewiesen werden; vgl. vorn § 5 A. 19.

³¹ Im Gegensatz zur sozietären Auflösung des Staates in die Vielheit der Bürger wollte ja *Althusius* manchmal den zu „unum corpus“ zusammengefaßten Staat gegenüber der Vielheit der Staatsglieder abgrenzen, so besonders bei der Zurechnung der Staatsgewalt. Vgl. vor allem: *Dicaeologicae* I. I c. VII, 7 (S. 17); *Politica* c. IX, 12 (S. 90), 18 (S. 91).

³² *Dicaeologicae* I. I c. LXXXI, 1 (S. 283).

³³ *Politica*, praefatio (S. 8). – Bei dieser Unklarheit ist aber zu berücksichtigen, daß es *Althusius* nicht vor allem darum zu tun war, eine formale juristische Konstruktion zu bieten; vgl. *Wolf*, Rechtsdenker 188.

³⁴ *Höhn*, Staatsbegriff 147; *Wolf*, Rechtsdenker 268 ff., 282. – Zum Begriff der Staatspersönlichkeit bei *Grotius* vgl.: *Krabbe*, Staatsidee 20 ff.; *Lasson*, System 39, 87 f.; *Maurenbrecher*, Fürsten 30 ff.; *Battaglia* 16 f. – Vgl. zu den Lehren von *Grotius* allgemein: *Ueberweg* III 114 ff.; *Wolf*, Rechtsdenker 252 ff.; *Wieacker* 165 ff.; *Thieme*, Privatrechtsgeschichte 19 ff.; *Welzel* 126 ff.; *Krabbe*, Staatslehre 108 ff.; *Paul Ottenwälder*, Zur Naturrechtslehre des Hugo Grotius, Tübingen 1950, S. 76 ff.; *Dunning* II 179 ff.; *Sabine* 358 ff.; *Bowle* 293 ff.

stellte³⁵. Die einheitliche Staatsgewalt („summa potestas“)³⁶ wurde der „civitas“ als dem allgemeinen Subjekt („subiectum commune“) und dem Herrscher als dem besonderen Subjekt („subiectum proprium“) zugerechnet³⁷. So blieb das „imperium“ beim Volksverband als dem Ganzen, obwohl es vom Herrscher als dessen Teil ausgeübt wurde³⁸. Wenn auch der Begriff des Staatsorgans damit noch nicht erfaßt wurde, so bedeutete diese Vorstellung zweifellos den ersten Schritt zur Unterscheidung von Staats- und Herrscher-souveränität³⁹. *Grotius* betonte schließlich die Kontinuität der „civitas“ und deren Rechtsverbindlichkeiten trotz des Wechsels der Herrscher, ja selbst bei der Änderung von Verfassung und Regierungsform⁴⁰.

Wie bei *Althusius* muß auch bei diesem Naturrechtslehrer einschränkend erwähnt werden, daß die Auffassung des Staates als Person nicht streng durchgeführt wurde. Der Staat galt weiterhin als „societas civilis“⁴¹, als die vertragsmäßige „societas“ der Familienväter⁴²; er bedeutete lediglich eine Zusammenfassung der Einzelnen zu einer Einheit⁴³; die Begriffe „civitas“, „communitas“, „corpus“, „societas“ und „populus“ wurden unbedenklich als Synonyma verwendet⁴⁴. Es war die Identität des Staates schließlich nur in der Identität des Volkes begründet⁴⁵, und unter der Staatssouveränität verstand *Grotius* eigentlich doch die Souveränität des Volkes, das die Ausübung der Staatsgewalt dem Herrscher übertrug⁴⁶. Der Staat spaltete sich in ein Verbandsverhältnis des Volkes und ein Herrschaftsverhältnis zwischen Volk und Herrscher⁴⁷; dieser letztere Gegensatz beherrschte das Innenverhältnis,

³⁵ De iure belli ac pacis libri tres in quibus ius naturae et gentium: item iuris publici praecipua explicantur, 2. Aufl. Amsterdam 1631, I. 1 c. 1 § 14 (S. 8); I. 2 c. 5 § 23 (S. 146 f.); vgl. *Gierke*, *Althusius* 172 f.; *Höhn*, Staatsbegriff 147; *Wolf*, Rechtsdenker 268, 270.

³⁶ I. 1 c. 3 § 17 (S. 61).

³⁷ I. 1 c. 3 § 7 (S. 48 f.); vgl. *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 318; *Althusius* 172; *Michoud*, Théorie II 52 f. A. 1; *Rehm*, Geschichte 237; *Waldecker*, Staatslehre 656; *Battaglia* 16.

³⁸ I. 2 c. 9 § 8 (S. 185); vgl. *Krabbe*, Staatsidee 21; *Wolf*, Rechtsdenker 268 f. – Vgl. zur Unterscheidung von Trägerschaft und Ausübung der Staatsgewalt bereits *Althusius* (vorn § 6 bei A. 26) und später *Hobbes* (hinten § 8 bei A. 61 ff.).

³⁹ *Bluntschli*, Geschichte 96; *Rehm*, Geschichte 238. – A. A. *Höhn*, Staatsbegriff 150 f.

⁴⁰ I. 2 c. 9 § 8 (S. 185 f.); I. 2 c. 14 § 1 (S. 230 f.).

⁴¹ I. 1 c. 4 § 7 (S. 80); vgl. *Höhn*, Staatsbegriff 147; *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 354. – *Grotius* unterschied überhaupt nicht klar zwischen Korporation und Sozietät (vgl. dazu *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 295 ff.; vgl. aber auch *Wolf*, Rechtsdenker 270).

⁴² I. 2 c. 5 § 23 (S. 146 f.).

⁴³ *Bluntschli*, Geschichte 94; *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 318 ff.; *Althusius* 173; vgl. aber auch *Wolf*, Grotius 60.

⁴⁴ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 319; *Althusius* 173; *Stahl* I 168 f.; *Höhn*, Staatsbegriff 148.

⁴⁵ I. 2 c. 9 § 8 (S. 186).

⁴⁶ *Gierke*, *Althusius* 173; *Stahl* I 169; *Jellinek*, Staatslehre 461; *Waldecker*, Staatslehre 656; *Wolf*, *Grotius* 62; *Battaglia* 16 f.

⁴⁷ *Höhn*, Staatsbegriff 149 f.

so sehr auch nach außen, im Völkerrecht, Volk und Herrscher zu einer Verbandseinheit zusammengeschlossen wurden⁴⁸.

§ 8. Thomas Hobbes (1588–1679)

Die naturrechtliche Lehre von der Staatspersönlichkeit erfuhr durch *Hobbes* ihre bestimmteste Ausgestaltung. *Hobbes* betonte stark die Einheit der Staatsperson⁴⁹. Der Gedanke der Staatspersönlichkeit rückte ins Zentrum der gesamten Staatskonstruktion und gehörte von Anfang an zum Staatsbegriff⁵⁰. Durch den Gesellschaftsvertrag („*unio*“) vereinigte sich das Volk zu „*una persona*“⁵¹, zur „*persona civilis*“⁵² oder „*persona civitatis*“⁵³. *Hobbes* verglich diese Staatsperson weitgehend mit dem Menschen⁵⁴; dabei dachte er mehr in mechanistischen als in organizistischen Gedankenformen und nannte die Staatsperson ein „*opificium artis*“⁵⁵, einen „*homo artificialis*“ oder eine „*persona artificialis*“⁵⁶, mit einem Wort: einen Übermenschen.

Erstmals errichtete man hier die Staatspersönlichkeit bewußt auf der Grundlage des Willensdogmas: allein ein einheitlicher Wille – bisweilen als

⁴⁸ Höhn, Staatsbegriff 151.

⁴⁹ Jellinek, Staatslehre 326; Bluntschli, Geschichte 124; Gierke, Althusius 190; Lasson, System 88 f.; Tönnies 193; Liepmann 36; Krabbe, Staatsidee 23 ff.; Gumplowicz, Geschichte 197; Battaglia 17. – Wegen der starken Betonung der Personifizierung glaubt Cassirer von der „Entdeckung des Begriffes der Staatsperson durch Hobbes“ sprechen zu können (S. 142). – Zur Staatslehre von Hobbes vgl. allgemein: Reibstein, Anfänge 80 ff.; Welzel 112 ff.; Sauter, Naturrecht 210 ff.; Staatsidee 94 f.; Hippel II 49 ff.; Krabbe, Staatslehre 112 ff.; Fischer X (4. Aufl. 1923) S. 361 ff.; Richard Höningwald, Hobbes und die Staatsphilosophie (Geschichte der Philosophie in Einzeldarstellungen Bd. 21), München 1924, S. 48 ff., 159 ff., bes. 168 ff.; Helmut Schelsky, Die Totalität des Staates bei Hobbes, in: Arch.R.Soz.Phil. Bd. 31 (1937/38) S. 176 ff.; Dunning II 268 ff.; Maitland 297 ff.; Pollock 58 ff.; Merriam 378 ff.; Sabine 387 ff., bes. 397 ff.; Bowle 316 ff.; Friedmann 41 ff.; Catlin 227 ff.; Cairns 259 ff.; Howard Warrender, The political philosophy of Hobbes, his theory of obligation, Oxford 1957, S. 104 ff., bes. 108 f., 125 ff., 317 ff.; Atger 162 ff. – Zum philosophischen System von Hobbes vgl. allgemein: Ueberweg III 249 ff.

⁵⁰ Vgl. die Staatsdefinitionen: *Elementa philosophica de cive*, Paris 1646, c. 5 § 9 (S. 80 f.); *Leviathan sive de materia, forma et potestate civitatis ecclesiasticae et civilis*, o. J. o. O., c. 17 (S. 86). Vgl. dazu auch Ueberweg III 258 ff.; Gierke, Genossenschaftsrecht IV 331 und A. 158; Althusius 189; Tönnies 193.

⁵¹ *Leviathan* c. 17 (S. 85): „*in personam unam vera omnium unio*“; *cive* c. 5 §§ 6–11 (S. 77 ff.).

⁵² *Cive* c. 5 §§ 9, 10, 11 (S. 80 ff.); c. 7 § 14 (S. 123).

⁵³ *Leviathan* c. 17 (S. 86); c. 18 (S. 87, 91); c. 22 (S. 112).

⁵⁴ Tönnies 200 ff., 242 A. 106; Gierke, Althusius 189 f.

⁵⁵ *Leviathan*, Einleitung zur pars prima (S. 1); vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht IV 330 f.; Althusius 190; Ueberweg III 258; Del Vecchio, Lehrbuch 81. Zur mechanischen Staatsauffassung dieser Zeit allgemein: Gierke, Genossenschaftsrecht IV 310 f., 444 f.; Jellinek, Staatslehre 149; Carl Schmitt, Der Staat als Mechanismus bei Hobbes und Descartes, in: Arch.R.Soz.Phil. Bd. 30 (1936/37) S. 622 ff.

⁵⁶ *Leviathan*, Einleitung zur pars prima (S. 1); c. 21 (S. 105); vgl. Bluntschli, Geschichte 124; Meinecke 266 f.

„voluntas artificiosa“ aufgefaßt⁵⁷ – ließ die Person des Staates entstehen⁵⁸; diese fand ihren Grund nur im Willen des Herrschers, der nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages als der Wille aller galt⁵⁹, und in der allseitigen Unterwerfung unter diesen einheitlichen Willen⁶⁰. Besonderes Gewicht legte dieser englische Naturrechtslehrer auf die Einheit und Unteilbarkeit der absoluten Staatsgewalt⁶¹, die der „civitas“ zugeschrieben wurde⁶². Es war die einheitliche Staatsperson, die zwar nicht selbst, wohl aber durch andere handeln konnte⁶³. Der Herrscher verwaltete nur die Staatsperson („gerit personam civitatis“) ⁶⁴; die „civitas“ wurde als der „auctor“ der Handlungen angesehen, für die der Herrscher den „actor“ bedeutete⁶⁵.

Lag in diesen Lehren eine bedeutende Entwicklung der Persönlichkeits-theorie, insbesondere ein entscheidender Schritt zur Erfassung der Staatsorganschaft, so war die Darstellung der Staatspersönlichkeit in den weiteren Ausführungen doch ganz zwiespältig⁶⁶: einerseits behielt *Hobbes* die Verbandsvorstellung beim Begriff der Staatsperson bei, andererseits reduzierte er diese ausschließlich auf die absolute Herrscherpersönlichkeit.

Zunächst ließ *Hobbes* bereits durch den Vereinigungsvertrag („pactum universale“) ⁶⁷, der die Individuen zum Zwecke der Verleihung der Staatsgewalt an den Herrscher verband, die „civitas“ entstehen⁶⁸; durch diesen Vertrag wurde alles Recht von den Individuen auf die „civitas“ übertragen⁶⁹. Die Herrscher in der Monarchie und Aristokratie erhielten die Gewalt vom demokratischen Volksverband, der sich bereits durch die Übereinkunft der

⁵⁷ Cive c. 7 § 14 (S. 123).

⁵⁸ Cive c. 5 § 6 (S. 79), § 9 (S. 80 f.); c. 6 § 1 (S. 86).

⁵⁹ Leviathan c. 17 und 18 (S. 85 ff.); Cive c. 5 § 7 (S. 80) und § 9 (S. 81). Zum fiktiven Gesamtwillen *Hobbes*' vgl.: *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 229; *Althusius* 190; *Mohl*, Geschichte I 230 f.; *Bluntschli*, Geschichte 124; *Tönnies* 196 f.

⁶⁰ Cive c. 5 § 6 (S. 79), §§ 7 und 8 (S. 80); c. 6 § 3 (S. 88); vgl. *Jellinek*, System 33; *Stahl* I 177.

⁶¹ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 329; *Bluntschli*, Geschichte 124 f., 127 f.

⁶² Cive c. 6 § 18 (S. 107 f.); Leviathan c. 18 (S. 91); vgl. *Michoud*, Théorie II 52 A. 1.

⁶³ Leviathan c. 18 (S. 87).

⁶⁴ Leviathan c. 17 (S. 86); c. 18 (S. 87, 91); Cive c. 5 §§ 10–11 (S. 81 f.). – Diese Formulierung, die wir auch bei *Althusius* antreffen (vgl. vorn § 6 A. 26), läßt sich bereits bei *Cicero* (vgl. vorn § 2 bei A. 54 f.) und bei den Staatsdenkern des Mittelalters (vgl. vorn § 3 bei A. 108) nachweisen, wo sie aber noch nicht als Ausdruck der Personifizierung des Staates aufgefaßt werden darf.

⁶⁵ Leviathan c. 18 (S. 87); vgl. c. 16 (S. 80).

⁶⁶ *Rehm*, Geschichte 242 f.; *Höhn*, Staatsbegriff 155. Zur modifizierenden Entwicklung von *Hobbes*' Staats-theorie vgl. *Tönnies* 196 ff.

⁶⁷ *Hobbes* unterschied zwischen den beiden staatsbildenden Verträgen, dem „pactum universale“ und der „translatio iuris“, die erst zusammen die „unio“ ausmachten; allerdings genügte für die demokratische Staatsform der erste Vertrag. Vgl. *Rehm*, Geschichte 242 und A. 11; Staatslehre 220; *Kohler*, Rechtsphilosophie 205 f.; *Stahl* I 177. – A. A. *Tönnies* 239 f.; *Jellinek*, Politik 9 f.; *Krabbe*, Staatsidee 23 f.

⁶⁸ Cive c. 7 §§ 5 ff. (S. 117 ff.); vgl. *Rehm*, Geschichte 243 ff.

⁶⁹ Cive c. 6 § 13 (S. 95 ff.).

Individuen mit der Staatsmacht ausgestattet hatte ⁷⁰. Das Volk war nur um des ihm zustehenden „summum imperium“ willen eine Person, und mit der Veräußerung der Staatsgewalt löste sich die korporative Persönlichkeit auf zu einer bloßen „dissoluta multitudo“ ⁷¹.

Weit stärkeren Akzent legte *Hobbes* aber auf eine andere Form der Persönlichkeitsvorstellung, die zu diesem ersten Korporationsbegriff im Widerspruch stand. Danach wurde das Volk erst durch seine Unterwerfung unter die Gewalt eines Herrschers („translatio iuris“) zu einer „civitas“ ⁷²; dieser letztere erhielt seine Macht nicht von einem Verband, sondern von den einzelnen Individuen übertragen. Ohne den Herrscher bedeuteten die Einzelnen nur eine „multitudo personarum singularium“, nicht aber einen Verband, der dem Herrscher hätte gegenübertreten können ⁷³. Erst die einheitliche Vertretung durch den Herrscher ermöglichte eine einheitliche Staatsperson ⁷⁴: die Einheit des Vertreters, nicht des Vertretenen machte die Einheit der Staatspersönlichkeit aus ⁷⁵.

Damit wurde eigentlich die Staatsperson zur Herrscherpersönlichkeit reduziert, hinter der der Verband selbst verschwand ⁷⁶. *Hobbes* ließ nun aber den korporativen Gedanken nicht ganz fallen, sondern deutete ihn – allerdings nicht ohne ihm Gewalt anzutun – um: die Korporation beruhte für ihn nur noch auf dem Repräsentanten, dem Herrscher, und umfaßte deshalb nur noch diesen ⁷⁷; dessen Wille und Handlung allein galten als Wille und Handlung aller ⁷⁸. So schreckte *Hobbes* nicht zurück vor der extremen Formulierung: „Rex est populus“ ⁷⁹. Dies bedeutete schließlich die völlige Identifizierung von Staat und Herrscher ⁸⁰. Erst im Herrscher erhielt der Staat eine absolute Staatsgewalt ⁸¹ – deshalb hatte der König ein eigenes Herrschaftsrecht ⁸².

⁷⁰ Cive c. 7 §§ 8 (S. 120) und 11 (S. 121); vgl. *Höhn*, Staatsbegriff 155; *Rehm*, Geschichte 243 f. Auch hier – wie bei allen naturrechtlichen Vertragstheorien – konstituierte sich der Staat also primär in republikanischer Form.

⁷¹ Cive c. 7 § 11 (S. 121).

⁷² Cive c. 6 § 3 (S. 88); c. 7 § 8 (S. 120); vgl. *Höhn*, Staatsbegriff 153, 155 f.; *Stahl* I 177; *Rehm*, Geschichte 244.

⁷³ Cive c. 7 § 7 (S. 119 f.) und zur Bezeichnung des Volkes als bloße „multitudo“: Cive c. 6 §§ 1–3 (S. 84 ff.), 20 (S. 110 f.); c. 7 §§ 5 (S. 118), 10 (S. 121), 16 (S. 125); c. 12 § 8 (S. 192); *Leviathan* c. 16 (S. 81), 18 (S. 91), 19 (S. 93). Vgl. *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 328 ff.; *Althusius* 190; *Rehm*, Geschichte 242 ff.; Staatslehre 220; *Höhn*, Staatsbegriff 152, 156; *Stahl* I 177; *Krabbe*, Staatsidee 24.

⁷⁴ *Tönnies* 195, 240 f.; *Höhn*, Staatsbegriff 151.

⁷⁵ *Leviathan* c. 16 (S. 81).

⁷⁶ *Gierke*, *Althusius* 189; *Höhn*, Staatsbegriff 152.

⁷⁷ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 329 f.; *Althusius* 190; vgl. auch Cive c. 5 §§ 9 ff. (S. 80 ff.); *Leviathan* c. 18 (S. 86 ff.). – *Höhn* (Staatsbegriff 155) sieht deshalb in der Staatspersönlichkeit *Hobbes*' eine „Einmannkorporation“. – Man vergleiche die englische Rechtsanschauung, derzufolge die Krone eine „corporation sole“, d. h. eine Korporation der aufeinanderfolgenden Könige darstellt; vgl. *Hatschek*, Engl. Staatsrecht I 61 ff., 75 ff.; *Jellinek*, Staatslehre 564 und hinten A. 2 vor § 39.

⁷⁸ Cive c. 5 § 6 (S. 79).

⁷⁹ Cive c. 12 § 8 (S. 192).

⁸⁰ Cive c. 12 § 4 (S. 187); vgl. *Bluntschli*, Geschichte 127; *Jellinek*, Staatslehre 146.

⁸¹ *Rehm*, Geschichte 242; *Bluntschli*, Geschichte 124 ff.; *Jellinek*, Politik 10.

⁸² *Rehm*, Geschichte 242, 245.

Der Wille des Staates, auf dem die Staatspersönlichkeit beruhte, war der Wille des Herrschers⁸³ – deshalb wurde der Staat nur im Herrscher zu einer Person⁸⁴. Da diese Lehre die „civitas“ identisch setzte mit demjenigen, der die Staatsperson geriert⁸⁵, d. h. mit dem Herrscher, sah *Hobbes* im Wegfall des Herrschers die Auflösung des Staates in eine ungeordnete Menge von Menschen, die in den Naturzustand des Krieges aller gegen alle zurück-sanken⁸⁶.

So erkennen wir bei *Hobbes* den Personenbegriff in zweifacher Hinsicht – und zwar sukzessiv aufeinanderfolgend – mit dem Staate verbunden⁸⁷: zunächst bedeutete der demokratische Volksverband eine Person, die aber mit der Übertragung der Autorität auf den Herrscher unterging und abgelöst wurde durch die neue staatliche Person⁸⁸, die wesentlich nur durch den Herrscher in seinem Herrschaftsverhältnis gegenüber den unterworfenen Individuen dargestellt wurde. In dem scheinbar einheitlichen Begriff der Staatspersönlichkeit wurden also bei *Hobbes* zwei geradezu gegensätzliche Vorstellungen miteinander verbunden. Die Zweideutigkeit dieser Lehre lag in dem praktischen Zweck begründet, dem sie dienen sollte: beeindruckt von den politischen Wirren, die das damalige England beherrschten, versuchte *Hobbes*, dem individualistisch-republikanischen Denken die Notwendigkeit eines absoluten Königtums verständlich zu machen⁸⁹. Dazu konstruierte er eine Staatsperson, die lediglich eine Verabsolutierung der Herrscherpersönlichkeit beinhaltete⁹⁰ und doch in ihrer Entstehung auf korporativer Grundlage ruhen sollte⁹¹.

Wir finden bei *Hobbes* erstmals in erstaunlich klarer Form zwei Gedanken ausgedrückt, die in der Folgezeit immer wieder dem Persönlichkeitsdogma zugrunde gelegt wurden. Einerseits erlaubte es die im Begriffe der Persönlichkeit liegende Vorstellung von der Einheit von Staat und Staatsgewalt – und gerade die Betonung dieser Einheit hatte *Hobbes* sich besonders angelegen sein lassen – alle Macht in einem Punkte zu vereinigen. Dabei vermochte man

⁸³ Cive c. 12 § 4 (S. 187); c. 6 § 14 (S. 100).

⁸⁴ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 329 f.; *Bluntschli*, Geschichte 126; *Höhn*, Staatsbegriff 151, 155; *Rehm*, Geschichte 242. – Dementsprechend nannte *Hobbes* den Herrscher die Seele des Staatskörpers: „anima vivificans et movens“ (*Leviathan*, Einleitung zur pars prima [S. 1]).

⁸⁵ *Leviathan* c. 28 (S. 146); vgl. *Höhn*, Staatsbegriff 152.

⁸⁶ *Leviathan* c. 19 (S. 97); Cive c. 7 § 18 (S. 129 f.); vgl. *Rehm*, Geschichte 248; *Meinecke* 263 ff.

⁸⁷ *Höhn*, Staatsbegriff 155.

⁸⁸ Vgl. dazu *Bluntschli* (Geschichte 127): „Das Volk wird geboren, nur um in der Geburt wieder zu sterben.“

⁸⁹ *Rehm*, Geschichte 245; *Holstein* 66; *Meinecke* 263 ff.; *Bluntschli*, Geschichte 129; *Tönnies* 18 ff., 29, 202 ff., 206 ff., 242; *Del Vecchio*, Lehrbuch 80 ff.

⁹⁰ *Gierke*, Althusius 189; *Jellinek*, Staatslehre 465; *Holstein* 68 ff.; *Höhn*, Staatsbegriff 156; *Bluntschli*, Geschichte 124 f.; *Waldecker*, Staatslehre 657. Vgl. auch *Dunning* II 281 ff.

⁹¹ *Rehm*, Staatslehre 219, 220. Vgl. die differenzierende Analyse bei *Reibstein*, Anfänge 109 ff.

dann der Versuchung oftmals nicht zu widerstehen, diese ideelle, konstruktive Zusammenballung der Staatsgewalt in einem absoluten Herrscher verkörpern zu lassen. Andererseits wurde trotz diesem schrankenlosen Absolutismus versucht, die Errichtung des Staates aus dem Willen der Individuen, von denen alles ausgehen sollte, durch eine korporative Konstruktion abzuleiten. Die „korporative“ Staatsperson erschien als der Schmelztiegel, in dem sich die widerstrebenden Elemente der absoluten Souveränität des Herrschers und der individualistischen Begründung des Staates verbanden.

§ 9. John Locke (1632–1704)

Die absolutistische Staatstheorie von *Hobbes* – so groß auch ihr Einfluß auf die Denker des Kontinents werden sollte – begegnete in England selbst zunehmender Ablehnung⁹², die in den Schriften *John Lockes* als der ersten konsequenten Durchgestaltung der konstitutionellen Staatsidee⁹³ ihren bedeutendsten Ausdruck fand⁹⁴. Trotz der vollständigen Gegensätzlichkeit der politischen Zielsetzung und der Methode – *Locke* gehörte der englischen empirischen Schule der Philosophie an – bediente sich *Locke* bei seiner Staatskonstruktion weitgehend der Gedankenformen der früheren Lehren⁹⁵.

Nach der Auffassung *Lockes* verbanden sich die im Naturzustand freien und gleichen Menschen⁹⁶ durch ein freiwilliges Übereinkommen aller („consent of every individual“)⁹⁷ zur politischen Gesellschaft („political society“). Diese staatliche Gemeinschaft wurde nun von *Locke* als „one body“⁹⁸, als „one body politic“⁹⁹ definiert; dieses Ganze („the whole“) schloß die Bürger

⁹² *Jellinek*, Politik 10 ff.; *Gough* 3.

⁹³ *Del Vecchio*, Lehrbuch 91; *Jellinek*, Staatslehre 466.

⁹⁴ *Fowler* 181 f.; *Gough* 128; *Ueberweg* III 368. – Allerdings erwähnte *Locke* in seinen „Two treatises“ *Hobbes* nie, sondern nur *Robert Filmer*, den Nachfolger *Hobbes'* in der Verteidigung des Absolutismus. – Zu *Locke* vgl. auch *Ueberweg* III 351 ff.; *Krabbe*, Staatsidee 25 ff.; *Lasson*, System 95 f.; *Gumpłowicz*, Geschichte 227 ff.; *Dunning* II 340 ff., bes. 349 ff.; *Pollock* 69 ff.; *Merriam* 384 ff.; *Sabine* 442 ff.; *Bowle* 361 ff.; *Catlin* 288 ff.; *Cairns* 337 ff.; *Friedmann* 43 ff.; *Atger* 204 ff.

⁹⁵ *Locke* war mit den mittelalterlichen und zeitgenössischen naturrechtlichen Lehren vertraut (vgl. *Gough* 2, 48 f.; *Fowler* 181). In jüngeren Jahren stand er sogar noch unter dem Einfluß der Schriften von *Hobbes* (vgl. *Gough* 180 f.). – Zu *Bacon* vgl. *Ueberweg* III 193 ff.; *Fischer* X (4. Aufl. 1923) S. 92 ff.

⁹⁶ *Two treatises of government* (Works, vol. 5, London 1812) b. II ch. II §§ 4 ff. (S. 339 ff.); ch. VIII § 95 (S. 394); ch. XVI § 190 (S. 452); vgl. *Fowler* 185 f.; *Gough* 1 ff.

⁹⁷ b. II ch. II § 15 (S. 346 f.); ch. VIII §§ 96 f. (S. 395), § 106 (S. 400). Dabei bedeutete der Gesellschaftsvertrag – wie der Naturzustand (vgl. b. II ch. II § 15 [S. 346 f.]; ch. VII § 90 f. [S. 389 ff.]; ch. VIII § 95 [S. 394]) – für *Locke* nicht nur eine Hypothese, sondern eine historische Tatsache; b. II ch. VIII §§ 100–122 (S. 396 ff.); vgl. *Gough* 29 f.; *Jellinek*, Staatslehre 210; *Del Vecchio*, Lehrbuch 90; *Liepmann* 61. – Zur Entwicklung des „government by consent“ vgl. *Gough* 47 ff.

⁹⁸ b. II ch. VII § 87 (S. 388); ch. VIII § 96 (S. 395); ch. XII § 145 (S. 425).

⁹⁹ b. II ch. VII § 89 (S. 389); ch. VIII § 95 (S. 394), § 97 (S. 395); ch. XIX § 219 (S. 468). – Oder „body of the people“: b. II ch. XIV § 168 (S. 439); ch. XIX § 242 (S. 484).

als seine Teile („parts“) ¹⁰⁰ korporativ zusammen („incorporate“) ¹⁰¹. Solche Einheit verdankte der Staat seinem einheitlichen Willen („one will“) ¹⁰², weshalb er als ein kontinuierlich handlungs- und willensfähiges Wesen ¹⁰³, ja gar als ein mit eigenem Leben ausgestatteter Körper („one coherent living body“) ¹⁰⁴ erschien. Die Staatsgewalt, von den Individuen im Gesellschaftsvertrag verliehen, stand der Gemeinschaft selbst, dem „body of the people“, zu ¹⁰⁵ und wurde – soweit nicht zu eigener Ausübung vorbehalten ¹⁰⁶ – von den regierenden Behörden als „fiduciary power“, als „delegated power from the people“ verwaltet ¹⁰⁷.

Die Staatskonstruktion *Lockes* folgte also den herkömmlichen Formulierungen der naturrechtlichen Literatur. Die Staatslehre des großen englischen Empirikers ¹⁰⁸ nahm aber doch insofern eine besondere Stellung ein, als sie viel weniger als die bisherigen Staatskonstruktionen der theoretisch-spekulativen Erfassung des Staates – an die man allerdings schon seit jeher praktische „Konsequenzen“ zu knüpfen pflegte – galt; sie wandte sich vielmehr ausschließlich praktisch-politischen Fragen zu und diente eigentlich, wie die damalige staatsphilosophische Literatur Englands überhaupt, der „theoretischen“ Rechtfertigung der Ergebnisse der englischen Revolution ¹⁰⁹. Es war ein System politischer, nicht rechtlicher Begriffe, das *Locke* in seinen „Two treatises“ entwickelte ¹¹⁰. Dies erklärt, weshalb der Begriff „body politic“

¹⁰⁰ b. II ch. XV § 171 (S. 441); ch. XIX § 219 (S. 468); vgl. *Kendall* 105.

¹⁰¹ b. II ch. VII § 89 (S. 389); ch. VIII § 95 (S. 394), § 99 (S. 396), § 106 (S. 400); ch. XIX § 211 (S. 464).

¹⁰² b. II ch. XIX § 212 (S. 465). – Deshalb erschien das Gesetz als „the public will of the society“; b. II ch. XIII § 151 (S. 428); ch. XIX § 214 (S. 466); ch. XI § 134 (S. 417).

¹⁰³ b. II ch. VIII § 96 (S. 395); ch. XIX § 211 (S. 464).

¹⁰⁴ b. II ch. XIX § 212 (S. 465). – Trotz des betont individualistischen Ausgangspunktes finden sich in den Lehren *Lockes* also auch unüberschbare kollektivistische Tendenzen; vgl. dazu: *Kendall* 63 ff., 74, 105 f.; *Gough* 24, 32 f., 37 ff., 41 ff.

¹⁰⁵ b. II ch. VII § 87 (S. 388), § 89 (S. 389); ch. IX § 131 (S. 414 f.); ch. XV § 171 (S. 441); ch. XIX §§ 242 f. (S. 484 f.).

¹⁰⁶ b. II ch. X § 132 (S. 415). – Ursprünglich haftete dem Staat grundsätzlich eine demokratische Verfassung an.

¹⁰⁷ b. II ch. XI §§ 134 ff. (S. 416 ff.), § 141 (S. 423); ch. XIII § 149 (S. 426 f.); ch. XV § 171 (S. 441); ch. XIX § 212 (S. 465), § 221 (S. 469), § 240 (S. 483 f.). – „Political trusteeship“ ist ein Gedanke, der schon im England von damals starke Verbreitung genoss – und z. T. die Konstruktion des Gesellschaftsvertrages erübrigte; so galt der Satz: „all political power is a trust“; vgl. *Gough* 136 ff., 146 ff. – Zur Frage der Volkssouveränität bei *Locke* vgl. *Kendall* 98 A. 23, 105 f.; *Jellinek*, Staatslehre 507; *Del Vecchio*, Lehrbuch 90; *Pollock* 75 f.

¹⁰⁸ *Ueberweg* III 353 ff.; *Schärer* 75 ff., 86 ff., 93 ff.; *Sauer*, Rechtsphilosophie 24, 83; *Jellinek*, Staatslehre 156 f. A. 2; *Del Vecchio*, Lehrbuch 88 f.

¹⁰⁹ Preface zu den *Two treatises* (S. 209); vgl. auch *Fowler* 181 f.; *Gough* 38, 41 f., 120 ff., 128 ff.; *Del Vecchio*, Lehrbuch 88 f.; *Jellinek*, Staatslehre 463.

¹¹⁰ Obwohl *Locke* alle Herrschaft und politische Autorität ausschließlich vom Gesetz abgeleitet wissen wollte (b. II ch. XIII § 151 [S. 428]; ch. XVIII § 206 [S. 461]; ch. XIX § 219 [S. 468], § 226 [S. 472]) und die Staatsgewalt gelegentlich als ein „right“ bezeichnete (b. II ch. I § 3 [S. 339]; ch. XII § 143 [S. 424]). Vgl. *Kendall* 87; *Gough* 36.

recht unkritisch, nicht in einem streng technischen Sinne gebraucht wurde und wohl kaum in der Bedeutung einer rechtlichen Verselbständigung des Staates gegenüber seinen Gliedern verstanden sein wollte¹¹¹.

Neben ihrer Funktion, die staatliche Gemeinschaft im Verhältnis nach außen zusammenzufassen¹¹², wurde die Vorstellung des Staates als eines einheitlichen „body politic“ von *Locke* nämlich zur Begründung des für den repräsentativen Verfassungsstaat grundlegenden Majoritätsprinzips verwendet¹¹³. Die Bezeichnung als einheitlicher Körper sollte nur verständlich machen, daß die politische Gemeinschaft, wie jeder andere „body“, eines einheitlichen Willens bedürfe und daß dieser für den auf der individuellen Zustimmung begründeten Staat allein im Willen der Mehrheit des Volkes (oder dessen Vertreter) gefunden werden könne¹¹⁴. Der Zusammenschluß der Bürger zum einheitlichen „body politic“ galt bei *Locke* als völlig gleichbedeutend mit der Zustimmung eines jeden, die Entscheide der Mehrheit für verbindlich anzusehen¹¹⁵. Darin lag es begründet, wenn *Locke* die Begriffe der wesentlich als „body politic“ verstandenen staatlichen Gemeinschaft und der Majorität geradezu identisch gebrauchte¹¹⁶ und der Mehrheit ohne weiteres die staatlichen Funktionen zurechnete, die ursprünglich der ganzen Gemeinschaft zustanden¹¹⁷. Für *Locke* ergab sich die Schwierigkeit, die individualistische Grundlegung des Staates gegen jeden Absolutismus zu verteidigen¹¹⁸ und trotzdem die Einheit und Handlungsfähigkeit des Staates zu retten, was nur durch die Vermittlung des Majoritätsprinzips denkbar war¹¹⁹. In dieser Gedankenfolge das konstruktive Bindeglied darzustellen – dies war letzten Endes die wesentliche Aufgabe des Begriffes des Staates als „body politic“. Nur auf solche Weise läßt sich erklären, weshalb *Locke* ganz unkritisch die Urteile und Handlungen der Mehrheit des Volkes (oder auch nur dessen Vertreter) als solche der Gesamt-

¹¹¹ Der König galt gleichzeitig als „representative of the commonwealth“ und in dieser Eigenschaft als „public person“ (b. II ch. XIII § 151 [S. 428 f.], ähnlich ch. XI § 135 [S. 417]); auch hielt *Locke* den Fall für denkbar, da sich die Legislative aus drei verschiedenen Körperschaften, „distinct person“, zusammensetzte (b. II ch. XIX § 213 [S. 466]); vgl. auch folgende Anmerkung. – Eine Anwendung des Begriffs „person“ auf den Staat findet sich übrigens in den *Two treatises* nirgends.

¹¹² Während im innerstaatlichen Verhältnis sich die Individuen als „distinct persons“ gegenüberstanden: b. II ch. XII § 145 (S. 425).

¹¹³ *Kendall* 116; *Gough* 60 f.

¹¹⁴ b. II ch. VIII § 96 (S. 395). Wo das Majoritätsprinzip nicht galt, konnte der Staat nicht als „one body“ handeln (b. II ch. VIII § 98 [S. 396]).

¹¹⁵ b. II ch. VIII § 97 (S. 395); ebenso: §§ 95/96 (S. 394 f.), § 99 (S. 396).

¹¹⁶ Vgl. b. II ch. XI § 140 (S. 422 f.); vgl. *Gough* 68 f.

¹¹⁷ b. II ch. VIII § 99 (S. 396); ch. X § 132 (S. 415); vgl. *Kendall* 90, 113; *Gough* 39.

¹¹⁸ *Gough* 54 f., 70 ff. – Die ganze Staatskonstruktion mußte für *Locke* vereinbar sein mit dem natürlichsten Recht des Individuums, nur an den eigenen Willen gebunden zu sein; vgl. *Kendall* 64.

¹¹⁹ Erst die Gesetzgebung der Majorität gab der staatlichen Gemeinschaft die Aktionsfähigkeit: b. II ch. XIX § 212 (S. 465); ch. VIII § 98 (S. 396).

heit¹²⁰ und auch als solche aller einzelnen Bürger gelten ließ¹²¹; ging es ihm doch schließlich um die politische Legitimierung des repräsentativen Verfassungsstaates¹²², und nicht um Fragen der juristischen Zurechnung¹²³.

Wir sehen also, daß die Staatslehre *Lockes* sich bezüglich der Vorstellung des Staates als Persönlichkeit weitgehend in ähnlichen Gedankenformen bewegte, wie die früheren Theorien, insbesondere auch diejenige von *Hobbes*, dessen absolutistisches Dogma zu bekämpfen der eigentliche Zweck der „Two treatises“ war. Der fast vollständige Verzicht auf Errichtung eines Rechtssystems, dem der Staatsbegriff hätte eingegliedert werden sollen, verbietet es uns aber, *Locke* in gleichem Maße wie die früher behandelten Vertreter der naturrechtlichen Lehre als Verfechter der Theorie der rechtlichen Staatspersönlichkeit aufzufassen¹²⁴.

§ 10. Samuel Pufendorf (1632–1694)

Anders als in England fand die Staatslehre von *Hobbes* – teilweise in Verbindung gebracht mit Gedanken von *Grotius* – auf dem Kontinent eine namhafte Weiterführung, nämlich durch *Samuel Pufendorf*. Auch hier erschien die „civitas“ als „corpus morale“, „persona moralis“¹²⁵. Es wurde zwi-

¹²⁰ b. II ch. VIII § 96 (S. 395), § 98 (S. 395 f.).

¹²¹ b. II ch. VII § 88 (S. 388 f.); vgl. *Gough* 69; *Kendall* 104 f.; *Jellinek*, Staatslehre 513. – *Locke* erstrebte überhaupt keine Verselbständigung der politischen Gemeinschaft gegenüber ihren Gliedern (und eben deshalb kann auch nicht eigentlich von einer staatlichen Rechtspersönlichkeit die Rede sein): die Gewalt des Gemeinwesens war eigentlich nur „the joint power of every member of the society“ (b. II ch. XI § 135 [S. 417]); zwischen der Zustimmung („consent“) der einzelnen Individuen und dem „consent of the people“ (b. II ch. VIII § 104 [S. 399]) oder dem „consent of the society“ (b. II ch. XI § 134 [S. 417]) wurde ebensowenig unterschieden wie zwischen dem individuellen und dem allgemeinen Wohl (vgl. *Gough* 31, 34 f.). Dazu kam, daß *Locke* ohne weiteres den Willen der Gemeinschaft und der Individuen mit dem Willen der Volksvertreter gleichsetzte: b. II ch. VII § 88 (S. 388 f.); ch. XI § 140 (S. 422 f.); vgl. *Gough* 181.

¹²² *Gough* 54 ff.

¹²³ *Locke* interessierte nicht der „Name“, sondern ausschließlich die tatsächliche Ausübung der staatlichen Gewalt (b. II ch. XIX § 215 [S. 466]) – was deutlich zeigt, daß *Locke* die politischen Tatsachen und nicht normative Konstruktionen darstellen wollte.

¹²⁴ Deshalb ist es vielleicht doch etwas voreilig, wenn *Jellinek* (Staatslehre 169 A. 1) *Locke* ohne weiteres unter die Vertreter des Persönlichkeitsdogmas reiht. – Es dürfte wohl auch nicht reiner Zufall sein, daß das englisch-amerikanische Denken, auf das die Schriften *Lockes* – allerdings ihrerseits weitgehend bereits Ausdruck eingebürgerter englischer Anschauungen (*Jellinek*, Staatslehre 206 A. 1) – einen sehr großen Einfluß hatten (vgl. *Jellinek*, Staatslehre 602; *Fowler* 194, 199), dem Gedanken der Staatspersönlichkeit stets eher fremd gegenüberstand (vgl. dazu hinten § 39 A. 2).

¹²⁵ *De iure naturae et gentium libri octo*, Londini Scanorum 1672, l. 7 c. 4 § 2 (S. 906 f.); *De officio hominis et civis iuxta legem naturalem libri duo*, 2. Aufl. Edinburgi 1724, l. 2 c. 6 §§ 9 f. (S. 351 ff.). – Zur Staatspersönlichkeitslehre von *Pufendorf* vgl. auch: *Gierke*, *Althusius* 192 f.; *Bluntschli*, *Geschichte* 152; *Wolf*,

schen den „personae physicae“, den körperlichen Persönlichkeiten, und den „entiae“ oder „personae morales“, den moralisch-gesellschaftlichen Persönlichkeiten, unterschieden und die letztere Kategorie aufgeteilt in die „personae morales simplices“, welche die Einzelmenschen in ihren geistig-moralischen Beziehungen bildeten, und die „personae morales compositae“, zu denen neben anderen Verbänden der Staat gehörte¹²⁶. Damit versuchte man erstmals, den Staat in ein entwickeltes System von Personenbegriffen einzugliedern und die moralische Persönlichkeit – auch beim Einzelmenschen – klar von der natürlich-physischen Persönlichkeit zu scheiden¹²⁷.

Wenn die vorangehenden Naturrechtslehrer die Kontinuität der staatlichen Rechtsbeziehungen trotz des Wechsels der Menschen betonten, so folgte ihnen Pufendorf in diesem Punkte¹²⁸. Entsprechend der allgemeinen Begründung des Rechtes im menschlichen Willen und Verstand¹²⁹ errichtete Pufendorf auch den Begriff der Staatspersönlichkeit auf einem einheitlichen Willen: die Unterwerfung unter einen Willen, der als der Wille aller anerkannt wurde, machte den Staat zu einer Person¹³⁰; dieser Einheitswille gehörte mit der Persönlichkeit notwendig bereits zur Staatsdefinition¹³¹.

Genau wie bei Hobbes stand aber auch hier das Willensdogma in direkter Beziehung zur Tendenz, die Staatspersönlichkeit in der Herrscherpersönlichkeit aufgehen zu lassen¹³². Denn der Unionsvertrag der Individuen führte nur zu einem „coetus“¹³³; erst der Subjektionsvertrag, der die Unterwerfung

Rechtsdenker 353; Höhn, Staatsbegriff 157; Zuber 33 ff.; Lasson, System 92 f.; Gumplowicz, Geschichte 224 f. – Zu Pufendorfs Staatsbegriff vgl. allgemein: Reibstein, Anfänge 111 ff.; Sauter, Naturrecht 138 f.; Cassirer 192 ff.; Meinecke 279 ff.; Wolf, Rechtsdenker 312, 323 f., 344 ff., 350 ff.; Landsberg III/1 T 11 ff. Vgl. auch Thieme, Privatrechtsgeschichte 23 f. – Zur Gesellschaftslehre von Pufendorf vgl. auch: Hans Welzel, Die socialitas als oberstes Prinzip der Naturrechtslehre Samuel Pufendorfs (Diss. Jena), Heidelberg 1930; Die kulturphilosophischen Grundlagen der Naturrechtslehre Samuel Pufendorfs und ihre kulturhistorische Bedeutung, in: Deutsche Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte Jhg. 9 (1931) S. 585 ff., bes. 593 ff.

¹²⁶ De iure naturae l. 1 c. 1 § 13 (S. 11 f.); l. 7 c. 2 § 13 (S. 883 ff.); De officio l. 2 c. 6 § 10 (S. 357). – Zur Personenlehre von Pufendorf vgl.: Sauter, Staatsidee 207 ff.; Welzel 147 ff.; Zuber 42 ff.; Wolf, Rechtsdenker 340 ff. – Leider befolgte aber Pufendorf selbst seine klar abgrenzende Terminologie nicht konsequent (Gierke, Althusius 193 A. 195).

¹²⁷ Gierke, Althusius 192 f.; Dock 140.

¹²⁸ Gierke, Genossenschaftsrecht IV 483 f.

¹²⁹ Stahl I 182; Bluntschli, Geschichte 146; Wolf, Grotius 123; Rechtsdenker 319, 340 f.

¹³⁰ De iure naturae l. 1 c. 1 § 13 (S. 11); l. 7 c. 2 § 8 (S. 877) und § 13 (S. 886); De officio l. 2 c. 6 §§ 5 f. (S. 350 f.); l. 2 c. 7 § 2 (S. 364 f.).

¹³¹ So definierte Pufendorf den Staat z. B. als „persona moralis composita, cuius voluntas ex plurium pactis implicita et unita, pro voluntate omnium habetur“: De officio l. 2 c. 6 § 10 (S. 357); ähnlich auch: De iure naturae l. 7 c. 2 § 13 (S. 886); l. 7 c. 4 § 2 (S. 906).

¹³² Gierke, Genossenschaftsrecht IV 454; Althusius 193 f.; Höhn, Staatsbegriff 159, 163; Wolf, Grotius 95 f.; Sauter, Staatsidee 208.

¹³³ De iure naturae l. 7 c. 2 § 7 (S. 876 f.) und § 12 (S. 883 f.); l. 7 c. 5 § 8 (S. 928); De officio l. 2 c. 6 § 7 (S. 351). – Im Gegensatz zu den bisherigen Lehren

unter einen Einheitswillen zum Inhalt hatte, ließ im Herrscher einen als Gesamtwillen fingierten Willen und damit die staatliche Persönlichkeit entstehen¹³⁴. Wenn auch – anders als bei *Hobbes* – der Volksverband sich mit der Unterwerfung nicht auflöste¹³⁵, so beruhte die Staatspersönlichkeit doch nicht auf ihm¹³⁶. Die Zurückführung der Herrschaftsrechte auf den Volksverband wurde abgelehnt, weil dies das Gemeinwesen als doppelköpfig, „biceps“, hätte erscheinen lassen¹³⁷; der Herrscher hatte die staatliche Gewalt als eigenes, eigentumsähnliches Recht¹³⁸. So großes Verdienst *Pufendorf* für die Herausarbeitung eines allgemeinen Begriffes der moralischen Person zukam, so sehr trug er im Falle der Staatspersönlichkeit selbst zur Relativierung des Personenbegriffes bei. Denn er erklärte, nur wenn man oberflächlich („confuse“) frage, stelle sich die „civitas“ selbst als Subjekt der Herrschaft dar; sehe man genauer („distinctius“) hin, so komme die Staatsgewalt als unteilbare¹³⁹, höchste Macht dem konkreten Herrscher zu¹⁴⁰.

Hinter dem Begriff der Staatspersönlichkeit steckte also auch hier eine Theorie des absolutistischen Fürstenstaates¹⁴¹. Der Staat stellte ein vertragsmäßiges

vom Gesellschaftsvertrag ließ *Pufendorf* den Staat aus drei Verträgen entstehen. Zwischen die beiden „pacta“ des Unions- und des Subjektionsvertrages schob er ein „decretum“, durch welches das Volk die „forma regiminis“ bestimmte (De officio l. 2 c. 6 § 7 [S. 351]; De iure naturae l. 7 c. 2 §§ 6 ff. [S. 875 ff.]). Zu *Pufendorfs* Theorie der Gesellschaftsverträge vgl.: *Zuber* 37; *Sauter*, Staatsidee 208 A. 77; *Wolf*, Rechtsdenker 352 f.

¹³⁴ De iure naturae l. 1 c. 1 § 13 (S. 11); l. 7 c. 2 § 8 (S. 877 ff.); De officio l. 2 c. 6 §§ 9 f. (S. 351 ff.). Vgl. auch: *Höhn*, Staatsbegriff 158, 160; *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 454; *Wolf*, Rechtsdenker 353; *Kendall* 50; *Bluntschli*, Geschichte 152. Anders hingegen: *Rehm*, Geschichte 250; *Bernatzik*, Person 187. – In dem Sinne, daß der Wille des Herrschers den Willen der civitas bedeute, pflichtete *Pufendorf* dem Satze von *Hobbes*: „rex est populus“ (vgl. dazu vorn § 8 bei A. 79) bei (De iure naturae l. 7 c. 2 § 14 [S. 887 f.]). Vgl. *Sauter*, Staatsidee 208.

¹³⁵ *Höhn*, Staatsbegriff 161.

¹³⁶ *Höhn*, Staatsbegriff 158 ff. – *Pufendorf* folgte der Zweideutigkeit der Persönlichkeitslehre von *Hobbes* (vgl. vorn § 8 bei A. 66 ff.), wenn er die Staatsperson gleichzeitig mit dem Herrscher (vgl. auch De iure naturae l. 7 c. 6 § 13 [S. 972 f.]) und mit dem Volke (De iure naturae l. 7 c. 4 § 2 [S. 906 f.]) identifizierte. Vgl. auch *Wolf*, Rechtsdenker 353.

¹³⁷ De iure naturae l. 7 c. 6 § 4 (S. 954). – *Pufendorf* verwarf also ausdrücklich das Dogma der Volkssouveränität (*Wolf*, Rechtsdenker 353).

¹³⁸ De iure naturae l. 7 c. 5 § 9 (S. 929 f.); l. 7 c. 7 § 8 (S. 987). Vgl. *Rehm*, Geschichte 249; *Zuber* 55 ff.

¹³⁹ De iure naturae l. 7 c. 4 § 1 (S. 906), § 9 (S. 911 f.) und § 11 (S. 913).

¹⁴⁰ De iure naturae l. 7 c. 6 § 4 (S. 954).

¹⁴¹ *Höhn*, Staatsbegriff 162, 165; *Wolf*, Rechtsdenker 329; andes hingegen *Welzel* 156 ff. – Der absolutistischen Staatsauffassung entsprach *Pufendorfs* zentralistische Gesellschaftsvorstellung. Trotz des säuberlich gegliederten Personen- und Korporationensystems mußten sich alle gesellschaftlichen Erscheinungen letzten Endes der zentralen Gemeinschaft des Staates als der „societas perfectissima“ streng ein- und unterordnen (*Wolf*, Rechtsdenker 352). – Es ist zu beachten, daß *Pufendorfs* ganzes Begriffssystem wesentlich politischen Gehalt hatte (*Wolf*, Rechtsdenker 322, 346; *Sauter*, Staatsidee 197 f.). Das Recht war innig mit Ethik und Politik verbunden (*Wolf*, Rechtsdenker 327, 337 f., 342, 347 f.).

Herrschaftsverhältnis dar, das nur nach außen und fiktiv¹⁴² als einheitliche Person zusammengefaßt werden konnte¹⁴³. Pufendorfs Begriff der „persona moralis composita“ war so weit gefaßt, daß er auch die Familie, Ständeparlamente, Konzilien und Synoden in sich schloß¹⁴⁴; er bedeutete lediglich die Zusammenfassung von Individuen („homines singuli“) durch ein geistiges Band („vinculum morale“)¹⁴⁵. Deshalb vermochte hier der Begriff der Staatspersönlichkeit keinen inhaltsreichen Begriff mehr vorzustellen.

§ 11. Leibniz, Thomasius und Wolff

Die naturrechtlichen Lehren nach Pufendorf führten das bisher Erarbeitete größtenteils weiter. In vielen Darstellungen wurde zu dieser Konstruktion des Staates nichts wesentlich Neues mehr hinzugefügt. Ein Teil der Autoren schenkte der Umschreibung eines allgemeinen Staatsbegriffes zusehends weniger Beachtung. In manchen Fällen wurde der Begriff der Staatspersönlichkeit allmählich relativiert und seines Gehaltes entleert.

I. Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716)

Leibniz hielt an der Persönlichkeitslehre fest und bezeichnete den Staat wiederholt als „persona civilis“¹⁴⁶. Die Voraussetzung der Rechtspersönlich-

¹⁴² Oft formulierte Pufendorf die Persönlichkeitsnatur des Staates folgendermaßen: „civitas ita constituta ad modum unius personae concipitur“ (De officio l. 2 c. 6 § 10 [S. 353]); ähnlich: De iure naturae l. 7 c. 2 § 13 [S. 886]). – Erik Wolf glaubt hingegen, Pufendorf habe bereits einen Begriff der realen, nicht fiktiven juristischen Persönlichkeit gekannt (Rechtsdenker 340, 342, anders aber 339).

¹⁴³ Zuber 63 ff.; Sauter, Staatsidee 208; Höhn, Staatsbegriff 159, 161; Gierke, Althusius 193 f. – Pufendorf nannte den Staat ohne weiteres auch nur eine „societas“ (Wolf, Rechtsdenker 352). Es ist allerdings einzuräumen, daß Pufendorf andernorts betonte, der Staat sei eine besondere Person mit eigenen Rechten, die von den Rechten der Einzelnen und der Gemeinschaft zu trennen seien (De officio l. 2 c. 6 § 10 [S. 354 ff.]; De iure naturae l. 7 c. 2 § 13 [S. 886]).

¹⁴⁴ De iure naturae l. 1 c. 1 § 13 (S. 11 f.).

¹⁴⁵ De iure naturae l. 1 c. 1 § 12 (S. 9 f.). Vgl. auch Sauter, Staatsidee 208. – Dem Begriff der Persönlichkeit kam bei Pufendorf nicht so sehr juristische, als ethisch-philosophische und politische Bedeutung zu (Wolf, Rechtsdenker 340).

¹⁴⁶ Contra Severinum de Monzambano (in: Werke, hrsg. v. O. Klopp, 1. Reihe, Bd. 1, Hannover 1864), S. 162 („Una persona civilis habens summam potestatem in partes suas est civitas“, „Civitas est una persona moralis, constans ex multis naturalibus...“); Caesarini Furstenerii tractatus de iure suprematus, ac legationum principum Germaniae (in: Opera omnia, hrsg. v. L. Dutens, tomus IV, pars 3, Gen evae 1768), c. XI (S. 359 f.). – Leibniz betonte die Kontinuität der Staatspersönlichkeit: „Respublica est una persona civilis, sed in qua naturales sunt in perpetuo fluxu“ (Specimen demonstrationum politicarum pro eligendo rege Polonorum [in: Opera omnia, hrsg. v. L. Dutens, tomus IV, pars 3], propositio XLII [S. 561]). – Vgl. zum Staatspersönlichkeitsbegriff von Leibniz: Ruck 41 ff.; Bluntschli, Geschichte 180; Gierke, Genossenschaftsrecht IV 480; und allgemein zur Staats- und Rechtsphilosophie von Leibniz: Ueberweg III 312, 339 f.; Landsberg III/1 T 23 ff.; Fischer III (5. Aufl. 1920) S. 69 ff., 138 ff.; Welzel 133 ff.; Cassirer 200 ff.; Gustav Hartmann, Leibniz als Jurist und Rechtsphilosoph, Tübingen 1892, S. 52 ff., bes. 56 f.; Cairns

keit erblickte *Leibniz* im Vorliegen eines eigenen Willens: „Cui competit una voluntas, is est una persona civilis“¹⁴⁷. Deshalb ergab sich die Staatspersönlichkeit aus der Tatsache des einheitlichen Staatswillens^{147a}. Besonders beachtlich ist, daß *Leibniz* seinen Begriff der staatlichen Rechtspersönlichkeit gegenüber dem Begriff der bloßen „societas“ abzugrenzen bemüht war: „In societate competit ius singulis, in una civitate toti“¹⁴⁸.

II. Christian Thomasius (1655–1728)

Thomasius übernahm von *Pufendorf* die Einordnung des Staates in die Kategorie der „personae morales compositae“¹⁴⁹. Auf Grund des Gesellschaftsvertrages war die Staatspersönlichkeit mit einheitlicher Willens- und Handlungsfähigkeit ausgerüstet, indem Wille und Handlung des Herrschers

302 ff. – Es verdient besonders darauf hingewiesen zu werden, daß *Leibniz* das Element des Staatsgebietes in den Begriff der Staatspersönlichkeit aufnahm, indem er den Staat definierte als „una persona civilis, habens dominium directum territoriale“ (Contra Severinum de Monzambano S. 162). Damit war der Begriff der Gebietskörperschaft vorbereitet. Vgl. dazu *Ruck* 39 ff.

¹⁴⁷ Contra Severinum de Monzambano S. 162; in ähnlicher Formulierung: De suo codice iuris gentium diplomatico monitum (in: Opera omnia, hrsg. v. *L. Dutens*, tomus IV, pars 3), dissertatio I § XX (S. 306); Theologisches System, hrsg. v. *C. Haas*, Tübingen 1860, S. 169/71; Nova methodus discendae docendaeque iurisprudentiae (in: Opera omnia, hrsg. v. *L. Dutens*, tomus IV, pars 3), pars II § 16 (S. 185).

^{147a} Specimen, propositio XII (S. 532): „Ergo et una voluntas, unitasque personae civilis, qua respublica constat . . .“; Contra Severinum de Monzambano S. 161. – Wohl war der Staat bei seiner Willensbildung auf die Herrschaftsträger angewiesen, deren Wille als Wille des Staates galt (Theologisches System S. 171: „... censetur voluntas civitatis esse“). Aber *Leibniz* hob hervor, daß auch der Herrscher nur ein Glied des Ganzen sei (Caesarini Furstenerii tractatus c. XIX [S. 379]); er erklärte: „cum civitas ex imperantibus et parentibus constet“ (§ Et ut eo sincerior [in: Werke, hrsg. v. *O. Klopp*, I. Reihe, Bd. 1], pars II particula 1 N. 28 [S. 342 f.]). Es geht deshalb wohl zu weit, wenn *Gierke* sagt, *Leibniz* habe seine Staatspersönlichkeit in der Herrscherpersönlichkeit aufgehen lassen (Althusius 195). Die Deutung *Gierkes* wird entschieden bekämpft von *Ruck* (S. 43 ff.).

¹⁴⁸ Contra Severinum de Monzambano S. 161; ähnlich S. 162. – Das Bestreben von *Leibniz*, den Persönlichkeitsgedanken konsequent durchzuführen und die Rechte der Korporation von denen der Mitglieder zu trennen, verdient Beachtung: „in corpore vel collegio nova quaedam persona civilis constituitur, et, quae in commune aerarium illata sunt, non singulorum sunt, sed corporis ipsius“ (Caesarini Furstenerii tractatus c. XI [S. 359 f.]). Es fällt auch auf, wie *Leibniz* darauf ausging, den Begriff der Rechtspersönlichkeit ausschließlich juristisch zu formulieren; vgl. Specimen, propositio I (S. 525), LVII (S. 585); Contra Severinum de Monzambano S. 162: „Una persona est, quae est capax iuris et obligationis“.

¹⁴⁹ Institutionum iurisprudentiae divinae libri tres, editio secunda, Halae 1694, I. c. I § 87 (S. 29); I. III c. VI § 63 (S. 565). – Der Personenbegriff war bei *Thomasius* mehr juristisch umschrieben als bei *Pufendorf* (vgl. § 10 A. 145); trotzdem kann aber auch in der Personenlehre von *Thomasius* nicht von einer strengen Trennung der juristischen und ethischen Begriffe die Rede sein (vgl. dazu *Wolf*, Rechtsdenker 380 f., 402 f.). *Thomasius* erreichte nicht die gleich konsequente Ausgestaltung des Persönlichkeitsbegriffes wie *Leibniz* (vgl. A. 148). – Zum Staatsbegriff von *Thomasius* vgl.: *Landsberg* III/1 T 71 ff.; *Wolf*, Rechtsdenker 400 ff., 406 f.; *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 456 A. 20; *Höhn*, Staatsbegriff 165 ff.; *Ueberweg* III 345 f. Vgl. auch *Wieacker* 189 f.

dem Staatsganzen zugerechnet wurden¹⁵⁰. Dieser korporative Staatsbegriff hinderte *Thomasius* aber nicht daran, im Staate doch nur eine Sozietät („societas naturalis summum imperium continens“)¹⁵¹, ein Herrschaftsverhältnis („ordo imperantium et parentium“)¹⁵², eine Zusammenfassung der einzelnen Individuen durch die vertragsmäßige Vertretung des Herrschers zu erblicken¹⁵³. Die Betrachtungen über den Staatszweck verdrängten zudem die Vertrags- und Persönlichkeitstheorie aus ihrer zentralen Stellung¹⁵⁴.

III. Christian Wolff (1679–1754)

Wie stark der Persönlichkeitsgedanke mit der Zeit verblaßte, zeigen die Lehren *Wolffs*, in denen die persönliche Natur des Staates nur kurz erwähnt wurde. Auch *Wolff* ließ aus dem Zusammenschluß der Individuen zur Verfolgung gemeinschaftlicher Interessen die Persönlichkeit des Staates entstehen¹⁵⁵. Aber nur nach außen, im völkerrechtlichen Verhältnis zu anderen

¹⁵⁰ Institutionum l. III c. VI § 28 (S. 559: „voluntatum et virium unio“), § 63 (S. 565: „Unde iam civitas plenius definiri potest, quod sit persona moralis composita, cuius voluntas ex plurimum pactis implicita et unita, pro voluntate omnium habetur . . .“), §§ 64–66 (S. 565). – Im System von *Thomasius* kam dem Begriff des subjektiven Willens zentrale Bedeutung zu; vgl. Fundamenta iuris naturae et gentium, editio tertia, Halae et Lipsiae 1713, l. I c. I § XXXVII (S. 23), § LVII (S. 27), § LIX (S. 27). Der Wille der Einzelnen galt auch als Quelle des Rechts (vgl. *Wolff*, Rechtsdenker 396 ff., 400 f.). Diese voluntaristische Rechtsauffassung erlaubte es *Thomasius*, seine Theorie in den Dienst des fürstlichen Absolutismus zu stellen, zu dem er sich bekannte: wie *Hobbes* (vgl. vorn § 8 bei A. 57 ff., 83 f.) und *Pufendorf* (vgl. vorn § 10 bei A. 132 ff.) führte er Recht und Staat letztlich auf den Willen des Herrschers zurück (vgl. *Wolff*, Rechtsdenker 400, 406).

¹⁵¹ Institutionum l. III c. VI § 6 (S. 554).

¹⁵² Institutionum l. III c. VI § 5 (S. 553).

¹⁵³ Institutionum l. III c. VI §§ 29 ff. (S. 559). Vgl. auch *Gierke*, Althusius 194, bes. A. 198.

¹⁵⁴ Fundamenta l. I c. VI § XXI (S. 124), §§ XL–XLII (S. 128); Institutionum l. I c. I § 91 (S. 30); l. I c. IV § 55 (S. 138 f.); l. III c. VI § 6 (S. 554), § 31 (S. 559). Vgl. auch *Wolff*, Rechtsdenker 401 ff.; *Höhn*, Staatsbegriff 165 ff. – Die Schriften von *Thomasius* bemüht sich allgemein nicht in erster Linie um eine theoretisch-allgemeingültige Darstellung der sozialen Welt; sie entsprachen vielmehr vor allem politischen Anliegen (vgl. *Wolff*, Rechtsdenker 374 f., 383, 394 f., 404 f., 407).

¹⁵⁵ Ius naturae methodo scientifica pertractatum, pars VIII, Halae Magdeburgicae 1748, cap. I § 4 (S. 5); Vernünftige Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen, Frankfurt und Leipzig 1725, l. Theil I. Cap. § 6 (S. 4: jeder gesellschaftliche Zusammenschluß zu gemeinsamem Zweck sei „nicht anders anzusehen als eine Person“); II. Theil I. Cap. § 220 (S. 165); Institutiones iuris naturae et gentium, Halae Magdeburgicae 1750, pars III sectio I c. I § 850 (S. 533: allgemein gelte: „societas spectanda est instar unius personae“); pars III sectio II c. III § 1030 (S. 635: „Cum universitas in civitate spectetur tanquam persona moralis“). – Vgl. zu den Lehren von Christian Wolff: *Höhn*, Staatsbegriff 168 ff., bes. 172; *Gierke*, Althusius 198/9 A. 205; *Bluntschli*, Geschichte 248 ff., bes. 254 f.; *Wolff*, Rechtsdenker 427 ff.; *Wieacker* 191 ff.; *Thieme*, Zeit 224 ff.; *Ueberweg* III 448 ff.; *Sauter*, Naturrecht 192 ff.; *Werner* Frauendienst, Christian Wolff als Staatsdenker (Historische Studien H. 171), Berlin 1927, S. 82 ff., 184 ff.; *Günter Namslau*, Rechtfertigung des Staates bei Christian Wolff (Internationalrechtliche Abhandlungen Nr. 10), Berlin 1932, S. 43 ff., 67 ff. – Wie bei *Thomasius* (vgl.

Staaten, faßte *Wolff* Herrscher und Untertanen zu einer einheitlichen Person zusammen¹⁵⁶. Im internen Staatsrecht hingegen zerfiel der Staat in ein Verhältnis zwischen Obrigkeit und Untertan¹⁵⁷. Der Relativierung des Persönlichkeitsbegriffes entsprach auch bei diesem Naturrechtslehrer die sozietaire Vorstellung der Staatsperson: trotz der Personifizierung erblickte *Wolff* im Staat nur eine „societas inter plures domus contracta“¹⁵⁸, wie er denn überhaupt jede „societas“ in ihrem Außenverhältnis als Person bezeichnete¹⁵⁹. Obwohl *Wolff* die Staatsgewalt ursprünglich dem Volksverbande zuschrieb¹⁶⁰, sah er hinter der souveränen Staatsperson doch eigentlich nur die mit unbeschränkter Macht ausgestattete Herrscherpersönlichkeit¹⁶¹; denn durch die Übertragung der Souveränität auf den Herrscher stellte dieser das ganze Volk dar¹⁶².

vorn bei A. 154) so trat auch in der Staatstheorie *Wolffs* die systematische Konstruktion der Staatspersönlichkeit hinter der praktischen Darstellung der Staatszwecke zurück (vgl. *Ius naturae* pars VIII cap. I §§ 2 ff. [S. 4 f.]; Vernünfftige Gedanken I. Theil I. Cap. § 6 [S. 4]; Institutiones pars III sectio II c. I § 972 [S. 597]); die ganze Staatslehre *Wolffs* war auf das Praktische ausgerichtet. Vgl. dazu auch *Wolff*, Rechtsdenker 427; *Höhn*, Staatsbegriff 169 ff.; *Thieme*, Zeit 227.

¹⁵⁶ Vernünfftige Gedanken II. Theil VII. Cap. § 497 (S. 606: „Ein jeder Staat ist in Ansehung anderer Staate mit Regenten und Unterthanen zusammen genommen, als eine Person anzusehen“); Institutiones pars III sectio II c. I § 977 (S. 600: „... civitates diversae inter se spectantur tanquam personae liberae in statu naturali viventes“); pars IV c. I § 1088 (S. 679). Vgl. auch die Zitate in A. 159.

¹⁵⁷ Vernünfftige Gedanken II. Theil II. Cap. §§ 229 f. (S. 173 f.).

¹⁵⁸ *Ius naturae* pars VIII cap. I § 4 (S. 5); ebenso auch: Institutiones pars III sectio II c. I § 997 (S. 597: „Societas eo fine contracta civitas appellatur“); Vernünfftige Gedanken II. Theil I. Cap. § 214 (S. 162); *Ius naturae* pars VIII cap. I § 2 (S. 4).

¹⁵⁹ Institutiones pars III sectio I c. I § 850 (S. 533: „Ac propterea societates plures diversae spectandae sunt tanquam personae singulares liberae“); Vernünfftige Gedanken II. Theil I. Cap. § 220 (S. 165: „Und demnach verhalten sich viele gemeine Wesen gegen einander wie verschiedene einzelle Personen“).

¹⁶⁰ *Ius naturae* pars VIII cap. I § 31 (S. 20: „Universis in civitate competit imperium in singulos“), § 33 (S. 21: „imperium civile originarie penes populum est“); Institutiones pars III sectio I c. I § 836 (S. 524: „universis competit ius in singulos“), § 838 (S. 525); pars III sectio II c. I § 979 (S. 601: „imperium ... oritur ex pacto, quo civitas constituta, et originarie penes populum est“).

¹⁶¹ Vgl. über die Zurechnung der Staatsgewalt zum Herrscher: Vernünfftige Gedanken II. Theil V. Cap. § 441 (S. 473: „Eine gantz uneingeschränkte Gewalt wird die höchste Gewalt, oder Souveraineté genennet und, wer diese besitzt, ein Souvrainer Herr ...“), §§ 452 f. (S. 485 f.), § 457 (S. 489); Institutiones pars III sectio II c. IV § 1042 (S. 644: „qui imperium civile exercet, ei competit ius omnia constituendi, quae ad bonum publicum consequendum ipsi facere videntur“). – Für den Zerfall der vom Naturrecht herausgearbeiteten Thesen ist es charakteristisch, daß *Wolff* den Gedanken der Einheit der Staatsgewalt fallen ließ und erklärte: „Imperium civile, seu publicum varia complectitur iura quae a se invicem separari possunt, seu non necessario eidem subiecto simul insunt“ (*Ius naturae* pars VIII cap. I § 61 [S. 37 f.]).

¹⁶² Institutiones pars III sectio II c. II § 991 (S. 607 f.: „Et quia in monarchia ius populi in monarcham translatum; monarcha populum repraesentat“). – Vgl. über den absolutistischen Grundzug der Staatstheorie von Christian *Wolff*: *Wolff*, Rechtsdenker 428; *Höhn*, Staatsbegriff 172. Anders hingegen *Sauter*, Staatsidee 193 f.

§ 12. Jean-Jacques Rousseau (1712–1778)

Die staatsphilosophischen Schriften des großen Bürgers von Genf führten die naturrechtlichen Lehren weiter¹⁶³. Gleich wie in der absolutistischen Staatstheorie von *Hobbes* und der konstitutionellen Lehre *Lockes* – deren Beziehungen und Einfluß auf *Rousseau* nicht übersehen werden können¹⁶⁴ – stand auch hier nicht das Bemühen um eine theoretische Erfassung des Staates im Vordergrund. Die hergebrachte und scheinbar einheitliche Anschauung vom Staat als Persönlichkeit bedeutete nur die äußere Formulierung für eine wesentlich politisch gedachte Theorie, diesmal einer Theorie der radikalen Demokratie.

Nach den Lehren des „Contrat social“ entstand aus dem Zusammentritt der mit unveräußerlicher Freiheit ausgestatteten Individuen der Staat als ein „corps moral et collectif“, der mit eigenem Ich, eigenem Leben und Willen ausgestattet war¹⁶⁵. Dieser als „personne morale“¹⁶⁶ oder „personne publique“¹⁶⁷ verstandene Staat wurde dabei weitgehend mit dem Menschen und dessen Körper verglichen¹⁶⁸.

Trotz der Betonung dieser Auffassung des Staates als Person hatte aber zweifellos *Rousseau* nicht so sehr eine rechtliche Verselbständigung des Staates gegenüber der Vielheit seiner Mitglieder im Auge; verstand er doch unter der

¹⁶³ Zu Rousseaus Staatspersönlichkeit vgl.: *Maurenbrecher*, Fürsten 62 ff.; *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 433 ff., 468 f.; *Althusius* 201 ff.; *Del Vecchio*, Lehrbuch 104 ff.; *Bluntschli*, Geschichte 347; *Rehm*, Geschichte 257 ff.; *Krabbe*, Staatsidee 30 ff.; *Liepmann* 107. – *Heller* (Hegel 104) versucht, die Entstehung der Lehre von der Staatspersönlichkeit in Beziehung zur französischen Revolution zu bringen, und will gerade bei *Rousseau* und *Montesquieu* (vgl. hinten § 15 bei A. 261 f.), als den „Vätern der Revolution“, die ersten Anfänge des Persönlichkeitsdogmas sehen, welches bis dahin das Naturrecht noch nicht gekannt hätte. Vgl. zum Verhältnis des Begriffs der Staatspersönlichkeit zu den Lehren der französischen Revolution hinten § 39 bei A. 446 ff. – Zur Staatstheorie Rousseaus vgl. allgemein: *Ueberweg* III 443 ff.; *Nef*, Rousseau 167 ff.; *Hippel* II 97 ff.; *Welzel* 121 ff.; *Cassirer* 231, 240 f.; *Sauter*, Staatsidee 339 f.; *Krabbe*, Staatslehre 160 ff.; *Friedrich Glum*, Jean-Jacques Rousseau, o. O. 1956, S. 142 ff., 208 ff., bes. 235; *Hermann Röhrs*, Jean-Jacques Rousseau, Heidelberg 1957, S. 101 ff.; *Michel* 37 ff.; *Atger* 281 ff.; *Albert Schinz*, La pensée de Jean-Jacques Rousseau (Bibliothèque de Philosophie Contemporaine), Paris 1929, S. 381 ff.; *Dunning* III 16 ff.; *Sabine* 488 ff.; *Merriam* 387 ff.; *Bowle* 414 ff.; *Catlin* 449 ff.; *Ernest Hunter Wright*, The meaning of Rousseau, Oxford 1929, S. 72 ff.; *Frederick Charles Green*, Jean-Jacques Rousseau, A critical study of his life and writings, Cambridge 1955, S. 278 ff., bes. 288 f.; *Grasso* 33, 39 ff.

¹⁶⁴ *Jellineke*, Politik 11 ff.; *Liepmann* 17 ff., 105 f.; *Ueberweg* III 444; *Schärer* 276 ff. – Über das Verhältnis der Staatslehre von Rousseau zu derjenigen von Hobbes vgl. bes. *Georges Davy*, Thomas Hobbes et J. J. Rousseau (The Zaharoff Lecture for 1953), Oxford 1953.

¹⁶⁵ Du contrat social, ou principes du droit politique (1762), in: Oeuvres complètes, hrsg. v. *Musset-Pathay* Bd. 5 (1838) l. 1 ch. 6 al. 10; l. 4 ch. 1 al. 1; De l'économie politique (Article inséré dans l'Encyclopédie vol. 5), in: Oeuvres complètes, hrsg. v. *Musset-Pathay* Bd. 5 (1838) al. 11 (die Staatspersönlichkeit als „moi commun au tout“), al. 12 („un être moral qui a une volonté“).

¹⁶⁶ Contrat l. 1 ch. 7 al. 7; l. 2 ch. 4 al. 1.

¹⁶⁷ Contrat l. 2 ch. 4 al. 2.

¹⁶⁸ Economie al. 10 f.; Contrat l. 3 ch. 11 al. 2 f. Vgl. dazu auch *Ueberweg* III 443.

Staatspersönlichkeit oft nur das versammelte Volk, die äußere Zusammenfassung der verbundenen Individuen („l'union de ses membres“) ¹⁶⁹. Daß an die rechtliche Bedeutung des Begriffes der Staatspersönlichkeit nicht stark gedacht war, zeigte sich auch darin, daß das persönlich vorgestellte souveräne Gemeinwesen sich überhaupt nicht rechtlich binden konnte und deshalb die sonst allgemein gelehrte Kontinuität der staatlichen Verpflichtungen – die doch meist gerade zum Rüstzeug der Persönlichkeitstheorie gezählt wurde – ausdrückliche Ablehnung fand ¹⁷⁰. Vielmehr sollte die Zusammenfassung in einer selbständigen und unabhängigen Person vor allem dem Gedanken Ausdruck verleihen, daß das Volk in seiner „volonté générale“ – die eben die Grundlage der Personifizierung ausmachte – eine unbeschränkte Gewalt („un pouvoir absolu“) besaß ¹⁷¹. Die Verabsolutierung der souveränen Volksgemeinschaft als Ganzheit ging bei *Rousseau* außerordentlich weit: der Volksverband sollte nicht nur den Schöpfer des Gesetzes als der – von der „volonté de tous“ unterschiedenen – „volonté générale“ darstellen ¹⁷²; für *Rousseau* bedeutete gleichzeitig nur dieser Verband als Ganzes („les sujets en corps“ „sans aucune division du tout“) ¹⁷³ – nicht etwa die einzelnen Individuen – den Adressaten des Gesetzes. Die Gesetze regelten also „l'action du corps entier agissant sur lui-même, c'est-à-dire le rapport du tout au tout“ ¹⁷⁴. Aus dieser in der Staatsperson liegenden Identität von Herrscher und Beherrschten ¹⁷⁵ ergab sich schließlich – entsprechend dem Satze: *volenti non fit iniuria* – die Unmöglichkeit des Staates, Unrecht zu begehen ¹⁷⁶.

Der Überblick belehrt uns, daß in *Rousseaus* Konstruktion der Staatspersönlichkeit letztlich der Versuch liegt, in diesem Begriffe die absolute und unbeschränkte Souveränität des völlig kollektivistisch verstandenen ¹⁷⁷ Volksverbandes mit der natürlichen Freiheit des Individuums, die auch durch den Eintritt in den Staat die gleiche bleiben sollte ¹⁷⁸, zu verbinden. Der Vergleich

¹⁶⁹ Contrat I. 2 ch. 4 al. 1. Vgl. *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 469; *Althusius* 203 f.

¹⁷⁰ Contrat I. 1 ch. 7 al. 2; I. 2 ch. 1 al. 3; I. 3 ch. 16 al. 4; I. 3 ch. 18 al. 1 ff.

¹⁷¹ Contrat I. 2 ch. 4 al. 1; I. 3 ch. 16 al. 4.

¹⁷² Contrat I. 2 ch. 3 al. 2; I. 2 ch. 6 al. 1 & 10; I. 3 ch. 15 al. 6; *Economie* al. 12.

¹⁷³ Contrat I. 2 ch. 6 al. 4–8, 10; I. 2 ch. 4 al. 8; anders allerdings I. 3 ch. 1 al. 11.

¹⁷⁴ Contrat I. 2 ch. 12 al. 1 f.; I. 3 ch. 17 al. 5; I. 3 ch. 1 al. 8.

¹⁷⁵ Contrat I. 2 ch. 6 al. 10; I. 3 ch. 1 al. 3; I. 3 ch. 13 al. 5. – Deswegen wurde jede Volksvertretung abgelehnt (Contrat I. 2 ch. 1 al. 3; I. 3 ch. 15 al. 12).

¹⁷⁶ Contrat I. 2 ch. 6 al. 7; I. 2 ch. 12 al. 2. Vgl. auch Contrat I. 1 ch. 7 al. 5; I. 2 ch. 3 al. 1; I. 2 ch. 4 al. 5; I. 2 ch. 6 al. 10. – Die Konstruktion *Rousseaus* bedeutet eigentlich das demokratische Gegenstück zum alten monarchischen Prinzip, das die Engländer mit dem Satze „the King can do no wrong“ umschrieben hatten (vgl. dazu *Church* 251 ff.; *Anson* II/1 S. 5; II/2 S. 300 ff.; *McIlwain* 368). – Zum Gedanken der Unrechtsunfähigkeit des Staates in den Lehren von *Hobbes* vgl. *Reibstein*, Anfänge 82, 113 f.

¹⁷⁷ Vgl. zur kollektivistischen Grundhaltung *Rousseaus* auch: Contrat I. 2 ch. 7 al. 3; *Gough* 32; *Holstein* 87; *Schärer* 280, 288 ff.

¹⁷⁸ Denn das ganze Bestreben *Rousseaus* lag ja, wie er einleitend sagte, nur darin: „trouver une forme d'association ... par laquelle chacun, s'unissant à tous, n'obéisse

zu *Hobbes* und *Locke* drängt sich auf, nur zeigt sich bei *Rousseau* die bemerkenswerte Abweichung, daß hier das durchaus individualistische Denken, wie es das Naturrecht auszeichnete, gerade im Begriffe der Staatspersönlichkeit sich mit durchaus kollektivistischen Anschauungen, die die selbständige Ganzheit des Staatsverbandes erfassen wollten, vereinigte. Darüber hinaus finden wir aber in der Ausgestaltung, die *Rousseau* dem Persönlichkeitsdogma gab, erstmals Spuren der Lehre von der Selbstverpflichtung des Staates und der Lehre von dessen Unfähigkeit zu Unrecht. In beiden Fällen handelt es sich um Lehren, die – mit zum Persönlichkeitsdogma gehörend – erst bedeutend später ihre eigentliche Durchführung erfahren sollten, so besonders in den Staatstheorien von *Wippermann*¹⁷⁹, *Jellinek*¹⁸⁰ und *Kelsen*¹⁸¹.

Der Lehre *Rousseaus* – wenn auch weniger in ihrer kollektivistischen Seite – war in der Folgezeit großer Einfluß beschieden, so auf *Kant* und seine Anhänger¹⁸² einerseits und auf die der demokratischen Staatsidee verpflichtete französische Staatsrechtsliteratur¹⁸³ anderseits. Und dies, obwohl *Rousseau* selbst seiner doch wesentlich monistisch gedachten Persönlichkeitstheorie dadurch die innere Einheitlichkeit nahm, daß er neben der Staatsperson auch die Regierung als eine „personne morale“¹⁸⁴, als ein „nouveau corps dans l'Etat“¹⁸⁵ anerkannte. So bestanden die Staatsrechtsbeziehungen – obwohl sich im Staate alles vom souveränen Volksverband ableiten sollte – schließlich doch zwischen zwei öffentlichen moralischen Personen („deux personnes morales très distinctes“)¹⁸⁶. *Rousseau* leitete damit die den Ausklang des Naturrechtes weitgehend charakterisierende Richtung ein, welche trotz der Behauptung einer einheitlichen Staatspersönlichkeit nicht Anstoß daran nahm, eine Mehrzahl von öffentlichen moralischen Personen innerhalb des Staates anzunehmen¹⁸⁷.

§ 13. Immanuel Kant (1724–1804)

Die großartige Philosophie *Kants*, die mit ihrer kritischen Erkenntnistheorie¹⁸⁸ von so bedeutendem Einfluß auf die Rechtswissenschaft werden sollte, brachte auf dem Spezialgebiet der Rechtsphilosophie nicht eigentliche

pourtant qu'à lui-même, et reste aussi libre qu'auparavant“ (Contrat l. 1 ch. 6 al. 4; ähnlich l. 4 ch. 2 al. 7). Das Individuum gehorchte auch im Staate nur dem eigenen Willen (Contrat l. 1 ch. 8 al. 3; l. 2 ch. 4 al. 8) und wurde nötigenfalls zu seiner Freiheit gezwungen (Contrat l. 1 ch. 7 al. 8; l. 1 ch. 8 al. 3; l. 2 ch. 12 al. 3). Vgl. auch *Liepmann* 106. – Über das Verhältnis *Rousseaus* zum liberalen Rechtsstaatsgedanken vgl. bes. *Nef*, *Rousseau* 167 ff.

¹⁷⁹ Vgl. hinten § 20 bei A. 100 ff.

¹⁸⁰ Vgl. hinten § 35 bei A. 138 ff.

¹⁸¹ Vgl. hinten § 37 bei A. 80 ff.

¹⁸² Vgl. hinten § 13, bes. bei A. 191, 197 f., 202 ff.

¹⁸³ Vgl. hinten § 39 bei A. 448 f.

¹⁸⁴ Contrat l. 3 ch. 1 al. 17.

¹⁸⁵ Contrat l. 3 ch. 1 al. 18.

¹⁸⁶ Contrat l. 3 ch. 5 al. 1.

¹⁸⁷ Vgl. hinten § 13 bei A. 203 ff.; § 14 bei A. 225 ff., 234 f.; § 15 bei A. 240 f.

¹⁸⁸ *Ueberweg* III 492 f.; *Stammeler*, Lehrbuch 34 ff.; *Del Vecchio*, Lehrbuch 112 ff.

Neuerungen¹⁸⁹. Sie lehnte sich in den wenigen Äußerungen über das Wesen des Staates¹⁹⁰ stark an die Lehren *Rousseaus* an¹⁹¹.

Wie sein gesamtes idealistisches System das oberste Prinzip in der Autonomie des Willens fand¹⁹², so baute der Königsberger Philosoph – dem bisherigen naturrechtlichen Denken folgend – seine Rechts- und Staatstheorie auf der Grundlage des Begriffes der individuellen Freiheit auf¹⁹³, die hier als menschliche Vernunft verstanden wurde¹⁹⁴. Durch den Gesellschaftsvertrag vereinigten sich die Individuen zum Staat, in dem sie ihre ursprüngliche Freiheit „unvermindert“ zurückerlangten¹⁹⁵. Dieser Staatsverband wurde nun eine einheitliche „moralische Person“ genannt¹⁹⁶. Auch die von *Rousseau* angedeutete Lehre von der Selbstverpflichtung des zum Staat organisierten Volkes in seinem eigenen Gesetze¹⁹⁷, sowie die sich hieraus entwickelnde Lehre, daß die Staatsgewalt nicht unrechtsfähig sei¹⁹⁸, fanden in *Kant* einen Nachfolger.

Diese Gedanken ergaben sich aus der Vorstellung des im Staat zu einer Person vereinigten Volkes und damit aus dem Dogma der Volkssouveränität¹⁹⁹; *Kant* nannte die Staatsgewalt den „übereinstimmenden und vereinigten Willen aller“ und sprach die oberste Gesetzgebung ausdrücklich dem Volke zu²⁰⁰. Es paßte allerdings weniger in dieses Bild, daß der tragende Gesamtwille lediglich fiktive aufgefaßt wurde, indem er doch nur im Herrscher seinen Ursprung fand: der das Volk einigende Wille des Herrschers, des „summus imperans“, galt als der allgemeine Wille des Volkes²⁰¹.

¹⁸⁹ *Del Vecchio*, Lehrbuch 111 f.; *Sauter*, Naturrecht 214 f.

¹⁹⁰ Zu Kants Staatsbegriff vgl.: *Gierke*, Althusius 208; *Höhn*, Staatsbegriff 172 ff.; *Bernatzik*, Person 209; *Bluntschli*, Geschichte 382; *Ahrens* I 143 f.; *Ueberweg* III 591 f.; *Lasson*, System 97 ff.; *Walz*, Staatsidee 188.; *Metzger* 99 ff.; *Kaufmann*, Kritik 90 ff.; *Cassirer* 285 ff.; *Fischer* V (5. Aufl. 1910) S. 140 ff.; *Bruno Bauch*, Immanuel Kant, 3. Aufl. Berlin/Leipzig 1923, S. 362 f.; *Rudolf Kress*, Die soziologischen Gedanken Kants im Zusammenhang seiner Philosophie (Philosophische Forschungen H. 8), Berlin 1929, S. 12 ff., 75 ff.; *Dunning* III 132 ff.; *Merriam* 397 ff.; *Friedmann* 80 f.; *Cairns* 437 ff.; *Atger* 335 ff.

¹⁹¹ *Jellinek*, Staatslehre 213 (mit weiteren Literaturangaben); *Del Vecchio*, Lehrbuch 123 f.; *Fischer* IV (6. Aufl. 1928) S. 265 ff.

¹⁹² *Ueberweg* III 583; *Ahrens* II 140 ff.; *Stahl* I 213.

¹⁹³ *Metaphysik der Sitten* (Sämtl. Werke, hrsg. von K. Vorländer Bd. 3, 4. Aufl. Leipzig 1922), 1. Teil: *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*, Einleitung in die *Metaphysik der Sitten* IV (S. 23 f.); Einleitung in die *Rechtslehre* § B (S. 34 f.). Vgl. *Lisser* 8 f., 14 f.

¹⁹⁴ *Begründung der Rechte in der Vernunft*: Einleitung in die *Rechtslehre* § B (S. 33 f.); vgl. *Lisser* 16 ff.

¹⁹⁵ *Rechtslehre* § 47 (S. 138 f.).

¹⁹⁶ *Rechtslehre* § 53 (S. 172).

¹⁹⁷ *Rechtslehre* § 46 (S. 136).

¹⁹⁸ *Rechtslehre* § 48 (S. 139); § 46 (S. 136).

¹⁹⁹ *Del Vecchio*, Lehrbuch 124; *Ueberweg* III 506.

²⁰⁰ *Rechtslehre* § 46 (S. 136); vgl. § 51 (S. 167).

²⁰¹ *Kant* erklärte, das Volk dürfe „nicht anders urteilen, als das gegenwärtige Staatsoberhaupt will“ (*Rechtslehre*, Allgemeine Anmerkung A [S. 142]). In dieser der Volkssouveränität widersprechenden, zum absolutistischen Denken neigenden Anschauung war *Kant* zweifellos vom früheren Naturrecht beeinflusst. Zu beachten

Die Bedeutung der bis hierher dargestellten Lehren *Kants* lag darin, daß sie eine klärende Neuformulierung der schon früher, vor allem von *Rousseau* herausgearbeiteten Sätze des Persönlichkeitsdogmas und in diesem Sinne einen Fortschritt brachten²⁰². Es muß aber betont werden, daß *Kant* gleichzeitig entschieden Anteil hatte an der zunehmenden Relativierung und Zersetzung des Persönlichkeitsbegriffes, wie sie die späteren Vertreter des Naturrechtes kennzeichneten. Die Bezeichnung des Staates als einheitlicher Person war ja eigentlich doch mehr für das äußere Verhältnis des Staates zu anderen Staaten gemeint²⁰³. Im Innern des Staates stellte nun erstmals nicht nur die herrschende Regierung – wie bei *Rousseau*²⁰⁴ –, sondern auch das Volk als Untertanschaft eine eigene Person dar: Volk und Souverän bedeuteten „rechtlich betrachtet doch immer zwei verschiedene moralische Personen“²⁰⁵. Auch die Person des Souveräns wurde schließlich entsprechend den in der Gewaltenteilungslehre unterschiedenen drei einzelnen Gewalten in ebenso viele Personen aufgespalten²⁰⁶. So wurde die scheinbar einheitliche Staatsperson in doppelter Aufteilung in vier Personen zerlegt.

Soll diese unausgeglichene Staatslehre verstanden werden, so gilt es zu berücksichtigen, daß *Kants* formale Konstruktion des Vernunftrechts sich weitgehend des materialen Gehaltes des Naturrechtes entledigt hatte²⁰⁷ und das Staatspersönlichkeitsdogma hier nicht wie bisher – man denke an *Hobbes*, *Locke* und *Rousseau*! – im Dienste eines betont politischen *Raisonnements* stand²⁰⁸. Auch das hilft aber nicht über die Bemerkung hinweg, daß *Kant* und dem Naturrecht seiner Zeit ein präziser Persönlichkeitsbegriff mehr noch als früher mangelte. Ja, auf die im Gebiete des öffentlichen Rechts behaupteten moralischen Personen ließ sich nicht einmal der von *Kant* selbst aufgestellte allgemeine Begriff der Person anwenden. Denn danach bedeutete Persönlichkeit „die Freiheit eines vernünftigen Wesens“, „ein Subjekt, dessen Handlung einer Zurechnung fähig“ ist²⁰⁹ – welche Zurechnung

ist auch der Widerspruch, daß *Kant* dem Volk wohl die gesetzgebende Gewalt zuschrieb (vgl. vorn A. 200) und doch dem Herrscher nur Rechte und keine Pflichten gegenüber dem Volk zukommen ließ (Rechtslehre, Allgemeine Anmerkung A [S. 143]).

²⁰² *Del Vecchio*, Lehrbuch 111 f.

²⁰³ Rechtslehre § 53 (S. 172).

²⁰⁴ Vgl. vorn § 12 bei A. 184 ff.

²⁰⁵ Rechtslehre, Allgemeine Anmerkung A (S. 144 f.), § 49 (S. 139 f.).

²⁰⁶ Rechtslehre § 48 (S. 139). Die Staatsgewalt erschien als „der allgemein vereinigte Wille in dreifacher Person“ (Rechtslehre § 45 [S. 136]). Vgl. zudem die moralische Persönlichkeit der Gerichtshöfe: Rechtslehre § 36 (S. 116).

²⁰⁷ *Abrens* I 147; *Landsberg* III/1 T 509 ff.

²⁰⁸ *Kant* trat sehr maßvoll für Volkssouveränität und Konstitutionalismus ein (vgl. *Del Vecchio*, Lehrbuch 124), ordnete dem aber nicht seine ganze Staatslehre unter. Vgl. vorn A. 201.

²⁰⁹ Einleitung in die Metaphysik der Sitten IV (S. 26 f.). – Die Auffassung der Persönlichkeit als Zurechnungssubjekt, die später in der Lehre von der juristischen Person im allgemeinen und von der Staatspersönlichkeit im besonderen solche Verbreitung finden sollte, geht also auf *Kant* zurück. Vgl. auch hinten § 37 A. 45.

aber stets einen „Richter“ voraussetzte²¹⁰. Dies alles war natürlich bei der „Persönlichkeit“ des Staates undenkbar. Die Vorstellung des Staates als Person wollte ganz unkritisch einfach die äußere Zusammenfassung des Staates als des vereinigten Volkes²¹¹, als „der Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen“²¹² zum Ausdruck bringen. Die Grundanschauung, von der der Staatsbegriff ausging, blieb auch hier, wie im früheren Naturrecht, letztlich das Herrschaftsverhältnis zwischen Volk und Souverän²¹³, welches von *Kant* als ein einseitiges Verhältnis, in dem der Herrscher nur Rechte, keine Pflichten habe, geschildert wurde²¹⁴.

Die in der Zersetzung des Begriffes der Staatspersönlichkeit für die Neige des Naturrechtes charakteristische Staatslehre *Kants* übte nicht nur großen Einfluß auf die späteren Naturrechtslehrer, sondern auch auf einen Teil der Staatsrechtssysteme des 19. Jahrhunderts aus²¹⁵.

§ 14. Die Nachfolger *Kants*: *Schmalz* und *Fries*

I. Theodor Schmalz (1760–1831)

Schmalz ließ der nur in wenigen Strichen skizzierten Staatskonstruktion *Kants* eine detaillierte Durchführung angedeihen²¹⁶. Auch nach ihm ergab sich aus der als Vernunft verstandenen, individuellen Freiheit alles Recht²¹⁷ und mit ihm das Gesellschaftsrecht²¹⁸, zu dem der Staat gehörte. Die Gesellschaftsverträge ließen den Staat als eine einheitliche „juristische Person“²¹⁹ entstehen, die mit dem Unrecht jeder Persönlichkeit, dem „Recht auf sich selbst“²²⁰, ausgestattet war.

Die Besonderheit der Darstellung, die *Schmalz* der hergebrachten Lehre gab, lag nun einerseits darin, daß die gesamte Konstruktion der Staatspersönlich-

²¹⁰ Einleitung in die Metaphysik der Sitten IV (S. 31).

²¹¹ Rechtslehre § 43 (S. 133).

²¹² Rechtslehre § 45 (S. 135).

²¹³ Vgl. Rechtslehre § 47 (S. 138); *Höhn*, Staatsbegriff 172 f., 175 f.

²¹⁴ Rechtslehre, Allgemeine Anmerkung A (S. 143); vgl. vorn A. 201. – Es ist allerdings ergänzend darauf hinzuweisen, daß *Kant* andernorts die These von *Hobbes*, daß dem Staatsoberhaupt keine Pflichten gegenüber den Bürgern obliegen, ausdrücklich ablehnte (Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis [Sämtl. Werke, hrsg. v. K. Vorländer Bd. 6, 2. Aufl. Leipzig 1922], II. Teil, Folgerung, Abs. 8 ff. [S. 101 ff.]).

²¹⁵ Vgl. hinten § 20 I.

²¹⁶ *Schmalz* bezeichnete sich selbst als „Lehrling“ *Kants* (Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers. Ein Commentar über das reine Natur- und das natürliche Staatsrecht. Königsberg 1798, S. III); zu *Schmalz* vgl. auch *Landsberg* III/1 T 514 f.

²¹⁷ Das Recht der Natur, 1. Teil: Das reine Naturrecht, 2. Aufl. Königsberg 1795, S. 29, 31, 50, 53, 56 ff.; Erklärung 1 ff.

²¹⁸ Naturrecht 97 ff.

²¹⁹ Das Recht der Natur, 2. Teil: Das natürliche Staatsrecht, Königsberg 1794, S. 45 f.

²²⁰ Naturrecht 47 f., 104 f.; Erklärung 33 f.

²²¹ Naturrecht 97 ff., bes. 98; Staatsrecht 15 ff.; Erklärung 134 f.

keit völlig eingeordnet war in ein allgemeines Gesellschaftsrecht ²²¹, das jeder Gesellschaft – jede in gleicher Art aus einem ursprünglichen Vertrag entsprungen – eigene Persönlichkeit ²²² und „höchste Gewalt“ ²²³ zuerkannte; die Staatsperson war lediglich als die „heiligste aller Gesellschaften“ den anderen übergeordnet ²²⁴.

Andererseits erstrebte *Schmalz*, die – im Sinne *Kants* verstandene – Aufspaltung der Staatspersönlichkeit zu begründen durch die seit *Hobbes* und *Pufendorf* geläufige Unterscheidung von Vereinigungs- und Unterwerfungsvertrag ²²⁵. Durch den Vereinigungsvertrag wurde wie jede Gesellschaft, so auch der Staat als „Eine Person“ begründet ²²⁶, in der sich das Volk kraft des einheitlichen Zweckes zu einem „gesamten Willen aller Mitglieder“ zusammenfand ²²⁷. Der Unterwerfungsvertrag brachte dann aber sogleich „im Innern der Gesellschaft eine doppelte mystische Persönlichkeit“ zur Entstehung: die Administration und die Untertanschaft ²²⁸, die in einem gegenseitigen Rechtsverhältnis standen ²²⁹.

Diese Entwicklung verdient deshalb hier besonders aufgezeichnet zu werden, weil sie die innere Begründung für die Aufspaltung der Staatspersönlichkeit im späteren Naturrecht aufzeigt: es war derselbe Gedanke des Staatsvertrages, auf dem die naturrechtliche Staatspersönlichkeit beruhte und der nun – in neuer Ausgestaltung – zu deren Auflösung führte. Dabei kann, trotz mancher Unterschiede, eine große Verwandtschaft mit der Staatstheorie von *Hobbes* nicht übersehen werden, der aus den beiden Verträgen ebenfalls eine doppelte Personifizierung folgte, die er sich allerdings einander sukzessive ablösend vorstellte ²³⁰. Berücksichtigt man, daß auch *Schmalz* letzten Endes

²²² Naturrecht 97 f. – Auch Ehe (Das Recht der Natur, 3. Teil: Das natürliche Familienrecht, Königsberg 1795, S. 7) und Kirche (Das Recht der Natur, 4. Teil: Das natürliche Kirchenrecht, Königsberg 1795, S. 17 ff.) wurden ausdrücklich als Gesellschaft in diesem Sinne bezeichnet.

²²³ Naturrecht 102 ff. – Alle Gesellschaften hatten nach außen (Naturrecht 104 ff.) und innen Gewaltsrechte (Naturrecht 107 ff.), so z. B. gesetzgebende und vollziehende Gewalt (Naturrecht 109 ff.). – Für die Kirche wurde die ganze Vertrags- (Kirchenrecht 21 f.), Persönlichkeits- (Kirchenrecht 26, 28 f.) und Gewaltslehre (Kirchenrecht 43 f.) noch besonders durchgeführt.

²²⁴ Staatsrecht 37.

²²⁵ Vgl. vorn § 8 bei A. 67 ff. und § 10 bei A. 133 f.

²²⁶ Naturrecht 97 ff.; Staatsrecht 45 f.

²²⁷ Naturrecht 98 ff.; Staatsrecht 44, 93.

²²⁸ Naturrecht 101 f., 107 f.; Staatsrecht 63. – In der Demokratie stellte die „jedemalige Mehrheit der Stimmen aller Staatsbürger“ eine „unbestimmte moralische Person“ dar (Staatsrecht 59).

²²⁹ Staatsrecht 100, 73; Naturrecht 102 f., 107 f. – Nur die durch den Vereinigungsvertrag begründeten äußern Hoheitsrechte standen „der ganzen Gesellschaft als mystischen Person“ zu (Naturrecht 102 f.; Staatsrecht 45 f.), während die aus dem Unterwerfungsvertrag fließenden inneren Gewaltsrechte „zwischen den beiden innern mystischen Persönlichkeiten“ gegeben waren (Naturrecht 103; Staatsrecht 100, 118). Damit wurde ausdrücklich anerkannt, daß die einheitliche Staatspersönlichkeit nur für die Beziehungen nach außen galt.

²³⁰ Vgl. vorn § 8 bei A. 87 f.

die umfassende Persönlichkeit des Staatsganzen in den Souverän verlegte – sie war diesem „administratorisch“ zu eigen²³¹ –, so ist die Ähnlichkeit mit *Hobbes'* Staatspersönlichkeit, die eigentlich nur die Herrscherpersönlichkeit bedeutet²³², vollends dargetan.

II. Jakob Friedrich Fries (1773–1843)

Die Staatstheorie des Kantianischen Vernunftrechts wurde im wesentlichen unverändert weitergeführt von *Fries*²³³. Wie jede Gesellschaft erschien der Staat kraft des gemeinsamen Zweckes und Willens als „eine Person“²³⁴, die im Innern aber sogleich in das „Rechtsverhältnis zwischen dem Regenten und dem Volke“ aufgespalten wurde²³⁵.

Was die Lehre von *Fries* erwähnenswert macht, ist einerseits der Umstand, daß wir hier besonders klar den das ganze Naturrecht auszeichnenden Subjektivismus – der für die Theorie der Staatspersönlichkeit von solch tragender Bedeutung ist – im System des Rechts durchgebildet finden²³⁶. Andererseits fällt *Fries* dadurch besonders auf, daß er den Staat im Gegensatz zu den übr-

²³¹ Dem Souverän stand „eine doppelte mystische Persönlichkeit“ zu: die im „Gegensatze der Unterthanschaft“ stehende Persönlichkeit der Majestät gehörte ihm „eigenthümlich“, die Persönlichkeit „des ganzen Volkes“ gegen außen jedoch „nur administratorisch“ (Staatsrecht 73). Sowohl die innern wie die äußern Majestätsrechte kamen – als einheitliche Staatsgewalt (Staatsrecht 78) – dem Souverän „in beyden Rücksichten als moralischer Person“ zu (Staatsrecht 74, 92 ff.). So waren schließlich alle staatlichen Beziehungen im Zentralpunkt des Herrschers angeknüpft. Entsprechend der Übertragung des Gesamtwillens auf den Herrscher durch den Unterwerfungsvertrag (Naturrecht 100) erschien der unabhängige Wille des Herrschers als „wirklich der Wille des Volkes“ (Staatsrecht 61). Wie bei *Hobbes* wurde also auch hier auf individualistischer Grundlage – durch die Konstruktion des Gesellschaftsvertrages behielten ja die Individuen trotz der „Unterwürfigkeit unter den Willen des Souverains“ ihre ursprüngliche Freiheit (Staatsrecht 62; Naturrecht 102) – eine absolutistische Staatslehre (vgl. *Landsberg* III/1 T 515) errichtet.

²³² Vgl. vorn § 8 bei A. 72 ff. – Der Unterschied lag vor allem darin, daß *Hobbes* das dem Herrscher gegenüberstehende Volk nicht personifizierte – was bei der recht unkritischen Verwendung des Personenbegriffs im Naturrecht allerdings nicht von großer Bedeutung sein konnte, aber doch die Identifizierung von Herrscher- und Staatspersönlichkeit erleichterte.

²³³ In Abwehr gegen die aufkommende Philosophie *Schellings* (vgl. dazu hinten § 23) begründete *Fries* wie alles Recht, so auch das Staatsrecht auf den Begriff der Freiheit (Philosophische Rechtslehre und Kritik aller positiven Gesetzgebung mit Beleuchtung der gewöhnlichen Fehler des Naturrechts, 1803, Neuauflage Leipzig 1914, S. 3 ff., 25, 31, 52, 63, 70 f., 89). Vgl. zu *Fries'* Rechts- und Staatslehre: *Ueberweg* IV 147 ff.; *Landsberg* III/2 T 37 ff.; *Del Vecchio*, Lehrbuch 484.

²³⁴ Rechtslehre 72 f. – Es bestand ein „allgemeiner Wille des Staates“ (Rechtslehre 81, 88 f.), durch den sich das Volk kein Unrecht tun konnte (Rechtslehre 82).

²³⁵ Rechtslehre 94 ff., 81 ff. – Die Regierung erschien wegen der Einheit der Herrschaftsgewalt als „moralische Person“ (Rechtslehre 75 f.) und die drei Gewalten bedeuteten drei besondere Willen (Rechtslehre 74). Ja es wurde ausdrücklich erklärt, zwischen Volk und Regent gebe es „keinen Dritten“ (Rechtslehre 94, 98).

²³⁶ Jeder Rechtssatz wurde subjektiv in Rechtspflicht und Rechtsanspruch verwandelt (Rechtslehre 23, 32 f.), in ein „Wechselverhältnis zwischen Personen“ (Rechtslehre 146 f.). Dieser subjektivistischen Anschauung gab zum Teil auch bereits *Schmalz* klaren Ausdruck (vgl. dessen Naturrecht 23 f., 40, 45).

gen Gesellschaften nicht auf einen Vertrag begründete²³⁷, ja die Staatsentstehung überhaupt nur als politischen, nicht aber als rechtlichen Akt anerkannte²³⁸. Damit kündigte sich bereits an, daß das Denken des Naturrechtes, welches nie zu einer reinen Rechtlichkeit seiner Begriffe vordrang, abgelöst werden sollte durch eine Methode, die sich kritischer auf die Selbständigkeit der Rechtsbegriffe besann.

§ 15. Der Zerfall der naturrechtlichen Persönlichkeitstheorie

Wir sehen, wie mit fortschreitender Zeit die Lehren des Naturrechts den Begriff der Staatspersönlichkeit relativierten. Die Beibehaltung dieses Dogmas verhinderte nicht, daß die Verbandsvorstellungen mehr und mehr dem konsequent individualistischen Denken zum Opfer fielen²³⁹. Der Staat erschien zusehends mehr als eine Vielheit von Rechtsbeziehungen zwischen Individuen²⁴⁰, für welche die Bezeichnung der Persönlichkeit nur noch als Formel ihrer Zusammenfassung nach außen diente²⁴¹. Dies verunmöglichte jede Abgrenzung der Rechtspersonen gegenüber bloß sozietären Verbindungen²⁴². Hatte dem naturrechtlichen Persönlichkeitsbegriff von allem Anfang an in dieser Hinsicht die nötige Klarheit gefehlt, so wurde jetzt ohne weiteres jede „societas“ als Person angesprochen, so besonders von *Wolff* und *Nettelbladt*²⁴³. Auf diese Weise war es dann nur folgerichtig, den Staat in eine Reihe zu stellen mit allen übrigen gesellschaftlichen Verbindungen loserer oder festerer Form²⁴⁴; sie gingen insgesamt aus einem Gesellschaftsvertrag hervor²⁴⁵ und wurden Personen genannt. So ordnete *Nettelbladt* den Staat neben Ehe, Familienverbindungen, Kollegien, Magistraten und privaten Korporationen einheitlich dem sozietär erfaßten Persönlichkeitsbegriff ein²⁴⁶.

²³⁷ Rechtslehre 76 ff., 83, 157.

²³⁸ Rechtslehre 80, 83, 87 ff., 92. – Ja selbst das „Rechtsverhältnis zwischen dem Regent und dem Volke“ war nicht ein eigentliches Rechtsverhältnis, sondern „ein bloßes Verhältnis der Gewalt“ (Rechtslehre 94). – Es ist aber sogleich hinzuzufügen, daß *Fries* oft selbst von dieser kritischen Einstellung gegenüber den Rechtsbegriffen abwich, so den Staat eine „rechtliche Verbindung“, „die einzige rechtlich notwendige Gesellschaft“ nannte (Rechtslehre 72) und sogar von einer „Rechtspflicht“ zum Zusammentritt der Individuen zum Staate sprach (Rechtslehre 68 f.).

²³⁹ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 411. – Zu den Lehren des ausklingenden Naturrechts vgl. allgemein *Thieme*, Zeit 202 ff.

²⁴⁰ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 425; *Althusius* 195.

²⁴¹ Vgl. hinten § 18 bei A. 289 und zudem: *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 444; *Althusius* 198.

²⁴² Vgl. hinten § 18 bei A. 290 f. und auch: *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 411, 426; *Althusius* 198.

²⁴³ Vgl. vorn § 10 bei A. 144 f.; § 11 bei A. 159; § 14 bei A. 222, 234 und *Gierke*, *Althusius* 199; *Rehm*, Geschichte 252; Staatslehre 260.

²⁴⁴ Vgl. hinten § 18 A. 285 und *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 411.

²⁴⁵ *Stahl* I 251 f.

²⁴⁶ *Gierke*, *Althusius* 199.

Und *Hertius* sah im Staat, in Korrealobligation und Ehe gleichartige kollektive Personeneinheiten ²⁴⁷.

Diese späteren Naturrechtslehrer unterschieden bei den Vereinigungen zwischen Außen- und Innenverhältnis und gebrauchten die Personenbezeichnungen nur noch für die Zusammenfassung nach außen ²⁴⁸. Neben *Wolff* ²⁴⁹ sprachen auch *Boehmer* ²⁵⁰, *Hoepfner* ²⁵¹ und *Nettelblatt* ²⁵² dem Staat nur noch in seiner völkerrechtlichen Gegenüberstellung zu anderen Staaten persönlichen Charakter zu; sie wußten aber mit diesem Begriffe in den internen staatlichen Verhältnissen nichts mehr anzufangen, sondern sahen hier nur eine Vielzahl von Rechtsverhältnissen ²⁵³. Und selbst in dieser Beschränkung der Zusammenfassung zu einer einheitlichen Person auf das Außenverhältnis hatte die Verbandspersönlichkeit vorwiegend fiktives Gepräge; der Wille des Herrschers wurde allgemein als Gesamtwille fingiert ²⁵⁴; *Nettelblatt* verstand ausdrücklich unter der „*persona moralis*“ des Staates nur, daß ein „*non unum pro uno habetur*“ ²⁵⁵.

Schließlich fand der Personenbegriff mit Bezug auf den Staat immer weniger Verwendung ²⁵⁶. Es waren vornehmlich nur noch die Anhänger des souveränen Fürstenstaates, die – wie *Thomasius*, *Wolff* und *Boehmer* – die Staatspersönlichkeit als Verabsolutierung der Herrscherpersönlichkeit, die den staatlichen „Verband“ ausschließlich repräsentierte, beibehielten ²⁵⁷. Der Begriff der Staatssouveränität gab ihnen just das tüchtige Mittel ab, um unbemerkt die schrankenlose Gewalt des Herrschers zu konstruieren. Die Schriftsteller, denen die Ausgestaltung des Verfassungsstaates am Herzen lag, sahen in der internen einheitlichen Staatsperson eher ein Hindernis für ihre Bestrebungen, die den Staat auf einem Gleichgewicht verschiedener Herrschaftsbeziehungen aufbauen wollten ²⁵⁸. So wurde endlich von einem Teil der Autoren, beispielsweise von *Gundling*, der Begriff der Staatspersönlichkeit überhaupt nicht mehr gebraucht ²⁵⁹; dies hing teilweise auch damit zusammen, daß man sich nun den Staat mehr als ein kunstvoll errichtetes „Maschinenwerk“ ²⁶⁰

²⁴⁷ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 423.

²⁴⁸ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 425; Althusius 198.

²⁴⁹ Siehe vorn § 11 bei A. 156 f.

²⁵⁰ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 426.

²⁵¹ *Höhn*, Staatsbegriff 178.

²⁵² *Gierke*, Althusius 199.

²⁵³ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 425 f.; Althusius 198 f.; *Höhn*, Staatsbegriff 178.

²⁵⁴ So neben *Hobbes* (vgl. vorn § 8 A. 59), *Pufendorf* (vgl. vorn § 10 bei A. 134, 142) und *Kant* (vgl. vorn § 13 bei A. 201) auch *Boehmer* (vgl. *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 457 A. 30; Althusius 196). Vgl. hinten § 18 bei A. 288.

²⁵⁵ *Gierke*, Althusius 199.

²⁵⁶ *Gierke*, Althusius 194 ff.; *Docke* 140 f.

²⁵⁷ Vgl. vorn § 11 bei A. 150, 161 f. und *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 456 f., 449; Althusius 196.

²⁵⁸ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 449, 475. Vgl. auch hinten § 18 bei A. 301.

²⁵⁹ *Gierke*, Althusius 195 und A. 200.

²⁶⁰ *Kant* (Rechtslehre § 51 [S. 168]) nannte den Staat ein „Maschinenwerk der Vereinigung des Volkes durch Zwangsgesetze“; er sprach auch vom „Maschinenwesen einer Regierung“ (Rechtslehre, Allgemeine Anmerkung D [S. 156]). – Zur

vorstellte. Auch in der Lehre *Montesquieus* findet sich trotz der regen anthropomorphistischen Vergleiche ²⁶¹ eine einheitliche Staatsperson nicht mehr ²⁶². Nur in einer Beziehung wurde auch von den späteren Vertretern des Naturrechtes an der Persönlichkeit des Staates festgehalten: in der Anerkennung einer selbständigen Vermögensrechtsfähigkeit des Staates ²⁶³.

§ 16. Die Negation des Staatspersönlichkeitsbegriffes im Naturrecht:
Johann Friedrich Horn (1620–1670)

Das Naturrecht des 17. und 18. Jahrhunderts brachte aber nicht nur Staatskonstruktionen, die den Begriff der Staatspersönlichkeit zusehends mehr relativierten. Unter den Naturrechtslehrern dieser Zeit war sogar einer, der das Persönlichkeitsdogma ausdrücklich und in jeder Hinsicht verwarf. Es war *Johann Friedrich Horn*, ein Zeitgenosse *Pufendorfs*, der diese beachtliche Staatslehre aufstellte.

Bei seiner Staatskonstruktion ging *Horn* stets von der Voraussetzung aus, daß nur die einzelnen Individuen Träger der Rechtsbeziehungen seien. Dementsprechend war für ihn der Staat kein selbständiges Ganzes, kein „totum“ ²⁶⁴, sondern nur eine „multitudo singulorum“ ^{264a}. Die Staatsgewalt

mechanistischen Konstruktion der Staatspersönlichkeit bei *Hobbes* vgl. vorn § 8 bei A. 54 ff., A. 84. – Allgemein zum Zurücktreten der organischen Anschauung vgl. *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 445 A. 250.

²⁶¹ Vgl. *Kistiakowski* 13 ff. – Zur Staatslehre von *Montesquieu* vgl.: *Dunning* II 391 ff.; *Sabine* 465 ff.; *Bowle* 400 ff.; *Hildegard Trescher*, *Montesquieus* Einfluß auf die Geschichts- und Staatsphilosophie bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, in: *Schmollers Jb.* Jhg. 42 (1918) S. 281 ff.

²⁶² *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 472. Anders hingegen: *Heller*, *Hegel* 104. – Ebenso erklärte *Johann Gottlieb Fichte*: „Der Staat an sich ist nichts, als ein abstracter Begriff: nur die Bürger, als solche, sind wirkliche Personen“ (Grundlage des Naturrechts nach Principien der Wissenschaftslehre, in: *Sämtliche Werke* hrsg. v. *J. H. Fichte* Bd. 3 [Berlin 1845], 2. Anhang § 4 [S. 371]). – Zur Staatslehre von *Fichte* vgl.: *Metzger* 176 ff.; *Fischer* VI (4. Aufl. 1914) S. 247 ff., 403 ff.; *Nico Wallner*, *Fichte* als politischer Denker, Halle a. d. S. 1926, S. 99 ff., 153 ff., 179, 205, 224 f.; *Dunning* III 139 ff.; *Atger* 346 ff.

²⁶³ *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 425, 483. Vgl. auch hinten § 18 bei A. 307.

²⁶⁴ *Politicoorum pars architectonica de civitate*, *Traiecti ad Rhenum* 1664, l. II c. I § XVIII (S. 162 ff., bes. S. 163: „Examinemus civitatem, nullam classem totius sequetur“ und S. 164: „Fallunt igitur dua praecipua fundamenta, totum habere imperium in partes; et, civitatem esse totum“). – *Horn* erklärte, aus dem Zusammenschluß der Bürger ergebe sich nicht naturaliter ein einheitliches Ganzes: „Multitudo non est subiectum naturale“ (l. II c. I § XVIII [S. 166]); höchstens „per analogiam et similitudinem“ könne man den Staat als „quasi-corpus“ oder „quasi-materia“ auffassen (l. I c. I § I [S. 56]). Ganz vereinzelt folgte *Horn* allerdings der üblichen Vorstellung, so wenn er sagte: „Repubblica igitur constat duabus partibus, regente et parente; quae integrum hoc civile corpus componunt“ (l. II c. I § I [S. 114]). – Vgl. zur Staatslehre *Horns*: *Gierke*, *Althusius* 70 f., 190 f., bes. A. 189; Genossenschaftsrecht IV 411 ff., 487 A. 155; *Dock* 140; *Landsberg* III/1 N 41 f.; *Sauter*, Staatsidee 95.

^{264a} l. I c. I § I (S. 55: Definition der „civitas“: „Hanc universali conceptu dicimus esse multitudinem hominum, regimine civili dispositam et ordinatam“; S. 56), § II

mußte deshalb der physischen Person des Fürsten zugeschrieben werden^{264b}. Nach der Ansicht *Horns* konnte man auf keinen Fall das Staatsganze als Subjekt der Herrschaft bezeichnen^{264c}; auch in der Demokratie nicht, denn bei dieser Staatsform bestehe überhaupt keine einheitliche Staatsgewalt, sondern nur gegenseitige Bindungen der Bürger^{264d}. Besonders zu beachten ist, daß *Horn* nicht einmal im Vermögensrecht eine selbständige Persönlichkeit des Staates anerkannte²⁶⁵.

So sehr die Lehren *Horns* eigentlich dem individualistisch zergliedernden Denken des Naturrechts in konsequentester Weise entsprachen, fanden sie zu ihrer Zeit keine Nachfolge²⁶⁶. Erst die Vertreter des ausgehenden Naturrechtes, die dem korporativen Gedanken nicht mehr stark verhaftet waren, sahen von der Erwähnung jeglicher Staatspersönlichkeit ab.

(S. 57); I. II c. I § I (S. 112), § XVIII (S. 160 ff.); I. II c. V § I (S. 325 f., bes. S. 326: „Collectivum quid multitudo est, quae nisi ex singulis, non componitur“). – *Horn* wandte sich ausdrücklich gegen die in der naturrechtlichen Staatskonstruktion übliche Abgrenzung der „universi“ von den „singuli“: „Sed iterum respondebo, universos sine singulis non intellegi“ (I. III c. unicum § II [S. 566]).

^{264b} Da die „maiestas“ nur als unteilbare Einheit denkbar war (I. III c. unicum § II [S. 562, 567 f.], § III [S. 568 ff.]), stand sie notwendig einem Individuum zu, dem Fürsten (I. II c. I § XII [S. 142 ff.]; I. II c. III § IV [S. 256]; I. II c. V § I [S. 325]; I. II c. X § XI [S. 491 f.] und §§ XII ff. [S. 494 ff.]). *Horn* erblickte deshalb in der Monarchie die normale Staatsform, in der Demokratie hingegen nur eine Nachahmung der Monarchie (I. III c. unicum § I [S. 560 f.]).

^{264c} I. II c. I § XVIII (S. 160: „Invaluit absurda doctrina, multitudini naturae inesse imperium in singula membra“; S. 164: „Fallunt igitur dua praecipua fundamenta, totum habere imperium in partes; et, civitatem esse totum“); I. III c. unicum § II (S. 561 ff.: „maiestas non est penes plures coniunctum“, die Staatsgewalt sei nicht die Gewalt der „universi“ gegenüber den „singuli“), § III (S. 568). – *Horn* lehnte die Theorie von *Grotius*, daß die „civitas“ das „subiectum commune“ der Staatsgewalt sei (vgl. vorn § 7 bei A. 37), entschieden ab (I. II c. XI § I [S. 512 ff.]). Man muß berücksichtigen, daß es *Horn* nicht so sehr um die rechtstheoretische Konstruktion als vielmehr um die Widerlegung des Dogmas von der Volkssouveränität ging (vgl. bes. I. II c. I §§ XVII ff. [S. 155 ff.]; I. III c. unicum §§ II f. [S. 561 ff.]). Er bestritt, daß die Staatsgewalt aus dem Zusammenschluß des Volkes entstehe und von der Gesamtheit dem Herrscher übertragen werde (I. II c. I § XVIII [S. 160 ff., bes. S. 165: „Naturaliter ex potestate singulorum, resultare potestatem communitatis, absurdissime ac imperitissime dictum est“], § XIX [S. 166 ff.]; I. III c. unicum § III [S. 568]). Sie sei von Gott dem Fürsten als dem „vicarius Dei“ verliehen (I. II c. I § IV [S. 120 ff.], § X [S. 136 ff.], § XII [S. 142: „Manet ergo immediata causa maiestatis Deus“], § XVIII [S. 161]; I. II c. III § IV [S. 256]).

^{264d} I. III c. unicum §§ II ff. (S. 561 ff.; vgl. bes. § IV, S. 575 f.). – Die Staatsgewalt könne weder ungeteilt noch geteilt der Gesamtheit oder einer Vielzahl zustehen (I. III c. unicum § II [S. 562], § III [S. 568: „... cum maiestas nequeat pluribus simul in una civitate competere; nec dividi eandem posse“]). Bei der stets wechselnden Mehrheit, die in der Demokratie herrscht, sei gar kein „subiectum maiestatis“ vorhanden (I. III c. unicum § II [S. 563 ff.]). Daraus ergebe sich: „cum inter aequales nemo subditus sit, nemo imperium in caput, aut dominium in alterius bona habeat: sed beneficio pacti, quo societatem quasi omnium bonorum iniiit civis“ (I. III c. unicum § IV [S. 577 f.]).

²⁶⁵ Im Abschnitt „De dominio in bona publica“ (I. II c. III) schrieb *Horn* alle öffentlichen Vermögensrechte dem Fürsten zu (vgl. bes. § II [S. 249 ff.], §§ IV ff. [S. 256 ff.]).

²⁶⁶ *Gierke*, *Althusius* 191; *Genossenschaftsrecht* IV 413.

Die Naturrechtsschule der Neuzeit endete also mit der völligen Auflösung der Begriffe der Staatspersönlichkeit und der Staatssouveränität, die sie bei ihrem Beginn mühsam erarbeitet hatte²⁶⁷.

§ 17. *Das Verhältnis der naturrechtlichen Persönlichkeitstheorie zu den herrschenden staatspolitischen Anschauungen dieser Zeit*

Wenn auch feststeht, daß innerhalb der naturrechtlichen Literatur des 16.–18. Jahrhunderts die Auffassung des Staates als Rechtspersönlichkeit eindeutig vorherrschte, so darf daraus doch nicht geschlossen werden, dieser Staatsbegriff sei in dieser Epoche schlechthin anerkannt und allgemein verbreitet gewesen. Gilt es doch zu bedenken, daß die damaligen europäischen Länder absolutistisch regierte Polizeistaaten waren, die weder Rechtsschranken gegenüber den Untertanen – und damit auch kein Bedürfnis eines Rechtsbegriffes des Staates – noch eine korporative Beteiligung der Bürger am Gemeinwesen kannten²⁶⁸. Das naturrechtliche Dogma der Staatspersönlichkeit stellte weitgehend eine theoretische Reaktion gegen diese politischen Zustände dar; es bedeutete einen Versuch, diese tatsächliche politische Ordnung vermittelt der oft unklaren Persönlichkeitsvorstellung umzudeuten²⁶⁹ und auf diese Art trotzdem konstruktiv aus der Autonomie der individuellen Willen²⁷⁰ abzuleiten.

Viel unkomplizierter als die naturrechtliche Staatstheorie waren die allgemeinen staatspolitischen Anschauungen dieser Epoche außerhalb der naturrechtlichen Literatur. Sie sahen im Staate einfach den souveränen Fürsten, der mit seinem Machtapparat der Summe von Untertanen gegenüberstand²⁷¹. Wie es auch immer um die Geschichtlichkeit des Ausspruches „l'Etat c'est moi“²⁷² bestellt sein mag, im Staate *Ludwigs XIV.* war die Vorstellung herr-

²⁶⁷ Gierke, Genossenschaftsrecht IV 425, 483.

²⁶⁸ Rehm, Staatslehre 230 f.; Geschichte 252; Jellinek, Staatslehre 324 f.; Bluntschli, Geschichte 185 ff. – Vgl. auch vorn § 3 A. 134 und zudem: Allen 280 ff.; Carlyle VI 415 ff.; Dunning II 305 ff.

²⁶⁹ Dies zeigte sich besonders deutlich in der Staatstheorie von Hobbes (vgl. vorn § 8 bei A. 89 ff.). Vgl. auch Rehm, Geschichte 254; Wolf, Grotius 96; Waldecker, Staatslehre 387. – Zu diesem Gegensatz vgl. zudem Meinecke 261 ff., 279, 427 ff.

²⁷⁰ Vgl. vorn § 5 bei A. 12 ff. und hinten § 18 bei A. 284 f.; besonders auch Stahl I 247 f., 153, 158; Wolf, Grotius 30, 52 f. – Dies gilt insbesondere auch für die absolutistischen Formulierungen des Persönlichkeitsdogmas dieser Zeit. Auch sie bedienen sich der „korporativen“ Konstruktion der Staatspersönlichkeit; die Staatstheorie von Hobbes ist dafür das deutlichste Beispiel (vgl. vorn § 8 bei A. 67 ff., 76 ff. und ganz a. E.). Battaglia übersieht dies, wenn er von der naturrechtlichen Staatspersönlichkeitslehre sagt: „Insomma, la teoria della personalità dello Stato nasce dall'assolutismo che si oppone sia alla teoria democratica . . . sia all'assolutismo di origine divina“ (S. 17). Zur Legitimation des fürstlichen Absolutismus durch das Naturrecht vgl. auch Wieacker 154, 178.

²⁷¹ Höhn, Staatsbegriff 84 ff., 110 ff.; Battaglia 15.

²⁷² Höhn, Staatsbegriff 87; Grosch, Aufgabe 430 f.; Olivier-Martin 307; Holtzmann 320, 351. – Will man nicht einer groben Vereinfachung anheimfallen, so muß

schend, die *Jacques-Bénigne Bossuet* (1627–1704) mit den Worten ausdrückte: „tout l'Etat est en la personne du prince“²⁷³.

Und ebensolches galt vom deutschen²⁷⁴ und österreichischen Absolutismus des 17.–18. Jahrhunderts, wenn auch hier immer mehr betont wurde, der König und seine Beamten dienten dem Gemeinwohl²⁷⁵; denn diese Vorstellung hatte nur ethische, nicht juristische Bedeutung. Es geht entschieden zu weit, *Friedrich den Großen* im Hinblick auf seine Auffassung, der Fürst sei der erste Diener des Staates²⁷⁶, als Verfechter oder gar als ersten praktischen

man aber doch anerkennen, daß der Staatsbegriff des aufgeklärten Absolutismus ein bedeutend komplexerer Begriff war, als es auf den ersten Blick den Anschein erweckt (*Walder* 157). Selbst der Absolutismus von *Ludwig XIV.* ging nie so weit, daß der Staat vom Monarchen völlig absorbiert wurde (*Olivier-Martin* 307, 328; *Walder* 160/61 A. 56). Trotz seiner umfassenden Macht blieb der König dem Gemeinwohl verpflichtet (*Olivier-Martin* 329 f., 338 f., 346). Der Gedanke, der König repräsentiere die „chose publique“, verschwand deshalb nicht ganz (*A. Esmein, Cours élémentaire d'histoire du droit français*, 15. Aufl. hrsg. v. *R. Génestal*, Paris 1925, S. 321; *Olivier-Martin* 328, 330 ff., 339, 357). Und auch die Vorstellung, daß die Kontinuität des Staates vom Wechsel der Monarchen unabhängig sei, blieb in dieser Zeit erhalten (*Olivier-Martin* 307, 325 ff.), soll doch *Ludwig XIV.* auf dem Totenbette selbst gesagt haben: „Je m'en vais, mais l'Etat demeurera toujours“ (*Olivier-Martin* 314, 328).

²⁷³ *Politique tirée des propres paroles de l'Ecriture sainte* (in: *Oeuvres complètes*, hrsg. v. *Abbé Guillaume*, Bd. 8, Lyon 1877), l. V art. IV prop. I (S. 393: „Le prince, en tant que prince, n'est pas regardé comme un homme particulier: c'est un personnage public, tout l'Etat est en lui; la volonté de tout le peuple est renfermée dans la sienne“); l. VI art. I prop. I (S. 395: „... nous avons vu que tout l'Etat est en la personne du prince. En lui est la puissance, en lui est la volonté de tout le peuple“). – Dabei ist zu beachten, daß *Bossuet* seinen Absolutismus theologisch begründete; er lehrte, der absolute Herrscher sei von Gott eingesetzt. Vgl. bes. *Politique* l. II art. II conclusion (S. 356); l. III art. II prop. I (S. 357: „Les princes agissent donc comme ministres de Dieu“, „le trône royal n'est pas le trône d'un homme, mais le trône de Dieu même“); l. VI art. II prop. I (S. 397 f.); l. VII art. VI prop. I (S. 423); *Sermon sur les devoirs des rois* (in: *Oeuvres complètes*, hrsg. v. *Abbé Guillaume*, Bd. 6, Lyon 1877), S. 459. – Vgl. zur Staatstheorie von *Bossuet*: *Zweig* 174 ff.; *Bluntschli*, *Geschichte* 190 ff.; *Atger* 193 ff.; *Jellinek*, *Staatslehre* 146; *Rehm*, *Staatslehre* 231; *Gierke*, *Althusius* 192; *Mohl*, *Geschichte* III 377; *Holtzmann* 320, 347; *Dunning* II 325 ff.; *Atger* 193 ff.; *Battaglia* 15. – *Bossuet* führte in neuzeitlicher Formulierung den Gedanken des Mittelalters weiter, daß der Monarch seine Autorität von Gott ableite (vgl. vorn § 3 bei A. 115 f. und *McIlwain* 339 f.). Ein wesentlicher Unterschied bestand aber darin, daß das Mittelalter im Gegensatz zum 17. Jahrhundert die Vorstellung vom göttlichen Recht eines Individuums auf den Thron noch nicht gekannt hatte (*Carlyle* V 468; vgl. auch *Allen* 367 ff.). – Zum Staatsbegriff des französischen Absolutismus vgl. allgemein: *Olivier-Martin* 335 ff.; *Holtzmann* 308 f., 319 ff.; *Höhn*, *Staatsbegriff* 76 ff.; *Wandlung* 21 f.; *Zweig* 167 ff.; *Jellinek*, *Staatslehre* 672; *Du Pasquier* 245 f. – Zur französischen Literatur vgl. insbesondere *Michoud*, *Théorie* II 53 A. 1.

²⁷⁴ *Höhn*, *Staatsbegriff* 95 ff.; *Wandlung* 22 ff.

²⁷⁵ *Maurenbrecher*, *Fürsten* 53 ff., 79, 137 A. 1; *Höhn*, *Staatsbegriff* 103, 105, 111, 118; *Wandlung* 25 f.

²⁷⁶ Wiederholter Ausdruck in den Schriften *Friedrichs*, so z. B. *Anti-Machiavel ou essai de critique sur le prince de Machiavel*, publié par Mr. de Voltaire, La Haye 1740, ch. 1 al. 3 a. E. (S. 2). – Vgl. *Bluntschli*, *Geschichte* 270 ff.; *Höhn*, *Staatsbegriff* 118 ff.; *Jellinek*, *Staatslehre* 674; *Rehm*, *Staatslehre* 231; *Wälz*, *Staatsidee* 177 ff.; *Meinecke* 350 ff., 386 ff.; *Walder* 149 A. 28, 159 A. 55, 165 f., 171.

Verwirklicher der Theorie der Staatspersönlichkeit zu betrachten²⁷⁷. Wohl waren dem Philosophen von Sanssouci die naturrechtlichen Lehren bekannt, und er bezeichnete in seinen theoretischen Schriften den Staat zuweilen auch als Körper, zu dem der Herrscher als die Seele oder der Kopf gehöre²⁷⁸. Aber der obrigkeitliche Machtstaatsgedanke überwog doch entschieden: der Staat war der Machtapparat in der Hand des Fürsten, der dem Volke gegenüberstand²⁷⁹. Und im gleichen Sinne geht es nicht an, die Theorie der Staatspersönlichkeit mit Kaiser *Joseph II.* in Verbindung zu bringen, weil dieser die Aufgabe des Fürsten im Dienste am Volkswohl sah²⁸⁰.

Das entworfen Bild der von den naturrechtlichen Anschauungen nur unwesentlich berührten staatspolitisch herrschenden Staatsauffassung muß aber für das ausgehende 18. Jahrhundert ergänzt werden durch den Hinweis auf das *Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten* (1794), das völlig unter dem Einflusse des absolutistischen Naturrechtes der Aufklärung entstanden war und so zum Teil auch dessen Staatsbegriff gebrauchte²⁸¹. Der 13. Titel des 2. Teils handelte „Von den Rechten und Pflichten des Staates überhaupt“, faßte dann allerdings sogleich im § 1 diese Rechtsbeziehungen des Staates in dessen „Oberhaupt“ zusammen.

²⁷⁷ *Gierke* meint, Friedrich dem Großen sei „vielleicht zuerst der Gedanke der organischen Staatspersönlichkeit aufgegangen“ (Althusius 358; Verbände 9). Für die Staatsauffassung Friedrichs wird eine Staatspersönlichkeit angenommen von *Rehm* (Staatslehre 176, 231 f.), *Jellinek* (Staatslehre 674 A. 2; Kampf 418 f.), *Seidler* (Grundzüge 53), *Dock* (S. 142 ff.) und *Heinrich Pigge* (Die Staatstheorie Friedrichs des Großen, in: Festgabe für Heinrich Finke [Münster i. W. 1904] S. 413 f.) – hingegen abgelehnt von *Heller* (Souveränität 74; Hegel 165), *Thoma* (Demokratie 49) und *Preuss* (Organpersönlichkeit 588).

²⁷⁸ *Anti-Machiavel* ch. 3 al. 6 (S. 11 f.); ch. 20 al. 11 (S. 143 f.); ch. 22 al. 2 (S. 158). Vgl. auch *Höhn*, Staatsbegriff 118; *Bluntschli*, Geschichte 278 f.; *Dock* 143 ff.

²⁷⁹ *Maurenbrecher*, Fürsten 53; *Höhn*, Staatsbegriff 120 ff.; *Wandlung* 28; *Waldeck*, Staatslehre 231 f.; vgl. auch *Landsberg* III/1 N 424. – Vgl. zur Staatsauffassung Friedrichs des Großen allgemein die Ausführungen von *Meinecke* (S. 340 ff.), der vom „bewußten Doppelleben als Politiker und Philosoph“ spricht (S. 345, ähnlich S. 387), sowie auch die Untersuchungen von *Walder*, der erklärt, es sei gerade kennzeichnend für den aufgeklärten Absolutismus, daß er verschiedenartige Staatsbegriffe nebeneinander verwende (S. 157), und der bei Friedrich dem Großen die auf der Gleichheit der Menschen beruhende naturrechtliche Staatskonstruktion von der Auffassung des Staates als fürstlicher Machtorganisation klar unterscheidet (S. 149 f., 163 ff.). Vgl. zudem: *Sauter*, Naturrecht 194; *Jürgen von Prott*, Staat und Volk in den Schriften Friedrichs des Großen (Internationalrechtliche Abhandlungen Nr. 33), Berlin 1937, S. 23 f., 33 ff., 41 ff.

²⁸⁰ *Seidler* (Grundzüge 53 f. und A. 5) meint, Friedrich II. und Joseph II. hätten die Staatspersönlichkeit „im praktischen Leben anerkannt“. – Zu der wesentlich naturrechtlich beeinflussten Staatsauffassung Josephs II. vgl. *A. Menzel*, Kaiser Joseph II. und das Naturrecht, in: Z. ö. R. Bd. 1 (1919/20) S. 515 ff., 522 f., 524 ff.; *Landsberg* III/1 T 365, 522; *Walder* 146, 149, 158 f., 161 f., 167. – Ähnlich wie diejenige Josephs II. war die Staatstheorie von Kaiser *Leopold II.*; vgl. *Jellinek*, Staatslehre 674.

²⁸¹ *Rehm*, Staatslehre 231; *Höhn*, Staatsbegriff 215 f.; *Landsberg* III/1 T 465 ff. Zum naturrechtlichen Gehalt des Preussischen Allgemeinen Landrechts vgl. *Hans Thieme*, Die preussische Kodifikation, in: Z.R.G. Germ. Abt. Bd. 57 (1937) S. 355 ff., bes. 385 f.

§ 18. Zusammenfassende Würdigung
der naturrechtlichen Persönlichkeitstheorie

Der Überblick über die dargestellten Lehren zeigt uns, daß das Naturrecht des 16.–18. Jahrhunderts in Fortführung der korporativen Gedanken des Mittelalters²⁸² die Lehre von der Persönlichkeitsnatur des Staates begründet hat²⁸³. Zweifellos haftete den damaligen Gestaltungen dieses Dogmas viel Unfertiges und Widersprüchliches an. Das darf uns aber in der klaren Erkenntnis nicht beirren, daß die Theorie der juristischen Staatspersönlichkeit von den Publizisten dieser Naturrechtsschule erarbeitet worden ist.

Wenn es die naturrechtliche Staatspersönlichkeitstheorie zu charakterisieren gilt, dann muß zunächst hervorgehoben werden, daß hier der Begriff des Staates und deshalb auch der Begriff der Staatsperson – entsprechend der allgemeinen Haltung des damaligen philosophischen Rationalismus²⁸⁴ – auf Grundlage einer *individualistischen Konstruktion* errichtet wurde: nicht von irgendeiner überindividuellen Ganzheit aus, sondern aus dem Zusammenschluß der individuellen Einzelwillen²⁸⁵ entstand die das Volk zu einer Einheit zusammenschließende Staatspersönlichkeit.

²⁸² Vgl. vorn § 3 und § 5 bei A. 7. Vgl. auch Höhn, Staatsbegriff 143 f.; Waldecker, Staatslehre 284 f. – Das, was das Naturrecht des 16.–18. Jahrhunderts dem Mittelalter verdankt, wurde lange Zeit unterschätzt. Zweifellos findet sich die Konstruktion der mit einheitlicher Staatsgewalt ausgestatteten Staatsperson im mittelalterlichen Schrifttum noch nicht. Aber es sind doch viele vorbereitende Formulierungen und viele Ansatzpunkte zum Staatspersönlichkeitsdogma bereits bei den Staatsdenkern des Mittelalters festzustellen (vgl. dazu vorn § 3 bei A. 141 f.). Die wesentlichen Neuerungen, welche die naturrechtliche Staatskonstruktion von den Staatslehren des Mittelalters unterscheiden, bestehen vor allem in folgendem: erstens versuchten die neuzeitlichen Denker, entsprechend ihrer rationalen Methode die einzelnen Gedanken in eine mehr oder weniger einheitliche Staatstheorie systematisch einzugliedern, und zweitens finden sich in den Staatslehren der Neuzeit neben den praktisch-politischen Erörterungen immer mehr auch theoretische Untersuchungen über das allgemeine Wesen des Staates.

²⁸³ Die Literatur über die Frage der Staatspersönlichkeit im Naturrecht des 16. bis 18. Jahrhunderts ist eher umfangreich als einheitlich. Vgl. die Zusammenstellung des Schrifttums bei Höhn, Staatsbegriff 183 ff. – Die Begründung der Persönlichkeits-theorie durch das Naturrecht wird anerkannt von Bernatzik (Person 186 ff.), Jellinek (Staatslehre 169 A. 1, 85; System 32 f.), Waldecker (Staatslehre 287 f., 657), Rehm (Staatslehre 232, 260), Michoud (Théorie II 79), Grasso (S. 96) und Battaglia (S. 15 ff.).

²⁸⁴ Holstein 51 ff.; Wolf, Rechtsdenker 258, 282, 324, 381, 405 f.; Jellinek, Staatslehre 214; Ueberweg III 3 ff., 112 ff., 216 ff.; Del Vecchio, Lehrbuch 66 ff.; Stahl I 90 ff., 165, 210; Kaufmann, Kritik 88 ff.; Thieme, Privatrechtsgeschichte 13, 16. – Vgl. zu den Grundlagen des Vernunftrechts: Wieacker 133 ff.; Welzel 106 ff.

²⁸⁵ Vgl. vorn § 5 bei A. 12 ff.; § 8 bei A. 91; § 9 bei A. 96 f., A. 118; § 10 bei A. 129; § 11 A. 150; § 12 bei A. 178; § 13 bei A. 192 ff.; § 14 bei A. 217 f., A. 231, 233; § 17 bei A. 270. – Dabei ist allerdings auch auf die Züge zu kollektivistischen Gedankenformen zu verweisen, die sich im System Lockes (vgl. vorn § 9 A. 104) und weit stärker in der Staatskonstruktion Rousseaus (vgl. vorn § 12 bei A. 177) zeigten. – Das Naturrecht ging also stets von einem korporativ begründeten Staatsbegriff aus. Der Staat stand in einer Linie mit den privaten korporativen Vereinigungen (vgl. vorn § 5 bei A. 11 ff.; § 15 bei A. 244 ff.); besonders in den

Sodann fällt die Staatskonstruktion der naturrechtlichen Denker dadurch auf, daß der *Staat vor allem als Rechtsanstalt* erfaßt wurde²⁸⁶. Hinweise auf die Natur des Staates als soziologischer Verband fehlten in dieser Zeit fast vollständig. Wenn nun auch die Versuche zu einem umfassenden System der verschiedenen rechtlichen Persönlichkeiten, so besonders in den Lehren *Pufendorfs*^{286a}, nicht übersehen werden können, gelang es trotzdem den Autoren dieser frühen Epoche nicht, einen eigentlichen, spezifisch juristischen Begriff der Rechtspersönlichkeit herauszuarbeiten. Der beginnenden Neuzeit war die Verselbständigung der Rechtswissenschaft zu einer völlig autonomen Disziplin noch kein Anliegen. Deshalb konnte von einem System selbständiger Rechtsbegriffe nicht die Rede sein; vielmehr spiegelte die juristische Begriffsbildung weitgehend das allgemein-philosophische Denken wieder. Dies war auch beim Begriff der Rechtspersönlichkeit der Fall, der meist nur die Übertragung des philosophischen Begriffes der freien Persönlichkeit auf die Sphäre der Rechts- und Staatsbeziehungen bedeutete. Die juristische Terminologie vermochte nicht darüber hinweg zu täuschen, daß die Naturrechtslehrer *mit keinem Wort den rechtlichen Charakter der behaupteten Staatspersönlichkeit* zu erweisen versuchten²⁸⁷. Nicht einmal der Begründung der juristischen Persönlichkeitsnatur des Staates schenkte man sonderlich Beachtung, wenn man von dem Hinweis im Sinne der Willenstheorie bei *Hobbes*, *Pufendorf* und *Leibniz* sowie von der Andeutung der Interessentheorie bei *Wolff* ab- sieht^{287a}.

Was den Erkenntniswert des *Begriffes der juristischen Persönlichkeit* in den

Staatslehren von *Althusius* (vgl. vorn § 6 bei A. 21), *Pufendorf* (vgl. vorn § 10 bei A. 126), *Schmalz* (vgl. vorn § 14 bei A. 221 ff.) und *Fries* (vgl. vorn § 14 bei A. 234) trat dies deutlich hervor. In dieser korporativen Staatskonstruktion des Naturrechts muß der Kern der liberalen Rechtsstaatsidee erblickt werden, die ja auch in späteren Zeiten durch die Vermittlung des Korporationsbegriffes oftmals mit dem Begriff der Staatspersönlichkeit in Verbindung trat (vgl. dazu hinten § 27 A. 54; § 32 bei A. 33 ff.).

²⁸⁶ Vgl. vorn § 5 bei A. 11, 17 ff.; zudem auch: *Gierke*, Privatrecht I 118; *Althusius* 297 f., 319; *Stahl* I 157 f. – Obwohl der Staatsbegriff in einen allgemeinen rechtlichen Rahmen gestellt wurde, darf nicht übersehen werden, daß die einzelnen Begriffe dieses Systems noch nicht als spezifisch juristische Fachbegriffe herausgearbeitet waren; solches galt insbesondere vom Begriff der Staatspersönlichkeit. *Kaufmann* weist darauf hin, daß die naturrechtliche Staatskonstruktion bedeutend mehr soziologische Elemente enthielt, als gemeinhin angenommen wird (Kritik 88 ff.). – Vgl. auch hinten bei A. 308.

^{286a} Vgl. vorn § 10 bei A. 126 f.

²⁸⁷ Zur Problematik der rechtlichen Natur des Staatspersönlichkeitsbegriffs im Naturrecht vgl. vorn § 5 bei A. 19 f. und hinten bei A. 308. – Erstaunlicherweise findet sich dieser Einwand in der breiten Literatur über die naturrechtliche Staatspersönlichkeitstheorie nirgends klar ausgedrückt. Statt dessen ist man vielfach rasch bereit, in jeder noch so allgemein gehaltenen Umschreibung des Naturrechts, die an das Staatspersönlichkeitsdogma anklingt, sogleich eine Bestätigung der modernen Lehre vom Staat als Rechtsperson zu erblicken.

^{287a} Vgl. dazu vorn § 8 bei A. 57 ff., 83; § 10 bei A. 130 f.; § 11 bei A. 147 f.; bzw. § 11 bei A. 155.

naturrechtlichen Lehren noch besonders beeinträchtigte, war seine oft recht *unklare und uneinheitliche Bedeutung*. Der Begriff der juristischen Person wurde nirgends entschieden gegenüber demjenigen des bloßen Rechtsverhältnisses herausgearbeitet. Dadurch erhielt die juristische Persönlichkeit und so auch die Rechtspersönlichkeit des Staates einen *fiktiven Charakter*²⁸⁸: eine Vielheit von Menschen, die im gegenseitigen Rechtsverhältnis standen, wurde rechtlich behandelt, wie wenn sie eine einheitliche Person vorstellte.

Vielfach bedeutete der Persönlichkeitsbegriff nur eine Formel für die Gesamtheit von Individuen²⁸⁹; eine Abgrenzung von Korporation und Sozietät fehlte meist²⁹⁰. Insbesondere mangelte eine folgerichtige Durchführung des Persönlichkeitsgedankens auf der Innenseite des Staates²⁹¹. Der Organbegriff im Sinne der heute herrschenden Persönlichkeitstheorie war noch nicht erarbeitet; trotz ihrer Zurechnung zur Staatsperson schrieb man die Staatsgewalt dem Herrscher oft ausdrücklich als eigenes Recht zu²⁹². Diese Unklarheiten lagen darin begründet, daß das Wesen der rechtlichen Zurechnung in dieser Zeit noch nicht erfaßt war.

Sodann führte die *Verbindung mit dem Gedanken des Gesellschaftsvertrags* zu Schwierigkeiten, indem die Konstruktion von Gesellschaftsvertrag und Staatspersönlichkeit oftmals diese beiden Begriffe in ein mehrdeutiges und widerspruchsvolles Verhältnis zueinander setzte. Erstens begründete der Staatsvertrag als Vereinigungsvertrag sowohl die Einheit des Zusammenschlusses zur Staatspersönlichkeit, wie auch später deren Aufspaltung in die – durch den Unterwerfungsvertrag unterschiedenen – innerstaatlichen öffent-

²⁸⁸ Vgl. die Zitate und Verweisungen vorn § 15 bei A. 254 f. Vgl. zudem *Jellinek*, Staatslehre 61; *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 299, 319; *Althusius* 173, 190; *Binder*, Problem 7.

²⁸⁹ Vgl. vorn § 6 bei A. 33; § 7 bei A. 43; § 9 bei A. 112, A. 121; § 10 bei A. 143, 145; § 11 bei A. 153; § 12 bei A. 169; § 13 bei A. 211 f.; § 15 bei A. 240 f. Vgl. auch *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 293 f., 411, 444; *Höhn*, Staatsbegriff 144, 203; *Rehm*, Staatslehre 260; *Waldecker*, Staatslehre 284 f.

²⁹⁰ So bei *Althusius* (vgl. vorn § 6 bei A. 30 ff.), *Grotius* (vgl. vorn § 7 bei A. 41 ff.), *Pufendorf* (vgl. vorn § 10 A. 143, bei A. 144 f.), *Thomasius* (vgl. vorn § 11 bei A. 151 ff.), *Wolff* (vgl. vorn § 11 bei A. 158 f.) und *Schmalz* (vgl. vorn § 14 A. 222). Vgl. auch vorn § 15 bei A. 242 ff. und *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 274, 341; *Rehm*, Geschichte 252. – Als Ausnahme stach *Leibniz* hervor, der eine Abgrenzung versuchte (vgl. vorn § 11 bei A. 148).

²⁹¹ Dies zeigte sich in der Staatspersönlichkeitskonstruktion von *Althusius* (vgl. vorn § 6 bei A. 29), *Grotius* (vgl. vorn § 7 bei A. 47 f.), *Locke* (vgl. vorn § 9 A. 112), *Pufendorf* (vgl. vorn § 10 bei A. 142 f.), *Thomasius* (vgl. vorn § 11 bei A. 152), *Wolff* (vgl. vorn § 11 bei A. 157), *Rousseau* (vgl. vorn § 12 bei A. 186 f.), *Kant* (vgl. vorn § 13 bei A. 213), *Schmalz* (vgl. vorn § 14 bei A. 228 f.) und *Fries* (vgl. vorn § 14 bei A. 235; vgl. auch § 15 bei A. 253. Vgl. dazu *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 449.

²⁹² So besonders *Hobbes* (vgl. vorn § 8 bei A. 82) und *Pufendorf* (vgl. vorn § 10 bei A. 137 ff.), aber in abgeschwächter Form auch *Wolff* (vgl. vorn § 11 A. 161). – Vgl. dazu *Rehm*, Geschichte 251; Staatslehre 232; *Bernatzik*, Person 301. – Die Naturrechtslehrer konnten meist die Einheit der Staatsgewalt nur in deren Zuschreibung zu einem einheitlichen Herrscher – sei dieser nun ein Einzeller, ein Kollegium oder das ganze Volk – erfassen; vgl. *Jellinek*, Staatslehre 551, 497.

lichen Persönlichkeiten²⁹³. Zweitens bedeutete – je nachdem ob die Betonung auf dem Vereinigungs- oder Unterwerfungselement des Staatsvertrages lag – die Staatsperson bald das Produkt²⁹⁴, bald die Voraussetzung²⁹⁵ des Vertrages mit dem Herrscher. Dem entsprach es, daß man unter der Verbandspersönlichkeit Staat gleichzeitig den Verband der Bürger als „societas aequalis“ und die Vereinigung von Herrscher und Volk zu einer „societas inaequalis“ verstehen wollte²⁹⁶. Das heißt, die Staatsperson sollte sowohl die einheitliche Volksgemeinschaft als Grundlage der staatlichen Ordnung, als auch die mit der Begründung der Herrschaft einander gegenübergestellten Parteien von Herrscher und Beherrschten in einem Höheren vereinigt vorstellen²⁹⁷. Dies verleitete dann die einen Autoren dazu, die Staatsperson nur im vereinigten Volk zu erblicken, die anderen hingegen, diese nur in dem das Volk zu einer Einheit bringenden Herrscher zu sehen. So spaltete sich die Persönlichkeitslehre schließlich in das Dogma der *Volkspersönlichkeit* und Volkssouveränität, wie es besonders von *Althusius*, *Grotius* und *Rousseau* verfochten wurde²⁹⁸, und das Dogma der *Herrscherpersönlichkeit* und Herrschersouveränität, das vor allem *Hobbes* und *Pufendorf* lehrten²⁹⁹. Beide Richtungen lagen hinter den scheinbar einheitlichen Begriffen der Staatspersönlichkeit und Staatssouveränität versteckt³⁰⁰. Oder die angeblich einheitliche Staatsperson wurde

²⁹³ Diese Funktion des Gesellschaftsvertrages sehen wir deutlich in der Staatskonstruktion von *Hobbes* (vgl. vorn § 8 bei A. 67 ff.) und *Schmalz* (vgl. vorn § 14 bei A. 225 ff.).

²⁹⁴ Vgl. vorn § 6 bei A. 23; § 7 bei A. 35 ff.; § 8 bei A. 67 ff.; § 11 bei A. 150, 155; § 12 bei A. 165; § 13 bei A. 195; § 14 bei A. 219, 226. Vgl. auch *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 452.

²⁹⁵ So vor allem in der Staatslehre von *Hobbes* (vgl. vorn § 8 bei A. 67 ff., 88); zum Teil aber auch in den Staatstheorien von *Pufendorf* (vgl. vorn § 10 bei A. 133 ff.), *Wolff* (vgl. vorn § 11 bei A. 160 ff.) und *Schmalz* (vgl. vorn § 14 bei A. 226 ff., nach A. 229). Vgl. auch *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 292, 458.

²⁹⁶ *Rehm*, Geschichte 251 f.; *Höhn*, Staatsbegriff 148.

²⁹⁷ So die Konstruktion von *Grotius* (vgl. vorn § 7 bei A. 47) und vor allem von *Hobbes* (vgl. vorn § 8 bei A. 67 ff., resp. bei A. 72 ff. und bei A. 87 f.), teilweise auch von *Pufendorf* (vgl. vorn § 10 bei A. 133 f., A. 136) und *Wolff* (vgl. vorn § 11 bei A. 155, 160 ff.). – Zuzufolge des individualistischen Ausgangspunktes erklärte das Naturrecht jeden Staat, welches auch seine Staatsform sei, korporativ (vgl. vorn bei A. 285). Diese korporative Staatskonstruktion ermöglichte nicht nur eine unherrschaftliche Begründung der Staatsherrschaft im autonomen Willen der Staatsglieder, sondern setzte damit auch bereits die Vorbedingungen jener modernen Ansicht, die den Staat sowohl mit der herrschaftlichen Organisation als auch mit dem Volke identifizierte (vgl. hinten § 35 A. 131). Vgl. zu dieser Bedeutung der korporativen Konstruktion besonders die Ausführungen von *Hobbes* (vorn § 8 ganz a. E.).

²⁹⁸ Vgl. zu *Althusius* vorn § 6 bei A. 27 f.; zu *Grotius* vorn § 7 bei A. 45 f. und zu *Rousseau* vorn § 12 bei A. 169, 171 ff.; auch *Kant* gehört zum Teil hieher (vgl. vorn § 13 bei A. 199 f.). – Vgl. dazu auch *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 290 ff., 320 ff., 451 ff.; *Bernatzik*, Person 187; *Jellinek*, Staatslehre 458 f.; *Dock* 136 ff.; *Waldecker*, Staatslehre 653 ff.

²⁹⁹ Vgl. zu *Hobbes* vorn § 8 bei A. 76 ff., 90 und zu *Pufendorf* vorn § 10 bei A. 132 ff.; auch *Thomasius* und *Wolff* sind hieher zu zählen (vgl. vorn § 11 A. 150, bei A. 161). – Vgl. auch vorn § 15 bei A. 257 und *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 304 ff., 323 ff., 466 ff.; *Dock* 138 ff.

³⁰⁰ *Gierke*, *Althusius* 356 384 f.

von den Anhängern der konstitutionellen Staatsidee in eine Vielheit von öffentlichen Personen aufgelöst, die sich in einem gewissen Gleichgewicht gegenüberstanden³⁰¹. Das Bedenkliche bei all diesen Konstruktionen war, daß sich hierin offenbarte, wie sehr neben dem theoretischen Gehalt, der das all-gemeingültige Wesen des Staates zu erfassen versuchte, der *Standpunkt praktisch-politischer Zweckmäßigkeit*³⁰² für diese Lehren von entscheidender Bedeutung war, wobei die beiden Betrachtungsarten unkritisch miteinander vermengt wurden.

Aus all diesen Mängeln darf aber nicht der Schluß gezogen werden, das Naturrecht der betrachteten Epoche habe die Persönlichkeit des Staates doch nicht eigentlich gekannt³⁰³. Denn die Persönlichkeitstheorie hat sich trotz ihrer seitherigen großen Entwicklung und konsequenteren Durchführung auch bis auf unsere Tage von mancher Bedingtheit nicht befreien können. Obwohl die damaligen Denker ohne Ausnahme im einen oder anderen Punkte dazu neigten, den Begriff der Staatspersönlichkeit letztlich zu relativieren oder gar aufzulösen, enthielten diese naturrechtlichen Lehren doch bereits einen beachtlichen Teil der auch heute unter dem Namen der Persönlichkeitstheorie zusammengefaßten Lehrsätze; vor allem ist zu verweisen auf die Anknüpfung der einheitlichen Staatsgewalt an die Staatsperson³⁰⁴, auf die These von der Kontinuität der staatlichen Rechtsbeziehungen trotz des Wechsels der Staatsglieder und des Herrschers³⁰⁵ und auf die Trennung von privater Rechts-

³⁰¹ So bei *Locke* (vgl. vorn § 9 A. 111 f.) und *Kant* (vgl. vorn § 13 bei A. 205 f.). Vgl. *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 458 ff., 474 f.; *Althusius* 199. Vgl. auch vorn § 15 bei A. 258.

³⁰² Das politische Argument fiel vor allem bei *Hobbes* (vgl. vorn § 8 bei A. 89), *Pufendorf* (vgl. vorn § 10 bei A. 141) und *Rousseau* (vgl. vorn § 12 nach A. 164), aber auch bei *Thomasius* und *Wolff* (vgl. vorn § 11 A. 154 f.) stark ins Gewicht. Eine besondere Stellung nahmen die politischen Ausführungen von *Locke* ein, denn sie bedienten sich weniger der juristischen Formulierungen (vgl. vorn § 9 bei A. 109 f., 124). – Vgl. zum politischen Gehalt der naturrechtlichen Staatspersönlichkeitstheorien: *Rehm*, Geschichte 255; *Jellinek*, Staatslehre 60; *Waldecker*, Staatslehre 233 f., 283, 286 f., 385; *Grasso* 96.

³⁰³ *Gierke* bestreitet, daß dem Naturrecht der Begriff einer echten Staatspersönlichkeit bekannt gewesen sei; denn die individualistische Denkweise des Naturrechts dieser Zeit habe die „lebendige Gesamtperson“ des Staates nicht erfassen können (Genossenschaftsrecht IV 307, 449; *Althusius* 356 ff.). Gerade umgekehrt ist die Argumentierung von *Höhn*, der ebenfalls dem Naturrecht die Kenntnis des Staatspersönlichkeitsbegriffes abspricht; die Staatsperson stelle die „Personifizierung des herrschaftlichen Machtapparates“ dar und bilde deshalb einen Gegensatz zu dem korporativen „Gesamtheitsgedanken“ des Naturrechts (Staatsbegriff 142 ff., 146, 190, 204; Wandlung 29; vgl. zu *Höhn* auch hinten § 21 A. 171 und § 41 bei A. 114 ff.). Auch *Heller* erklärt, das Naturrecht sei nicht zur „realen Staatspersönlichkeit“ gelangt (Hegel 104 f., 165). Derselben Ansicht ist *Bernatzik* (Republik 26).

³⁰⁴ Diese Zurechnung wurde besonders deutlich von *Althusius* (vgl. vorn § 6 bei A. 25 f.), *Grotius* (vgl. vorn § 7 bei A. 36 ff.), *Hobbes* (vgl. vorn § 8 bei A. 61 ff.) und *Locke* (vgl. vorn § 9 bei A. 105) ausgesprochen. – Vgl. dazu auch *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 287.

³⁰⁵ Dies wurde vor allem hervorgehoben von *Althusius* (vgl. vorn § 6 A. 21), *Grotius* (vgl. vorn § 7 bei A. 40), *Locke* (vgl. vorn § 9 bei A. 103), *Pufendorf* (vgl. vorn § 10 bei A. 128) und *Leibniz* (vgl. vorn § 11 A. 146). Hingegen lehnte *Rousseau*

subjektivität und öffentlicher Vertretungsmacht des Fürsten³⁰⁶. Besonders aber im Vermögensrecht fand der Gedanke der Staatspersönlichkeit eine klare Durchführung³⁰⁷.

Der dogmengeschichtlichen Frage, in welchem Maße das Naturrecht des 16.–18. Jahrhunderts den Staatspersönlichkeitsbegriff gekannt habe, wird also notwendigerweise eine differenzierte Antwort zuteil. Die zeitbedingte Eigengesetzlichkeit des naturrechtlichen Denkens muß stets im Auge behalten werden. Es ist deshalb darauf zu achten, daß man nicht in den Fehler verfällt, den naturrechtlichen Begriff der Staatspersönlichkeit an den Formulierungen der Staatslehre des 19. und 20. Jahrhunderts zu messen. Man tut den Staatstheorien der beginnenden Neuzeit Gewalt an, wenn man alle Konstruktionen des modernen Staatspersönlichkeitsdogmas in sie hineininterpretiert. Dies gilt vor allem in Hinblick darauf, daß das Naturrecht des 16.–18. Jahrhunderts mit der Umschreibung des Staates als Person nicht einen rechtstechnisch ausgefeilten Begriff mit scharf abgegrenzten Konsequenzen aufstellen wollte; die saubere Aussonderung der verschiedenen Disziplinen der Geisteswissenschaft und damit die Autonomie der Rechtsbegriffe konnten dieser Zeit noch nicht als entscheidende methodische Forderungen erscheinen³⁰⁸. Ebenso verfehlt ist es aber auch, wenn man um dieser zwar beachtlichen Unterschiede willen die großen Entwicklungslinien in den Staatstheorien der Neuzeit übersehen und die Begründung der zentralen Thesen des Staatspersönlichkeitsdogmas durch das Naturrecht des 16.–18. Jahrhunderts in Abrede stellen wollte.

Eines allerdings verdient einschränkend festgehalten zu werden: von einem einheitlichen Staatspersönlichkeitsbegriff konnte bei den verschiedenen Naturrechtslehrern bei weitem nicht die Rede sein. Mit dem „Begriff“ der Staatsperson pflegte man – wie aufzuzeigen versucht worden ist – recht verschiedenartige Vorstellungen zu verbinden, wie dieser Begriff ja auch in den Dienst völlig gegensätzlicher politischer Zwecke gestellt wurde. Es wäre also entschieden falsch, wollte man in der Behandlung des Staates als Person bei den Naturrechtlern des 16.–18. Jahrhunderts ein einheitliches Dogma sehen.

die Annahme staatlicher Kontinuität ab (vgl. vorn § 12 bei A. 170). – Vgl. dazu auch *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 239, 411, 483 f.

³⁰⁶ So z. B. *Grotius*, *De iure belli ac pacis libri tres* l. 2 c. 14 §§ 1 f. (S. 230 f.). – Vgl. auch *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 484 f.

³⁰⁷ Vgl. vorn § 14 bei A. 263 und *Gierke*, Genossenschaftsrecht IV 487 f. – Es ist allerdings auf *Horn* zu verweisen, der auch im Bereich des Vermögensrechts die Staatspersönlichkeit ablehnte (vgl. vorn § 16 bei A. 265).

³⁰⁸ Daß sich das Naturrecht bei der Konstruktion der Staatspersönlichkeit nicht stark um die Gewinnung eines reinen Rechtsbegriffes bemühte, zeigte sich vor allem in den Lehren von *Locke* (vgl. vorn § 9 bei A. 111, 123 f.), *Pufendorf* (vgl. vorn § 10 A. 141, 144), *Thomasius* (vgl. vorn § 11 A. 149) und *Rousseau* (vgl. vorn § 12 bei A. 170). Vgl. auch vorn § 5 bei A. 20 und § 18 bei A. 286 f. Nur bei *Leibniz* (vgl. vorn § 11 A. 148) und *Fries* (vgl. vorn § 14 bei A. 238) finden sich Ansätze zur Verselbständigung der rechtlichen Begriffsbildung.

Abkürzungsverzeichnis

Die Abkürzungen der Titel der zitierten Veröffentlichungen
sind im Literaturverzeichnis erklärt.

A.	=	Anmerkung
a. A.	=	am Anfang
Abh.	=	Abhandlung
a. E.	=	am Ende
Aegidis Z.	=	Zeitschrift für deutsches Staatsrecht und deutsche Verfassungsgeschichte, hrsg. v. Aegidi, 1867
al.	=	alinea, alinéa
Ann.d.Phil.	=	Annalen der Philosophie und philosophischen Kritik, 1919 ff.
Ann.D.R.	=	Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik, 1871 ff.
Arch.bürgerl.R.	=	Archiv für bürgerliches Recht, 1889 ff.
Arch.civ.P.	=	Archiv für civilistische Praxis, 1818 ff.
Arch.ö.R.	=	Archiv für öffentliches Recht, 1886 ff.
Arch.R.W.Phil., Arch.R.Soz.Phil.	=	Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, 1907 ff.; seit Bd. 27 (1933/34) unter dem Titel: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	=	Artikel
b.	=	book
Beitr.z.ausl.ö.R.u. Völker.R.	=	Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, 1927 ff.
c., cap.	=	caput
ch.	=	chapitre, chapter
D.ö.R.d.Gegenwart	=	Das öffentliche Recht der Gegenwart, 1907 ff.
dt.	=	deutsch
Grünhuts Z.	=	Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart, hrsg. v. Grünhut, 1874 ff.
H.	=	Heft
H.B.	=	Handbuch
H.B.ö.R.	=	Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart in Monographien, 1884 ff.
Jb.ö.R.	=	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, 1907 ff.
Jherings Jb.	=	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts, 1857 ff.
Int.Z.f.Th.d.R.	=	Internationale Zeitschrift für Theorie des Rechts, Revue internationale de la théorie du droit, 1926 ff.
Kant-Studien	=	Kant-Studien, Philosophische Zeitschrift, 1897 ff.

l.	= liber, livre
Logos	= Logos, Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur, 1910 ff.
Oe.Z.ö.R.	= Oesterreichische Zeitschrift für öffentliches Recht, 1914 ff., N.F. 1946 ff.
Phil.	= Philosophie
Revue du droit public	= Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger, 1894 ff.
R.Wiss.	= Rechtswissenschaft
S.	= Seite
Schmollers Jb.	= Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im deutschen Reich, 1877 ff.
Sp.	= Spalte
St.Wiss.	= Staatswissenschaft
Syst.H.B.d.Dt.R.Wiss.	= Systematisches Handbuch der Deutschen Rechtswissenschaft, begründet von Binding
Z.f.V.R.(u.B.St.R.)	= Zeitschrift für Völkerrecht (und Bundesstaatsrecht), 1907 ff.
Z.ges.H.R.	= Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, 1858 ff.
Z.ges.St.W.	= Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1844 ff.
Z.ö.R.	= Zeitschrift für öffentliches Recht, 1919 ff.
Z.R.G.	= Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, 1880 ff.
Z.S.R.	= Zeitschrift für Schweizerisches Recht, N.F. 1882 ff.
Zus.	= Zusatz

Verweisungen mit der Formel „bei A.“ (z. B.: „vgl. vorn § 35 bei A. 95 ff.“) beziehen sich auf die Ausführungen in Text und Anmerkungen, Verweisungen mit der Formel „A.“ (z. B.: „vgl. vorn § 35 A. 97“) nur auf die betreffenden Anmerkungen.

Literaturverzeichnis

Wird von einem Autor nur eine Veröffentlichung berücksichtigt, so ist diese nur mit dem Verfasseramen zitiert. Werden mehrere Werke des gleichen Autors benutzt, so tritt bei der Zitation noch das den Titel abkürzende und im folgenden Verzeichnis kursiv gesetzte Wort dazu. Weitere Literaturangaben finden sich in den Anmerkungen.

Adamovich, Ludwig: Handbuch des österreichischen Verwaltungsrechts (Rechts- und Staatswissenschaften hrsg. v. Adamovich, Verdross, Wolff Bd. 7), 5. Aufl. Wien 1953/54 2 Bde.

Affolter, Albert: Der *Rechtssatz* und seine Geltung, in: Grünhuts Z. Bd. 18 (1891) S. 719 ff.

—, —: Der Deutsch-Schweizerische *Niederlassungsvertrag*, Zugleich ein Beitrag zur Lehre von den Staatsverträgen, in: Arch.ö.R. Bd. 6 (1891) S. 378 ff.

—, —: Grundzüge des allgemeinen *Staatsrechts*, Stuttgart 1892.

—, —: Studien zum *Staatsbegriffe*, in: Arch.ö.R. Bd. 17 (1902) S. 93 ff.

—, —: *Staat und Recht*, Versuch über allgemeines Staatsrecht, in: Ann.D.R. Jhg. 36 (1903) S. 51 ff., 113 ff., 161 ff., 811 ff.

—, —: Zur Lehre von der *Persönlichkeit* des Staates, in: Arch.ö.R. Bd. 20 (1906) S. 374 ff.

—, —: *Rechtsbegriffe* und Wirklichkeit, in: Arch.ö.R. Bd. 21 (1907) S. 410 ff.

—, —: Zur *Normentheorie*, in: Arch.ö.R. Bd. 23 (1908) S. 361 ff.

—, —: Die *Verbandsgewalt*, in: Ann.D.R. Jhg. 44 (1911) S. 126 ff.

—, —: Das *ethische Recht* und der Staat, Stuttgart 1928.

Ahrens, Heinrich: Naturrecht oder Philosophie des Rechts und des Staates, 6. Aufl. Wien 1870/71 2 Bde.

Albrecht, Wilhelm Eduard: Rezension von R. Maurenbrechers „Grundsätzen des heutigen Deutschen Staatsrechts“, in: Göttingische Gelehrte Anzeigen Jhg. 1837 Bd. III S. 1489 ff., 1508 ff.

Allen, John William: A history of political thought in the sixteenth century, 3. Aufl. London 1951.

Althusius, Johannes: *Politica methodice digesta*, reprinted from the third edition of 1614, augmented by the preface of 1603 (Harvard Political Classics vol. II), Cambridge 1932.

—, —: *Dicaeologicae libri tres*, Francofurti 1618.

Ancillon, Friedrich: Über *Souveränität* und Staatsverfassungen, 2. Aufl. Berlin 1816.

—, —: Über den *Geist* der Staatsverfassungen und dessen Einfluß auf die Gesetzgebung, Berlin 1825.

Anschütz, Gerhard: *Deutsches Staatsrecht*, in: Holtzendorff-Kohlers Enzyklopädie der Rechtswissenschaft Bd. 4 (7. Aufl. München/Leipzig/Berlin 1914) S. 1 ff.

Anson, William R.: The law and custom of the constitution, 3./4. Aufl. Oxford 1907 ff. 3 Bde.

- Antoniolli, Walter: Allgemeines Verwaltungsrecht, Wien 1954.
- Atger, Frédéric: Essai sur l'histoire des doctrines du contrat social, Paris 1906.
- Bähr, Otto: Der Rechtsstaat, Cassel/Göttingen 1864.
- Bagehot, Walter: The English constitution, 25. Aufl. London 1929.
- Barthélemy, Joseph: *Essai d'une théorie des droits subjectifs des administrés dans le droit administratif français*, Thèse Paris 1899.
- , —: *Précis de droit constitutionnel*, 4. Aufl. Paris 1938.
- Barthélemy, Joseph / Duez, Paul: *Traité de droit constitutionnel*, 2. Aufl. Paris 1933.
- Bartolomei, Alfredo: Diritto pubblico e teoria della conoscenza, in: *Annali della Facoltà di Giurisprudenza, Università degli Studi in Perugia, Serie III Bd. 1* (1903) S. 91 ff., 169 ff.
- Battaglia, Felice: Il domma della personalità giuridica dello Stato (Pubblicazioni straordinarie della R. Accademia delle Scienze, Bologna N. 7), Bologna 1942.
- Battino, Raffaello: Les doctrines juridiques contemporaines en Italie (Bibliothèque internationale de philosophie du droit N. 4), Paris 1939.
- Behrend, Franz Hermann: Die Stiftungen nach deutschem bürgerlichem Recht, Eine civilrechtliche Monographie, 1. Teil Marburg 1904
- Beling, Ernst: Das *Rechtsordnungsobjekt*, in: *Arch.R.W.Phil.* Bd. 20 (1926/27) S. 56 ff.
- von Below, Georg: Der deutsche Staat des Mittelalters, Eine Grundlegung der deutschen Verfassungsgeschichte, 1. Bd.: Die allgemeinen Fragen, 2. Aufl. Leipzig 1925.
- Bernatzik, Edmund: Kritische Studien über den Begriff der juristischen *Person* und über die juristische Persönlichkeit der Behörden insbesondere, in: *Arch.ö.R.* Bd. 5 (1890) S. 169 ff.
- , —: *Republik und Monarchie*, Freiburg i. B. 1892.
- Berolzheimer, Fritz: *Rechtsphilosophische Studien*, München 1903.
- , —: *System der Rechts- und Wirtschaftsphilosophie*, München 1904 ff. 5 Bde.
- Berthélemy, Henri: *Traité élémentaire de droit administratif*, 13. Aufl. Paris 1933.
- , —: *Préface zu Otto Mayer, Le droit administratif allemand*, Bd. 1 (Paris 1903) S. I ff.
- , —: De l'exercice de la *souveraineté* par l'autorité administrative, in: *Revue du droit public* Tome 21 (XI^e année) (1904) S. 209 ff.
- , —: Le *fondement* de l'autorité politique, in: *Revue du droit public* Tome 32 (XXII^e année) (1915) S. 663 ff.
- , —: Le fondement de l'autorité politique, *Lettre*, Brief an Maurice Hauriou als Entgegnung, in: *Revue du droit public* Tome 33 (XXIII^e année) (1916) S. 21 ff.
- , —: *Défense* de quelques vieux principes, in: *Mélanges Maurice Hauriou* (Paris 1929) S. 809 ff.
- Bierling, Ernst Rudolf: Zur Kritik der juristischen *Grundbegriffe*, Gotha 1877/83 2 Bde.
- , —: *Juristische Prinzipienlehre*, Freiburg i. B./Leipzig/Tübingen 1894 ff. 5 Bde.
- de la Bigne de Villeneuve, Marcel: *Traité général de l'Etat*, Paris 1929/31 2 Bde.
- Binder, Julius: Das *Problem* der juristischen Persönlichkeit, Leipzig 1907.
- , —: *Philosophie des Rechts*, Berlin 1925.
- , —: Das System der Rechtsphilosophie *Hegels*, in: *Binder/Busse/Larenz, Einführung in Hegels Rechtsphilosophie* (Berlin 1931) S. 56 ff.
- , —: *Der deutsche Volksstaat* (Recht und Staat H. 110), Tübingen 1934.
- Binder, Julius / Busse, Martin / Larenz, Karl: *Einführung in Hegels Rechtsphilosophie*, Berlin 1931.
- Binding, Karl: Die Normen und ihre Übertretung, 1.—3. Aufl. Leipzig 1914 ff. 4 Bde.

- Biscaretti di Ruffia, Paolo: Diritto costituzionale (Lo Stato democratico moderno), 2. Aufl. Napoli 1949/50 2 Bde.
- Bischof, Hermann: Allgemeine Staatslehre, Gießen 1860/70 2 Lieferungen.
- Bluntschli, Johann Caspar: Psychologische Studien über Staat und Kirche, Zürich/Frauenfeld 1844.
- , —: *Deutsche Staatslehre* und die heutige Staatenwelt, Ein Grundriß mit vorzüglicher Rücksicht auf die Verfassung von Deutschland und Oesterreich-Ungarn, 2. Aufl. Nördlingen 1880.
- , —: *Geschichte* der neueren Staatswissenschaft, Allgemeines Staatsrecht und Politik seit dem 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart (Geschichte der Wissenschaften in Deutschland, Neuere Zeit 1. Bd.), 3. Aufl. München/Leipzig 1881.
- , —: *Lehre* vom modernen Staate, 6. Aufl. Stuttgart 1885/86 Bd. 1 u. 2.
- Bodin, Jean: Les six livres de la *République*, Lyon 1580.
- , —: *De republica libri sex*, editio tertia Francofurti 1594.
- Böhlau, Hugo: Zur Lehre von den sog. juristischen Personen, Kritisches und Positives, in: Arch.civ.P. Bd. 56 (1873) S. 351 ff.
- Boistel, Alphonse: Conception des personnes morales, in: Congrès int. de Philosophie 2^{me} session 1904 (Genève 1905) S. 185 ff.
- Bonnard, Roger: La *conception* juridique de l'Etat, in: Revue du droit public, Tome 39 (XXIX^e année) (1922) S. 5 ff.
- , —: Le *contrôle* juridictionnel de l'administration, Etude de droit administratif comparé (Bibliothèque de l'Institut International de Droit Public VI), Paris 1934.
- Bonnecase, Julien: *Science* du droit et romantisme, Le conflit des conceptions juridiques en France de 1880 à l'heure actuelle, Paris 1928.
- , —: La *notion* de droit en France au XIX^e siècle, Contribution à l'étude de la philosophie du droit contemporaine, Paris 1919.
- , —: La *pensée* juridique française de 1804 à l'heure présente, ses variations et ses traits essentiels, Bordeaux 1933 2 Bde.
- Borel, Eugène: Etude sur la souveraineté et l'Etat fédératif, Thèse Berne 1886.
- Bornhak, Conrad: *Preussisches Staatsrecht*, Freiburg i. B. 1888 ff. 3 Bde.
- , —: Allgemeine *Staatslehre*, 2. Aufl. Berlin 1909.
- , —: *Grundriß* des deutschen Staatsrechts, 3. Aufl. Leipzig 1912.
- Bossuet, Jacques-Bénigne: Sermon sur les *devoirs des rois*, in: Oeuvres complètes hrsg. v. Abbé Guillaume Bd. 6 (Lyon 1877) S. 458 ff.
- , —: *Politique* tirée des propres paroles de l'Ecriture sainte, in: Oeuvres complètes hrsg. v. Abbé Guillaume Bd. 8 (Lyon 1877) S. 338 ff.
- Bowle, John: Western political thought, An historical introduction from the origins to Rousseau, 3. Aufl. London 1949.
- Brie, Siegfried: Theorie der Staatenverbindung, Stuttgart 1886.
- Brinz, Alois: Lehrbuch der Pandekten, 2. Aufl. Erlangen 1873 ff. 4 Bde.
- Brunner, Otto: Land und Herrschaft, Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Südostdeutschlands im Mittelalter, Brünn/München/Wien 1942.
- Burckhardt, Walther: Der *Vertrag* im Privatrecht und im öffentlichen Recht, in: Festgabe zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens dem Schweiz. Bundesgerichte dargebracht von der Juristischen Fakultät der Universität Bern (Bern 1924) S. 1 ff.
- , —: L'Etat et le droit, in: Z.S.R. N.F. Bd. 50 (1931) S. 137 a ff.
- , —: *Methode* und System des Rechts, Zürich 1936.
- , —: *Einführung* in die Rechtswissenschaft, Zürich 1939.
- , —: Die *Organisation* der Rechtsgemeinschaft, Untersuchungen über die Eigenart des Privatrechts, des Staatsrechts und des Völkerrechts, 2. Aufl. Zürich 1944.
- Burdeau, Georges: *Traité* de science politique, Paris 1949 ff. 7 Bde.

- Burgess, John W.: Political science and comparative constitutional law, Boston/London 1902 2 Bde.
- Busolt, Georg: Griechische Staatskunde (Handbuch der Altertumswissenschaft 4. Abt. 1. Teil 1. Bd.), 3. Aufl. München 1920/26 2 Bde.
- Busse, Martin: Das Thema der Rechtsphilosophie Hegels, in: Binder/Busse/Larenz, Einführung in Hegels Rechtsphilosophie (Berlin 1931) S. 30 ff.
- Cairns, Huntington: Legal philosophy from Plato to Hegel, Baltimore 1949.
- Capitant, René: L'illicite, Bd. 1: L'impératif juridique, Paris 1929.
- Carlyle, Robert Warrand / Carlyle, Alexander James: A history of the mediaeval political theory in the west, 2.—4. Aufl. Edinburgh/London 1950 6 Bde.
- Carré de Malberg, Raymond: Contribution à la théorie générale de l'Etat spécialement d'après les données fournies par le droit constitutionnel français, Paris 1920/22 2 Bde.
- , —: Confrontation de la théorie de la *formation* du droit par degrés avec les idées et les institutions consacrées par le droit français relativement à sa formation, Paris 1933.
- Cassirer, Erich: Natur- und Völkerrecht im Lichte der Geschichte und der systematischen Philosophie, Berlin 1919.
- Catlin, George: A history of the political philosophers, London 1950.
- Cereti, Carlo: Corso di diritto costituzionale italiano, 3. Aufl. Torino 1953.
- Church, William Farr: Constitutional thought in sixteenth-century France, A study in the evolution of ideas (Harvard Historical Studies Bd. 47), Cambridge 1941.
- Cicero, M. Tullius: *De officiis*, hrsg. v. C. Atzert (Bibliotheca Teubneriana), Leipzig 1949.
- , —: *De re publica* librorum sex quae manserunt, hrsg. v. K. Ziegler (Bibliotheca Teubneriana), Leipzig 1955.
- Combotheca, Xénocrate S.: La conception juridique de l'Etat, Paris 1899.
- , —: La conception juridique des régimes étatiques, Paris 1912.
- Crosa, Emilio: Diritto costituzionale, Torino 1937.
- Dabin, Jean: Théorie générale du droit, Bruxelles 1944.
- Nuovo Digesto Italiano, a cura di Mariano d'Amelio con la collaborazione di Antonio Azara, Torino 1937 ff. 13 Bde.
- Dock, Adolf: Der Souveränitätsbegriff von Bodin bis zu Friedrich dem Großen, Diss. Straßburg 1897.
- Duguit, Léon: Etudes de droit public: I. L'Etat, le droit objectif et la loi positive, II. L'Etat, les gouvernants et les agents, Paris 1901/03 2 Bde.
- , —: Le droit social, le droit individuel et la transformation de l'Etat (Bibliothèque de philosophie contemporaine), 1. Aufl. Paris 1908.
- , —: *Traité* de droit constitutionnel, Paris, 1. Aufl. 1911 2 Bde., 2. Aufl. 1921 ff. 5 Bde., 3. Aufl. 1927 ff. nur die ersten 3 Bde.
- , —: *Manuel* de droit constitutionnel, Théorie générale de l'Etat, le droit et l'Etat, les libertés publiques, l'organisation politique de la France, 3. Aufl. Paris 1918.
- , —: La doctrine allemande de l'*auto-limitation* de l'Etat, in: Revue du droit public Tome 36 (XXVI^e année) (1919) S. 161 ff.
- , —: Les *transformations* du droit public (Bibliothèque du mouvement social contemporain), 3. Aufl. Paris 1925.
- , —: *Leçons* de droit public général, Paris 1926.

- Duguit, Léon: Les doctrines juridiques objectivistes, in: Revue du droit public Tome 44 (XXXIV^e année) (1927) S. 537 ff. (zit.: *Doctrines jur. obj.*).
- Dunning, William Archibald: A history of political theories, New York/London 1920 ff. 3 Bde.
- Ebenstein, William: Die rechtsphilosophische Schule der reinen Rechtslehre (Rechts- u. staatswissenschaftliche Studien hrsg. v. F. Weyr und H. Kelsen Bd. 1), Prag 1938.
- Ebers, Godehard Josef: Art. „Staat“, in: Staatslexikon 5. Aufl. Bd. 4 (Freiburg i. B. 1931) Sp. 1803 ff.
- Egger, August: Über die *Rechtsethik* des schweizerischen Zivilgesetzbuches, 2. Aufl. Zürich 1950.
- Ehrenberg, Victor: Der Staat der Griechen, 1. Teil: Der hellenische Staat, Leipzig 1957.
- Eisler, Rudolf: Philosophen-Lexikon, Leben, Werke und Lehren der Denker, Berlin 1912.
- Encyclopédie Française, hrsg. v. Lucien Febvre, Bd. 10: L'Etat moderne, Aménagement, crise, transformations, Paris 1935.
- Enzyklopädie der Rechtswissenschaft in systematischer Bearbeitung, hrsg. v. F. von Holtzendorff und J. Kohler, 7. Aufl. München/Leipzig/Berlin 1913 ff. 5 Bde.
- Esmein, Adhémar: Eléments de droit constitutionnel français et comparé, 8. Aufl. hrsg. v. Henry Nézard, Paris 1927/28 2 Bde.
- Fehr, Hans: Die Staatsauffassung Eikes von Reggau, in: Z.R.G. Germ. Abt. Bd. 37 (1916) S. 131 ff.
- Ferrara, Francesco: Teoria delle persone giuridiche (Il diritto civile italiano, hrsg. v. P. Fiore, 2. Teil), 2. Aufl. Napoli/Torino 1923.
- Ferraris, Carlo F.: Diritto amministrativo, Padova 1922/23 2 Bde.
- Fichte, Johann Gottlieb: Grundlage des Naturrechts nach Principien der Wissenschaftslehre, in: Sämtliche Werke hrsg. v. J. H. Fichte Bd. 3 (Berlin 1845) S. 1 ff.
- Finer, Herman: Theory and practice of modern government, revised edition New York 1949.
- Fischer, Kuno: Geschichte der neuern Philosophie, 2.—6. Aufl. Heidelberg 1910 ff. 11 Bde.
- Fleiner, Fritz: *Institutionen* des deutschen Verwaltungsrechts, 8. Aufl. Neudruck Zürich 1939.
- Forsthoff, Ernst: Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 1. Bd.: Allgemeiner Teil, 6. Aufl. München 1956.
- Fowler, Thomas: Locke (English Men of Letters, hrsg. v. J. Morley), London 1880.
- de Francesco, Giuseppe Menotti: *Persona giuridica*, in: Nuovo Digesto Italiano Bd. IX (Torino 1939) Sp. 932 r ff.
- , —: *Persona di diritto pubblico*, in: Nuovo Digesto Italiano Bd. IX (Torino 1939) Sp. 926 l ff.
- Fricker, Julius: Die Persönlichkeit des Staates, in: Z.ges.St.W. Bd. 25 (1869) S. 29 ff.
- Friedmann, Wolfgang: Legal theory, 3. Aufl. London 1953.
- (Friedrich II. von Preußen) Anti-Machiavel ou essai de critique sur le prince de Machiavel, publié par Mr. de Voltaire, La Haye 1740.
- Fries, Jakob Friedrich: Philosophische Rechtslehre und Kritik aller positiven Gesetzgebung mit Beleuchtung der gewöhnlichen Fehler in der Bearbeitung des Naturrechts, (1803) Neuausgabe Leipzig 1914.

- Gény, François: *Méthode d'interprétation et sources en droit privé positif*, Essai critique, 2. Aufl. Neudruck Paris 1954 2 Bde.
- , —: *Science et technique en droit privé positif*, Nouvelle contribution à la critique de la méthode juridique, Neudruck Paris 1957 4 Bde.
- von Gerber, Carl Friedrich: *Über öffentliche Rechte*, (1852) Neudruck Tübingen 1913.
- , —: *Grundzüge des deutschen Staatsrechts*, Leipzig, 1. Aufl. 1865, 3. Aufl. 1880. (Wenn nichts besonderes vermerkt ist, gilt die 3. Aufl.).
- Giacometti, Zaccaria: *Die Verfassungsgerichtsbarkeit des Schweizerischen Bundesgerichtes*, Die staatsrechtliche Beschwerde, Zürich 1933.
- , —: *Das Staatsrecht der Schweizerischen Kantone*, Zürich 1941
- , —: *Schweizerisches Bundesstaatsrecht*, Neubearbeitung der ersten Hälfte des gleichnamigen Werkes von F. Fleiner, Zürich 1949.
- von Gierke, Otto: *Das deutsche Genossenschaftsrecht*, Berlin 1868 ff. 4 Bde.
- , —: *Die Grundbegriffe des Staatsrechts und die neuesten Staatsrechtstheorien*, in: Z.ges.St.W. Bd. 30 (1874) S. 153 ff., 265 ff.
- , —: *Labands Staatsrecht und die deutsche Rechtswissenschaft*, in: Schmollers Jb. Bd. 7 (1883) S. 1097 ff.
- , —: *Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung*, Berlin 1887.
- , —: *Deutsches Privatrecht* (Syst. H.B.d.Dt.R.Wiss. Abt. II T. 3), München/Leipzig 1895 ff. 3 Bde.
- , —: *Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien* (Mittelalter und Neuzeit), 3. Aufl. Breslau 1913.
- , —: *Rezension von P. Sander „Feudalstaat und bürgerliche Verfassung“*, in: Z.R.G. Germ. Abt. Bd. 28 (1907) S. 612 ff.
- , —: *Über die Geschichte des Majoritätsprinzips*, in: Schmollers Jb. Bd. 39 (1915) S. 565 ff.
- , —: *Das Wesen der menschlichen Verbände*, Leipzig 1902.
- Gönnér, Nicolaus Thaddäus: *Teutsches Staatsrecht*, Landshut 1804.
- Goldschmidt, Hans W.: *English law from the foreign standpoint*, London 1937.
- Gough, John Wiedhofft: *John Locke's political philosophy, Eight studies*, Oxford 1950.
- Grasso, Giacomo: *I presupposti giuridici del diritto costituzionale e il rapporto fra lo Stato e il cittadino*, Genova 1898.
- Grosch, Georg: *Der Staat und seine Aufgabe*, in: Arch.ö.R. Bd. 25 (1909) S. 407 ff.
- , —: *Der Staat als Kontrahent*, in: Jb.ö.R. Bd. 5 (1911) S. 267 ff.
- , —: *Juristische Personen*, insbesondere der Staat als juristische Person, in: Ann.D.R. Jhg. 44 (1911) S. 434 ff., 505 ff.
- , —: *Organshaft und Stellvertretung*, in: Schmollers Jb. Bd. 39 (1915) S. 143 ff.
- Grotius, Hugo: *De iure belli ac pacis libri tres in quibus ius naturae et gentium, item iuris publici praecipua explicantur*, 2. Aufl. Amsterdam 1631.
- Gumpowicz, Ludwig: *Rechtsstaat und Socialismus*, Innsbruck 1881.
- , —: *Verwaltungslehre mit besonderer Berücksichtigung des österreichischen Verwaltungsrechts*, Innsbruck 1882.
- , —: *Die soziologische Staatsidee*, Graz 1892.
- , —: *Allgemeines Staatsrecht*, 3. Aufl. Innsbruck 1907.
- , —: *Grundriß der Soziologie*, 3. Aufl. (Ausgewählte Werke Bd. 2), Innsbruck 1926.
- , —: *Geschichte der Staatstheorien*, 2. Aufl. (Ausgewählte Werke Bd. 1), Innsbruck 1926.
- , —: *Soziologische Essays*, Soziologie und Politik (Ausgewählte Werke Bd. 4), Innsbruck 1928.

- Häberlin, Carl Friedrich: Handbuch des Teutschen Staatsrechts nach dem System des Herrn Geheimen Justizrat Pütter, Zum gemeinnützigen Gebrauch der gebildeten Stände in Teutschland, mit Rücksicht auf die neuesten merkwürdigsten Ereignisse, 2. Aufl. Berlin 1797 3 Bde.
- Haenel, Albert: *Studien zum deutschen Staatsrechte*, Leipzig 1873 ff. 2 Bde.
- , —: Zur *Revision* der Methode und Grundbegriffe des Staatsrechts, in Arch.ö.R. Bd. 5 (1890) S. 457 ff.
- , —: *Deutsches Staatsrecht* (Syst.H.B.d.Dt.R.Wiss. Abt. V T. 1), 1. Bd. Leipzig 1892.
- Haff, Karl: *Grundlagen einer Körperschaftslehre*, 1. Teil: Gesetze der Willensbildung bei Genossenschaft und Staat, Leipzig 1915.
- , —: *Institutionen der Persönlichkeitslehre und des Körperschaftsrechts*, Zugleich ein Lehrbuch zum Personenrecht des BGB und des schweizerischen ZGB, Zürich 1918.
- Hafter, Ernst: Die Delikts- und Straffähigkeit der Personenverbände, Berlin 1903.
- Handbuch der Politik, hrsg. v. G. Anschütz, F. Berolzheimer u. a., 3. Aufl. Berlin/Leipzig 1920 ff. 5 Bde. (zit.: *H.B.d.Pol.*).
- Handbuch des Deutschen Staatsrechts, hrsg. v. G. Anschütz und R. Thoma, Tübingen 1930/32 2 Bde. (zit.: *H.B.d.Dt.St.R.*).
- Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, hrsg. v. F. Stier-Somlo und A. Elster, Berlin/Leipzig 1926 ff. 8 Bde. (zit.: *H.W.B.d.R.Wiss.*).
- Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl. hrsg. v. J. Conrad, L. Elster, W. Lexis, E. Loening, Jena 1909 ff. 8 Bde.; 4. Aufl. hrsg. v. L. Elster, A. Weber, F. Wieser, Jena 1923 ff. 9 Bde. (zit.: *H.W.B.d.St.Wiss.*).
- Politisches Handwörterbuch, hrsg. v. K. Jagow und P. Herre, Leipzig 1923 2 Bde. (zit.: *Pol.H.W.B.*).
- Hatschek, Julius: *Englisches Staatsrecht* mit Berücksichtigung der für Schottland und Irland geltenden Sonderheiten (H.B.ö.R. IV, II/4), Tübingen 1905/06 2 Bde.
- , —: Das Staatsrecht des vereinigten Königreichs Großbritannien-Irland (D.ö.R. d.Gegenwart Bd. 25), Tübingen 1914.
- Hauriou, Maurice: *Précis de droit administratif et de droit public*, Paris, 3. Aufl. 1897, 4. Aufl. 1901, 6. Aufl. 1907, 8. Aufl. 1914, 9. Aufl. 1919, 10. Aufl. 1921, 11. Aufl. 1927 (zit.: *Droit adm.*).
- , —: *Leçons sur le mouvement social*, Paris 1899.
- , —: *Principes de droit public*, Paris 1910.
- , —: *Le fondement de l'autorité politique*, zwei Briefe an H. Berthélemy, in: *Revue du droit public* Tome 33 (XXIII^e année) (1916) S. 20 f., 24 f.
- , —: *Précis de droit constitutionnel*, Paris, 1. Aufl. 1923, 2. Aufl. 1929 (zit. *Précis d.dr.const.* Wenn nichts besonderes vermerkt ist, gilt die 2. Aufl.).
- , —: *Précis élémentaire de droit constitutionnel*, Paris 1925 (zit. *Précis él. d.dr.const.*).
- , —: *La théorie de l'institution et de la fondation* (Essai de vitalisme social), in: *Cahiers de la nouvelle journée* No. 4: „La cité moderne et les transformations du droit“ (Paris 1925) S. 1 ff.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, mit den von Gans redigierten Zusätzen aus Hegels Vorlesungen, hrsg. v. G. Lasson (Meiners Phil. Bibliothek Bd. 124), Leipzig 1911.
- , —: *Encyclopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse*, hrsg. v. G. Lasson (Meiners Phil. Bibliothek Bd. 33), 3. Aufl. Leipzig 1923.
- , —: *Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte*, hrsg. v. G. Lasson, 1. Bd. (Meiners Phil. Bibliothek Bd. 171 a), Leipzig 1917.

- Held, Josef: *System des Verfassungsrechts der monarchischen Staaten Deutschlands mit besonderer Rücksicht auf den Konstitutionalismus*, Würzburg 1856/57 2 Bde.
- , —: *Staat und Gesellschaft* vom Standpunkte der Geschichte der Menschheit des Staates, Mit besonderer Rücksicht auf die politisch-sozialen Fragen unserer Zeit, Leipzig 1861 ff. 3 Bde.
- , —: *Grundzüge des allgemeinen Staatsrechts oder Institutionen des öffentlichen Rechts*, Leipzig 1868.
- , —: *Die Verfassung des Deutschen Reichs vom staatsrechtlichen Standpunkt aus betrachtet*, Ein Beitrag zu deren Kritik, Leipzig 1872.
- Helfritz, Hans: Otto von Gierke und die neueste Lehre von der juristischen Staatsperson, in: *Reichsverwaltungsblatt* Bd. 56 (1935) S. 485 ff.
- , —: *Allgemeines Staatsrecht*, Mit einem Abriß der Staatstheorien, 5. Aufl. Detmold/Zürich 1948.
- Heller, Hermann: *Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland*, Ein Beitrag zur politischen Geistesgeschichte, Leipzig/Berlin 1921.
- , —: *Die Souveränität*, Ein Beitrag zur Theorie des Staats- und Völkerrechts (Beitr.z.ausl.ö.R.u.Völker.R. H. 4), Berlin/Leipzig 1927.
- , —: *Staatslehre*, hrsg. v. G. Niemeyer, Leiden 1934.
- Henrich, Walter: *Theorie des Staatsgebietes entwickelt aus der Lehre von der lokalen Kompetenz der Staatsperson*, Wien/Leipzig 1922.
- Herrnritt, Rudolf Herrmann: *Grundlehren des Verwaltungsrechtes*, Tübingen 1921.
- von der Heyde, Friedrich August: *Die Geburtsstunde des souveränen Staates*, Ein Beitrag zur Geschichte des Völkerrechts, der allgemeinen Staatslehre und des politischen Denkens, Regensburg 1952.
- Hildenbrand, Karl: *Geschichte und System der Rechts- und Staatsphilosophie*, 1. Bd.: *Das klassische Altertum*, Neudruck Leipzig 1933.
- von Hippel, Ernst: *Geschichte der Staatsphilosophie in Hauptkapiteln*, Meisenheim a. Glan, 1955/57 2 Bde.
- Hobbes, Thomas: *Leviathan sive de materia, forma et potestate civitatis ecclesiasticae et civilis*, o. O., o. J.
- , —: *Elementa philosophica de cive*, Paris 1646.
- Höhn, Reinhard: *Die Wandlung im staatsrechtlichen Denken* (Der deutsche Staat der Gegenwart H. 5), Hamburg 1934.
- , —: *Der individualistische Staatsbegriff und die juristische Staatsperson*, Berlin 1935.
- , —: *Führer oder Staatsperson? Um eine neue staatsrechtliche Dogmatik*, in: *Deutsche Juristen-Zeitung* Jhg. 40 (1935) Sp. 65 ff.
- , —: *Otto von Gierkes Staatslehre und unsere Zeit*, Zugleich eine Auseinandersetzung mit dem Rechtssystem des 19. Jahrhunderts, Hamburg 1936.
- Hölder, Eduard: *Das Wesen des Staates, die Gliederung des Rechtssystems und das System des Staatsrechts*, in: *Z.ges.St.W.* Bd. 26 (1870) S. 615 ff.
- , —: *Über das Wesen der juristischen Personen*, Erlangen 1886.
- , —: *Über die Natur des Rechtes*, Erlangen 1891.
- , —: *Natürliche und juristische Personen*, Leipzig 1905.
- , —: *Amt, Selbstverwaltung und juristische Person*, in: *Arch.ö.R.* Bd. 21 (1907) S. 308 ff.
- , —: *Das positive Recht als Staatswille*, in: *Arch.ö.R.* Bd. 23 (1908) S. 321 ff.
- , —: *Das rechtliche Verhältnis des Staates zum Volke*, Leipzig 1911.
- Hold-Ferneck, Alexander: *Die Rechtswidrigkeit*, Eine Untersuchung zu den allgemeinen Lehren des Strafrechts, Jena 1903/05 2 Bde.
- , —: *Der Staat als Übermensch*, Zugleich eine Auseinandersetzung mit der Rechtslehre Kelsens, Jena 1926.

- Hold-Ferneck, Alexander: Lehrbuch des *Völkerrechts*, Leipzig 1930/32 2 Bde.
- Holland, Thomas Erskine: The elements of jurisprudence, 13. Aufl. Oxford 1924.
- Holliger, Jakob: Das Kriterium des Gegensatzes zwischen dem öffentlichen Recht und dem Privatrecht, Zürcher Diss., Affoltern a. A. 1904.
- Holstein, Günther: Geschichte der Staatsphilosophie, in: Holstein/Larenz, Staatsphilosophie (Oldenburg 1934) S. 1 ff.
- Holstein, Günther / Larenz, Karl: Staatsphilosophie, in: Handbuch der Philosophie, hrsg. v. A. Baeumler und M. Schröter Abt. 4 (Oldenburg 1934).
- Holtzmann, Robert: Französische Verfassungsgeschichte von der Mitte des neunten Jahrhunderts bis zur Revolution (Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte hrsg. v. G. von Below und F. Meinecke Abt. III), München/Berlin 1910.
- Horn, Johann Friedrich: *Politicorum pars architectonica de civitate*, Traiecti ad Rhenum 1664.
- Huber, Ernst Rudolf: Neue *Grundbegriffe* des hoheitlichen Rechts, in: Grundfragen der neuen Rechtswissenschaft, hrsg. v. G. Dahn, E. R. Huber u. a. (Berlin 1935) S. 143 ff.
- , —: *Verfassungsrecht* des Großdeutschen Reiches, 2. Aufl. Hamburg 1939.
- Jaeger, Francis: Le problème de la souveraineté dans la doctrine de Kelsen, Exposé et critique, Thèse Fribourg, Paris 1932.
- Jellinek, Georg: Die Klassifikation des *Unrechts* (1879), in: Ausgewählte Schriften Bd. 1 S. 76 ff.
- , —: Die rechtliche Natur der *Staatenverträge*, Ein Beitrag zur juristischen Konstruktion des Völkerrechts, Wien 1880.
- , —: Die Lehre von den *Staatenverbindungen*, Wien 1882.
- , —: *Rezension von* M. von Seydel „Bayerisches Staatsrecht“, in: Arch.ö.R. Bd. 2 (1887) S. 336 ff.
- , —: *Gesetz und Verordnung*, Staatsrechtliche Untersuchungen auf rechtsgeschichtlicher und rechtsvergleichender Grundlage, (1887) Neudruck Tübingen 1919.
- , —: *System der subjektiven Rechte*, 2. Aufl. Tübingen 1905.
- , —: Die *Politik* des Absolutismus und die des Radikalismus (Hobbes und Rousseau) (1891), in: Ausgewählte Schriften Bd. 2 S. 3 ff.
- , —: *Adam* in der Staatslehre (1893), in: Ausgewählte Schriften Bd. 2 S. 23 ff.
- , —: Die Entstehung der modernen *Staatsidee* (1894), in: Ausgewählte Schriften Bd. 2 S. 45 ff.
- , —: *Allgemeine Staatslehre*, 3. Aufl. hrsg. v. W. Jellinek, 5. Neudruck Berlin 1929.
- , —: Die *Staatsrechtslehre und ihre Vertreter* (1903), in: Ausgewählte Schriften Bd. 1 S. 314 ff.
- , —: Der *Kampf* des alten mit dem neuen Recht (1907), in: Ausgewählte Schriften Bd. 1 S. 392 ff.
- , —: Johann Caspar *Bluntschli*, Zu seinem 100. Geburtstag (1908), in: Ausgewählte Schriften Bd. 1 S. 284 ff.
- , —: *Ausgewählte Schriften und Reden*, Berlin 1911 2 Bde.
- Jellinek, Walter: *Verwaltungsrecht* (Enzyklopädie der R.-u.St.Wiss., Abt. R.Wiss. hrsg. v. E. Kohlrausch u. H. Peters Bd. 25), 3. Aufl. Berlin 1931.
- Jerusalem, Franz W.: Der *Staat*, Ein Beitrag zur Staatslehre, Jena 1935.
- Jèze, Gaston: Das *Verwaltungsrecht* der französischen Republik (D.ö.R.d.Gegenwart Bd. 23), Tübingen 1913.
- , —: *Les principes généraux du droit administratif*, 3. Aufl. Paris 1925 ff. 6 Bde.

- von Jhering, Rudolf: *Geist des römischen Rechts auf den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung*, 5. Aufl. Leipzig 1891 ff. 4 Bde.
- , —: *Der Zweck im Recht*, 4. Aufl. Leipzig 1904/05 2 Bde.
- von Inama-Sternegg, Karl Theodor: *Die Rechtsverhältnisse des Staatsgebiets*, in: *Z.ges.St.W.* Bd. 26 (1870) S. 315 ff.
- Jöckel, Wilhelm: *Hans Kelsens rechtstheoretische Methode, Darstellung und Kritik ihrer Grundlagen und hauptsächlichsten Ergebnisse*, Tübingen 1930.
- Jörs, Paul / Kunkel, Wolfgang: *Römisches Privatrecht* (Enzyklopädie der R.- u. St.-Wiss., Abt. R.Wiss. hrsg. v. E. Kohlrausch u. H. Peters Bd. 2 u. 3), 3. Aufl. Berlin/Göttingen/Heidelberg 1949.
- Jones, J. Walter: *The law and legal theory of the Greeks, An introduction*, Oxford 1956.
- Jordan, Silvester: *Versuche über allgemeines Staatsrecht in systematischer Ordnung und mit Bezugnahme auf Politik vorgetragen*, Marburg 1828.
- Schweizer Juristen der letzten hundert Jahre, hrsg. v. H. Schulthess, Zürich 1945.
- Kant, Immanuel: *Metaphysik der Sitten*, 1. Teil: *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre* (Sämtliche Werke hrsg. v. K. Vorländer Bd. 3) (Meiners Phil. Bibliothek Bd. 42), 4. Aufl. Leipzig 1922.
- , —: *Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis*, in: Sämtliche Werke hrsg. v. K. Vorländer Bd. 6 (Meiners Phil. Bibliothek Bd. 47 I) (2. Aufl. Leipzig 1922) S. 67 ff.
- Kaser, Max: *Das römische Privatrecht*, 1. Abschnitt: *Das altrömische, das vorklassische und klassische Recht* (Handbuch der Altertumswissenschaft 10. Abt. 3. Teil 3. Bd.), München 1955.
- Kaufmann, Erich: *Über den Begriff des Organismus in der Staatslehre des 19. Jahrhunderts*, Heidelberg 1908.
- , —: *Kritik der neukantischen Rechtsphilosophie, Eine Betrachtung über die Beziehungen zwischen Philosophie und Rechtswissenschaft*, Tübingen 1921.
- Kelsen, Hans: *Hauptprobleme der Staatsrechtslehre entwickelt aus der Lehre vom Rechtssatze*, 2. Aufl. Tübingen 1923.
- , —: *Über Staatsunrecht*, Zugleich ein Beitrag zur Frage der Deliktsfähigkeit juristischer Personen und zur Lehre vom fehlerhaften Staatsakt, in: *Grünhuts Z.* Bd. 40 (1914) S. 1 ff.
- , —: *Zur Theorie der juristischen Fiktionen*, Mit besonderer Berücksichtigung von Vaihingers Philosophie des Als-Ob, in: *Ann.d.Phil.* Bd. 1 (1919) S. 630 ff.
- , —: *Rezension von M. Lauer „Zur Lehre vom öffentlich-rechtlichen Vertrag“*, in: *Z.ö.R.* Bd. 1 (1919/20) S. 165 ff.
- , —: *Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts, Beitrag zu einer Reinen Rechtslehre*, 2. Aufl. Tübingen 1928.
- , —: *Der soziologische und der juristische Staatsbegriff, Kritische Untersuchung des Verhältnisses von Staat und Recht*, 2. Aufl. Tübingen 1928.
- , —: *Rechtswissenschaft und Recht, Erledigung eines Versuches zur Überwindung der Rechtsdogmatik*, in: *Z.ö.R.* Bd. 3 (1922/23) S. 103 ff.
- , —: *Allgemeine Staatslehre* (Enzyklopädie der R.-u.St.Wiss., Abt. R.Wiss. hrsg. v. v. E. Kohlrausch u. W. Kaskel Bd. 23), Berlin 1925.
- , —: *Das Wesen des Staates*, in: *Int.Z.f.Th.d.R.* Jhg. 1 (1926/27) S. 5 ff.
- , —: *Aussprache über den Begriff des Gesetzes in der Reichsverfassung*, in: *Veröffentlichungen d. Vereinigung d. Dt. Staatsrechtslehrer H.* 4 (Berlin/Leipzig 1928) S. 168 ff.

- Kelsen, Hans: Wesen und Entwicklung der *Staatsgerichtsbarkeit*, in: Veröffentlichungen d. Vereinigung d. Dt. Staatsrechtslehrer H. 5 (Berlin/Leipzig 1929) S. 30 ff.
- , —: Juristischer *Formalismus* und Reine Rechtslehre, in: Jurist. Wochenschrift Bd. 58 (1929) Sp. 1723 l ff.
- , —: Vom Wesen und Wert der *Demokratie*, 2. Aufl. Tübingen 1929.
- , —: Reine *Rechtslehre*, Einleitung in die rechtswissenschaftliche Problematik, Leipzig/Wien 1934.
- , —: *General theory of law and State* (Twentieth Century Legal Philosophy Series, edicated by Harvard University Press, Bd. 1), Cambridge 1947.
- Kendall, Willmoore: John Locke and the doctrine of majority-rule (Illinois Studies in the Social Sciences Bd. 26 No. 2), Urbana (Illinois) 1941.
- Kern, Fritz: Recht und Verfassung im Mittelalter, Basel o. J. (1953).
- Kjellén, Rudolf: Der Staat als Lebensform, 2. Aufl. Leipzig 1917.
- Kierulff, Johann Friedrich: Theorie des gemeinen Civilrechts, 1. Bd. Altona 1839.
- Kipp, Heinrich: Staatslehre, Mensch, Recht und Staat, 2. Aufl. Köln 1949.
- Kistiakowski, Theodor: Gesellschaft und Einzelwesen, Eine methodologische Studie, Berlin 1899.
- Klüber, Johann Ludwig: *Staatsrecht* des Rheinbundes, Lehrbegriff, Tübingen 1808.
- , —: *Öffentliches Recht* des Teutschen Bundes und der Bundesstaaten, 4. Aufl. Frankfurt a. M. 1840.
- Knauss, Bernhard: Staat und Mensch in Hellas, Berlin 1940.
- Koellreutter, Otto: Der Staat und die *Herrschaftsrechte* im öffentlichen Recht, in: Oe.Z.ö.R. Jhg. 3 (1918) S. 308 ff.
- , —: Art. „*Öffentliches Recht*“, in: H.W.B.d.R.Wiss. Bd. 4 (Berlin/Leipzig 1927) Sp. 265 r ff.
- , —: Art. „*Staat* (Allgemeine Staatslehre)“, in: H.W.B.d.R.Wiss. Bd. 5 (Berlin/Leipzig 1928) Sp. 582 l ff.
- Kohler, Josef: Lehrbuch der Rechtsphilosophie, 3. Aufl. Berlin/Leipzig 1923.
- Kormann, Karl: Grundzüge eines allgemeinen Teils des öffentlichen Rechts, in: Ann.D.R. Jhg. 44 (1911) S. 850 ff., 904 ff.; Jhg. 45 (1912) S. 36 ff., 114 ff., 195 ff.
- Krabbe, Hugo: Die Lehre von der *Rechtssouveränität*, Beitrag zur Staatslehre, Groningen 1906.
- , —: Die moderne *Staatsidee*, 2. Aufl. Haag 1919.
- , —: Kritische Darstellung der *Staatslehre*, Haag 1930.
- Krause, Karl Christian Friedrich: *Abriß* des Systemes der Philosophie des Rechtes oder des Naturrechtes, Nebst einer kurzen Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Begriffe des Rechtes und des Staates in den bekanntesten Systemen der Philosophie, Göttingen 1828.
- , —: Das *System* der Rechtsphilosophie, Vorlesungen für Gebildete aus allen Ständen (Handschriftlicher Nachlaß, 2. Reihe 2. Teil), Leipzig 1874.
- van Krieken, Albert Th.: Über die sogenannte organische *Staatstheorie*, Ein Beitrag zur Geschichte des Staatsbegriffs, Leipzig 1873.
- , —: Über die Begriffe *Gesellschaft*, Gesellschaftsrecht und Gesellschaftswissenschaft, in: Grünhuts Z. Bd. 10 (1883) S. 34 ff.
- Laband, Paul: Das *Staatsrecht* des Deutschen Reiches, 5. Aufl. Tübingen 1911 ff. 4 Bde.
- , —: *Deutsches Reichsstaatsrecht* (D.ö.R.d.Gegenwart Bd. 1), 7. Aufl. besorgt von O. Mayer, Tübingen 1919.
- , —: *Rezension von W. Endemann* „Das Deutsche Handelsrecht“, in: Z.ges.H.R. Bd. 8 (1865) S. 643 ff.
- , —: *Beiträge* zur Dogmatik der Handelsgesellschaften, in: Z.ges.H.R. Bd. 30 (N. F. Bd. 15) (1885) S. 469 ff.; Bd. 31 (N. F. Bd. 16) (1885) S. 1 ff.

- Laband, Paul: *Rezension von S. Brie* „Theorie der Staatenverbindungen“, in: Arch. ö.R. Bd. 2 (1887) S. 311 ff.
- , —: Zum zweiten Buch des *Entwurfes* eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich, in: Arch.civ.P. Bd. 73 (1888) S. 161 ff.; Bd. 74 (1889) S. 1 ff., 299 ff.
- , —: *Rezension von G. Grasso* „I presupposti giuridici del diritto costituzionale e il rapporto fra lo Stato e il cittadino“, in: Arch.ö.R. Bd. 14 (1899) S. 569 ff.
- , —: *Rezension von W. Burckhardt* „Kommentar zur Schweiz. Bundesverfassung“, in: Arch.ö.R. Bd. 19 (1905) S. 609 ff.
- , —: *Rezension von A. Bartolomei* „Diritto pubblico e teoria della conoscenza“, in: Arch.ö.R. Bd. 19 (1905) S. 615 ff.
- , —: *Rezension von G. J. Ebers* „Die Lehre vom Staatenbunde“, in: Arch.ö.R. Bd. 27 (1911) S. 340 ff.
- , —: *Rezension von L. Michoud* „Théorie de la personnalité morale et son application au droit français“, in: Arch.ö.R. 27 (1911) S. 590 ff.
- Laferrière, Julien: *Manuel de droit constitutionnel*, 2. Aufl. Paris 1947.
- Landsberg, Ernst: siehe Stintzing/Landsberg.
- Larenz, Karl: Die Rechts- und Staatsphilosophie des deutschen *Idealismus* und ihre Gegenwartsbedeutung, in: Holstein/Larenz, Staatsphilosophie (Oldenburg 1934) S. 89 ff.
- , —: *Deutsche Rechtserneuerung und Rechtsphilosophie* (Recht und Staat H. 109), Tübingen 1934.
- , —: *Rechts- und Staatsphilosophie der Gegenwart*, 2. Aufl. Berlin 1935.
- , —: *Hegels Begriff der Philosophie und der Rechtsphilosophie*, in: Binder/Busse/Larenz, Einführung in Hegels Rechtsphilosophie (Berlin 1931) S. 5 ff.
- Lasson, Adolf: *System der Rechtsphilosophie*, Berlin/Leipzig 1882.
- de Laubadère, André: *Traité élémentaire de droit administratif*, Paris 1953.
- Laurent, François: *Principes de droit civil*, 1. Bd. Bruxelles/Paris 1869.
- Le Fur, Louis: *Etat fédéral et confédération d'Etats*, Thèse Paris 1896.
- , —: *L'Etat, la souveraineté et le droit*, in: Z.f.V.R.u.B.St.R. Bd. 1 (1907) S. 13 ff., 218 ff.
- , —: *La théorie du droit naturel depuis le XVII^e siècle et la doctrine moderne*, in: Académie de droit international, Recueil des Cours Bd. 18 (1927 III) S. 259 ff.
- , —: *La nation et l'Etat*, in: Encyclopédie Française Bd. 10 (Paris 1935) S. 10'10—5 ff.
- , —: *Les grands problèmes du droit*, Paris 1937.
- Leibniz, Gottfried Wilhelm: *Nova methodus discendae docendaeque iurisprudentiae* (1748), in: Opera omnia hrsg. v. L. Dutens Tomus IV pars 3 (Genevae 1768) S. 159 ff.
- , —: *De suo codice iuris gentium diplomatico monitum*, in: Opera omnia hrsg. v. L. Dutens Tomus IV pars 3 (Genevae 1768) S. 285 ff.
- , —: *Caesarini Furstenerii tractatus de iure suprematus, ac legationum principum Germaniae* (1678), in: Opera omnia hrsg. v. L. Dutens Tomus IV pars 3 (Genevae 1768) S. 329 ff.
- , —: *Specimen demonstrationum politicarum pro eligendo rege Polonorum* (1659), in: Opera omnia hrsg. v. L. Dutens Tomus IV pars 3 (Genevae 1768) S. 522 ff.
- , —: *Theologisches System*, hrsg. v. C. Haas, Tübingen 1860.
- , —: *Contra Severinum de Monzambano*, in: Werke hrsg. v. O. Klopp 1. Reihe Bd. 1 (Hannover 1864) S. 161 ff.
- , —: § *Et ut eo sincerior*, in: Werke hrsg. v. O. Klopp 1. Reihe Bd. 1 (Hannover 1864) S. 329 ff.

- Lewis, Ewart: *Medieval political ideas*, London 1954 2 Bde.
- Liepmann, Moritz: *Die Rechtsphilosophie des Jean-Jacques Rousseau*, Berlin 1898.
- Lingg, Emil: *Empirische Untersuchungen zur allgemeinen Staatslehre*, Wien 1890.
- Lipsius, Justus Hermann: *Das attische Recht und Rechtsverfahren*, Leipzig 1905 ff. 3 Bde.
- Lisser, Kurt: *Der Begriff des Rechts bei Kant, Mit einem Anhang über Cohen und Görland* (Kant-Studien Ergänzungsheft Nr. 58), Berlin 1922.
- Locke, John: *Two treatises of government*, in: Works Bd. 5 (London 1812) S. 207 ff.
- Loening, Edgar: *Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts*, Leipzig 1884.
- , —: *Die Gerichtsbarkeit über fremde Staaten und Souveräne*, Halle 1903.
- , —: *Grundzüge der Verfassung des Deutschen Reiches* (Aus Natur und Geisteswelt Bd. 34), 3. Aufl. Leipzig 1909.
- , —: Art. „*Staat*“, in: H.W.B.d.St.Wiss. 3. Aufl. Bd. 7 (Jena 1911) Sp. 692 l ff.
- von Lübtow, Ulrich: *De iustitia et iure*, in: Z.R.G. Rom. Abt. Bd. 66 (1948) S. 458 ff.
- , —: *Bemerkungen zum Problem der juristischen Person*, in: L'Europa e il diritto romano, Studi in memoria di Paolo Koschaker Bd. 2 (Milano 1954) S. 467 ff.
- , —: *Das römische Volk, sein Staat und sein Recht*, Frankfurt a. M. 1955.
- Maitland, Frederic William: *The constitutional history of England*, Cambridge 1920.
- Marck, Siegfried: Rudolf Kjelléns Theorie des Staates, in: Kant-Studien Bd. 23 (1918) S. 77 ff.
- , —: *Substanz- und Funktionsbegriff in der Rechtsphilosophie*, Tübingen 1925.
- Maurenbrecher, Romeo: *Die deutschen regierenden Fürsten und die Souveränität*, Frankfurt a. M. 1839.
- , —: *Grundsätze des heutigen deutschen Staatsrechts*, 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1843.
- Mayer, Otto: *Deutsches Verwaltungsrecht* (Syst.H.B.d.Dt.R.Wiss. Abt. VI), München/Leipzig, 1. Aufl. 1895/96, 2. Aufl. 1914/17, 3. Aufl. 1924 2 Bde. (Wenn nichts besonderes vermerkt ist, gilt die 3. Aufl.).
- , —: *Republikanischer und monarchischer Bundesstaat*, in: Arch.ö.R. Bd. 18 (1903) S. 337 ff.
- , —: *Die juristische Person und ihre Verwertbarkeit im öffentlichen Recht*, in: Staatsrechtliche Abhandlungen, Festgabe für Paul Laband Bd. 1 (Tübingen 1908) S. 1 ff.
- , —: *Das Staatsrecht des Königreichs Sachsen* (D.ö.R.d.Gegenwart Bd. 9), Tübingen 1909.
- McIlwain, Charles Howard: *The growth of political thought in the west, from the Greeks to the end of the middle ages*, London 1932.
- Meinecke, Friedrich: *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte*, 3. Aufl. München/Berlin 1929.
- Mélanges Raymond Carré de Malberg, Paris 1933.
- Mélanges Maurice Hauriou, Paris 1929.
- Menzel, Adolf: Eine „*realistische*“ *Staatstheorie*, in: Oe.Z.ö.R. Jhg. 1 (1914) S. 114 ff.
- , —: *Begriff und Wesen des Staates*, in: H.B.d.Pol. 3. Aufl. Bd. 1 (Berlin/Leipzig 1920) S. 41 ff.
- , —: *Beiträge zur Geschichte der Staatslehre*, in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften in Wien, Philosophisch-historische Klasse Bd. 210 (1930) Abh. 1.
- , —: *Griechische Soziologie*, in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften in Wien, Philosophisch-historische Klasse Bd. 216 (1937) Abh. 1.
- Merkel, Adolf: *Die Rechtseinheit des österreichischen Staates*, in: Arch.ö.R. Bd. 37 (1917/18) S. 56 ff.

- Merkel, Adolf: Die Lehre von der *Rechtskraft*, entwickelt aus dem Rechtsbegriff (Wiener st.wiss. Studien hrsg. v. H. Kelsen Bd. 15 H. 2), Leipzig/Wien 1923.
- , —: *Allgemeines Verwaltungsrecht*, Wien 1927.
- Merriam, Charles E.: History of the theory of sovereignty since Rousseau, in: *Studies in History, Economics and Public Law*, Columbia University Bd. 12 (1899/1900) Nr. 4 S. 355 ff.
- Metzger, Wilhelm: Gesellschaft, Recht und Staat in der Ethik des deutschen Idealismus, aus dem Nachlaß hrsg. v. E. Bergmann, Heidelberg 1917.
- Meurer, Christian: Der Begriff und Eigentümer der *heiligen Sachen*, Düsseldorf o.J./1885 2 Bde.
- , —: Die juristischen *Personen* nach deutschem Reichsrecht, Stuttgart 1901.
- Meyer, Ernst: Römischer Staat und Staatsgedanke, Zürich 1948.
- Meyer, Georg: Lehrbuch des deutschen Staatsrechts, 7. Aufl. hrsg. v. Gerhard Anschütz, München/Leipzig 1919.
- Miceli, Vincenzo: Principii di diritto costituzionale (Piccola biblioteca scientifica Bd. 1 bis), 2. Aufl. Milano 1913 (zit.: *Dir. cost.*).
- , —: Principii di *filosofia* del diritto (Piccola biblioteca scientifica Bd. 10 bis), Milano 1914.
- , —: La *personalità* dello Stato, in: *Int.Z.f.Th.d.R.* Jhg. 1 (1926/27) S. 59 ff.
- Michel, Henry: L'idée de l'Etat, Essai critique sur l'histoire des théories sociales et politiques en France depuis la Révolution, Paris 1896.
- Michoud, Léon: La *théorie* de la personnalité morale et son application au droit français, 3. Aufl. hrsg. v. L. Trotabas, Paris 1932 2 Bde.
- , —: La personnalité et les droits subjectifs de l'*Etat* dans la doctrine française contemporaine, in: *Festschrift für Otto Gierke* (Weimar 1911) S. 493 ff.
- Mitteis, Heinrich: Der *Staat* des hohen Mittelalters, Grundlinien einer vergleichenden Verfassungsgeschichte des Lehenszeitalters, 5. Aufl. Weimar 1955.
- , —: Die *Rechtsidee* in der Geschichte, Gesammelte Abhandlungen und Vorträge, Weimar 1957.
- von Mohl, Robert: Die *Geschichte* und Literatur der Staatswissenschaften, Erlangen 1855 ff. 3 Bde.
- , —: *Encyklopädie* der Staatswissenschaften, 2. Aufl. Neudruck Tübingen 1881.
- Mommsen, Theodor: Römisches Staatsrecht (Handbuch der römischen Altertümer hrsg. v. Marquardt und Mommsen Bde. 1—3), 1.—3. Aufl. Neudruck Basel 1952 5 Bde.
- Monaco, Riccardo / Cansacchi Giorgio: Lo Stato e il suo ordinamento giuridico (Istituzioni di diritto pubblico), 6. Aufl. Torino 1955.
- Moog, Willy: Die deutsche Philosophie des 20. Jahrhunderts in ihren Hauptrichtungen und ihren Grundproblemen, Stuttgart 1922.
- Moser, Johann Jacob: *Teutsches Staatsrecht*, Nürnberg 1737 ff. 50 Teile in 26 Bden. + 2 Bde. Zusätze.
- , —: *Kürzere Einleitung* in das Teutsche Staatsrecht, Frankfurt/Leipzig 1753.
- , —: *Gedanken* über das neu erfundene vernünftige Staatsrecht des Teutschen Reichs, o. O. 1767.
- , —: *Teutsches Auswärtiges Staatsrecht*, Frankfurt/Leipzig 1772.
- Nawiaskey, Hans: *Forderungs- und Gewaltverhältnis*, Ein Beitrag zum allgemeinen Teil des privaten und öffentlichen Rechts, in: *Festschrift für Ernst Zitelmann* (München/Leipzig 1913).
- , —: Der *Bundesstaat* als Rechtsbegriff, Tübingen 1920.

- Nawiasky, Hans: Allgemeine *Rechtslehre* als System der rechtlichen Grundbegriffe, 2. Aufl. Einsiedeln/Köln 1948.
- , —: Allgemeine *Staatslehre*, 1. Teil: Grundlegung, Einsiedeln/Köln 1945.
- Nef, Hans: Zum Staatsrecht der *Polis*, in: Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte Bd. 1 (1943) S. 254 ff.
- , —: Jean-Jacques *Rousseau* und die Idee des Rechtsstaates, in: Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte Bd. 5 (1947) S. 167 ff.
- Olivier-Martin, François: Histoire du droit français des origines à la Révolution, 2. Aufl. Paris 1951.
- Orlando, Vittore Emanuele: Principii di diritto costituzionale (Manuali Barbèra Bd. 4), 5. Aufl. Firenze 1925 (zit.: *Dir. cost.*).
- , —: Principii di diritto amministrativo (Manuali Barbèra Bd. 16), 5. Aufl. Firenze 1925 (zit. *Pr.d.dir.amm.*).
- , —: *Primo trattato completo di diritto amministrativo italiano*, Milano 1900 ff. 10 Bde.
- , —: *Introduzione* al diritto amministrativo, in: Orlando, *Primo trattato* Bd. 1 (Milano 1900) S. 1 ff.
- , —: *Scritti giuridici vari* (1941—1952), Milano 1955.
- Du Pasquier, Claude: Introduction à la théorie générale et à la philosophie du droit, 2. Aufl. Neuchâtel/Paris 1942.
- Perticone, Giacomo: *Stato* (come persona giuridica), in: Nuovo Digesto Italiano Bd. XII/1 (Torino 1940) Sp. 828 I ff.
- , —: *Il diritto e lo Stato nel pensiero italiano contemporaneo*, Padova 1950.
- Peters, Hans: Lehrbuch der Verwaltung, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1949.
- Petraschek, Karl: *System der Rechtsphilosophie*, Freiburg i. B. 1932.
- , —: *System der Philosophie des Staates und des Völkerrechts*, Zürich/Leipzig 1938.
- Pfeifer, Karl: Die Lehre von den juristischen Personen nach gemeinem und württembergischem Rechte, Tübingen 1847.
- Philipsborn, Alexander: Der Begriff der juristischen Person im römischen Recht, in: Z.R.G. Rom. Abt. Bd. 71 (1954) S. 41 ff.
- Piloly, Robert: Ein *Jahrhundert* bayerischer Staatsrechtsliteratur, in: Staatsrechtliche Abhandlungen, Festgabe für Paul Laband Bd. 1 (Tübingen 1908) S. 203 ff.
- , —: Art. „*Staat*“, in: W.B.d.Dt.St.u.Vw.R. 2. Aufl. Bd. 3 (Tübingen 1914) Sp. 457 r ff.
- Pitamic, Leonidas: Plato, Aristoteles und die reine Rechtstheorie, in: Z.ö.R. Bd. 2 (1921) S. 683 ff.
- Planiol, Marcel: *Traité élémentaire de droit civil*, Paris 1900 ff. 3 Bde. (zit.: *Traité él.*).
- , —: *Traité élémentaire de droit civil*, 3. Aufl. hrsg. v. Georges Ripert, Paris 1946 f. 3 Bde. (zit.: *Planiol-Ripert, Traité él.*).
- Planiol, Marcel/Ripert, Georges: *Traité pratique de droit civil français*, Paris, 1. Aufl. 1925 ff., 2. Aufl. 1952 ff. 14 Bde. (Wenn nichts besonderes vermerkt ist, gilt die 2. Aufl.).
- Pohlenz, Max: Staatsgedanke und Staatslehre der Griechen (Wissenschaft und Bildung Bd. 183), Leipzig 1923.
- Politis, Nicolas: Le problème des *limitations* de la souveraineté et la théorie de l'abus des droits dans les rapports internationaux, in: Académie de droit international, Recueil des Cours Bd. 6 (1925 I) S. 5 ff.
- , —: Les nouvelles *tendances* du droit international, Paris 1927.

- Pollock, Frederick: An introduction to the history of the science of politics, revised edition London 1911.
- Porrini, Ranieri: I ministeri, in: Orlando, Primo trattato Bd. 1 (Milano 1900) S. 447 ff.
- Posse, Adolf Felix Heinrich: Über das Staatseigenthum in den deutschen Reichsländern und das Repräsentationsrecht der deutschen Landstände, Rostock/Leipzig 1794.
- van Praag, Marinus Mauritius: Die Rechtsfunktion, Haag 1932.
- Presutti, Errico: Istituzioni di diritto amministrativo italiano, 2. Aufl. Roma 1917/20 2 Bde.
- Preuss, Hugo: *Gemeinde, Staat, Reich als Gebietskörperschaften*, Versuch einer deutschen Staatskonstruktion auf Grundlage der Genossenschaftstheorie, Berlin 1889.
- , —: *Entwicklung und Bedeutung des öffentlichen Rechts*, in: Schmollers Jb. Bd. 13 (1889) S. 1349 ff.
- , —: *Stellvertretung oder Organschaft? Eine Replik*, in: Jherings Jb. Bd. 44 (1902) S. 429 ff.
- , —: *Über Organpersönlichkeit*, Eine begriffskritische Studie, in: Schmollers Jb. Bd. 26 (1902) S. 557 ff.
- Pütter, Johann Stephan: *Kurzer Begriff des Teutschen Staatsrechts*, Göttingen 1764.
- , —: *Beiträge zum Teutschen Staats- und Fürsten-Rechte*, Göttingen 1777.
- , —: *Anleitung zum Teutschen Staatsrechte*, übersetzt v. C. A. F. Graf von Hohen-
thal, Bayreuth 1791 ff. 3 Bde.
- Pufendorf, Samuel: *De iure naturae et gentium libri octo*, Londini Scanorum 1672.
- , —: *De officio hominis et civis iuxta legem naturalem libri duo*, 2. Aufl. Edin-
burgi 1724.
- Radbruch, Gustav: *Einführung in die Rechtswissenschaft* (Wissenschaft und Bildung Bd. 79/79 a), 7./8. Aufl. Leipzig 1929.
- , —: *Grundzüge der Rechtsphilosophie*, Leipzig 1914.
- , —: *Rechtsphilosophie*, 4. Aufl. hrsg. von E. Wolf, Stuttgart 1950.
- , —: *Vorschule der Rechtsphilosophie* (Grundrisse der Rechtswissenschaft hrsg. v. G. Radbruch), Heidelberg 1947.
- Radnitzky, Ernst: *Die Parteivillkür im öffentlichen Recht*, Wien 1888.
- , —: *Die rechtliche Natur des Staatsgebiets*, in: Arch.ö.R. Bd. 20 (1906) S. 313 ff.
- Ranelletti, Oreste: *Istituzioni di diritto pubblico*, 7. Aufl. Padova 1940.
- Das gesamte Deutsche Recht in systematischer Darstellung, hrsg. v. R. Stammler, Berlin 1931/35 2 Bde.
- Systematische Rechtswissenschaft, hrsg. v. R. Stammler, R. Sohm u. a. (Die Kultur der Gegenwart, ihre Entwicklung und ihre Ziele, hrsg. v. P. Hinneberg Teil II Abt. VIII), 2. Aufl. Leipzig/Berlin 1913.
- Redlich, Josef: *Zur Theorie und Kritik der englischen Lokalverwaltung*, Eine Abwehr und eine Anklage, in: Grünhuts Z. Bd. 30 (1903) S. 559 ff.
- Réglaide, Marc: *La puissance*, in: Encyclopédie Française Bd. 10 (Paris 1935) S. 10'14—1 ff.
- , —: *Valeur sociale et concepts juridiques*, Norme et technique, Etude de philosophie du droit et de théorie générale du droit, Paris 1950.
- , —: *La notion juridique de l'Etat en droit public interne et en droit international public*, in: *La technique et les principes du droit public*, Etudes en l'honneur de Georges Scelle Bd. 2 (Paris 1950) S. 507 ff.

- Rehm, Hermann: *Geschichte der Staatsrechtswissenschaft* (H.B.ö.R. Einleitungsband 1), Freiburg i. B./Leipzig/Tübingen 1896.
- , —: *Allgemeine Staatslehre* (H.B.ö.R. Einleitungsband 2), Freiburg i. B. 1899.
- Reibstein, Ernst: *Die Anfänge des neueren Natur- und Völkerrechts*, Studien zu den „*Controversiae illustres*“ des Fernandus Vasquius (1559), Bern 1949.
- , —: Johannes *Althusius* als Fortsetzer der Schule von Salamanca, Untersuchungen zur Ideengeschichte des Rechtsstaates und zur altprotestantischen Naturrechtslehre (Freiburger r.- u. st.wiss. Abhandlungen Bd. 5), Karlsruhe 1955.
- Renard, Georges: *La théorie de l'institution*, Essai d'ontologie juridique, 1. Bd.: Partie juridique, Paris 1930.
- , —: *Souveraineté et parlementarisme*, in: Cahiers de la nouvelle journée No. 4: „La cité moderne et les transformations du droit“ (Paris 1925) S. 85 ff.
- Ripert, Georges: siehe Planiol/Ripert.
- Röder, Karl David August: *Grundzüge des Naturrechts oder der Rechtsphilosophie*, 2. Aufl. Leipzig/Heidelberg 1860/63 2 Bde.
- Roguin, Ernest: *La règle de droit*, Lausanne 1889.
- , —: *La science juridique pure*, Lausanne/Paris 1923 3 Bde.
- Romano, Santi: *La teoria dei diritti pubblici subbiettivi*, in: Orlando, Primo trattato Bd. 1 (Milano 1900) S. 109 ff.
- , —: *Principii di diritto amministrativo italiano* (Piccola biblioteca scientifica Bd. 7), 3. Aufl. Milano 1912 (zit.: *Pr.d.dir.amm.*).
- , —: *Corso di diritto amministrativo*, 1. Bd. Padova 1930 (zit.: *C.d.dir.amm.*).
- , —: *Corso di diritto costituzionale*, 3. Aufl. Padova 1931 (zit.: *C.d.dir.cost.*).
- , —: *Principii di diritto costituzionale generale*, 2. Aufl. Milano 1947 (zit.: *Dir.cost.gen.*).
- , —: *L'ordinamento giuridico*, 2. Aufl. Neudruck Firenze 1951.
- Rosenberg, Werner: *Staat, Souveränität und Bundesstaat*, in: Ann.D.R. Jhg. 38 (1905) S. 276 ff., 339 ff.
- , —: *Über den Staatsbegriff*, in: Z.ges.St.W. Bd. 65 (1909) S. 1 ff.
- Rosin, Heinrich: *Souveränität, Staat, Gemeinde, Selbstverwaltung*, in: Ann.D.R. Jhg. 1883 S. 265 ff.
- , —: *Das Recht der öffentlichen Genossenschaft*, Eine verwaltungsrechtliche Monographie, Freiburg i. B. 1886.
- , —: *Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre nach den politischen Reden und Schriften des Fürsten Bismarck*, in: Ann.D.R. Jhg. 1898 S. 81 ff.
- von Rotteck, Karl: *Lehrbuch des Vernunftrechts und der Staatswissenschaften*, 2. Aufl. Stuttgart 1840 2 Bde.
- Roubier, Paul: *Théorie générale du droit*, Histoire des doctrines juridiques et philosophie des valeurs sociales, Paris 1946.
- Rousseau, Jean-Jacques: *Du contrat social, ou principes du droit politique* (1762), in: *Oeuvres complètes* hrsg. v. Musset-Pathay Bd. 5 (Paris 1823) S. 61 ff.
- , —: *De l'économie politique* (Article inséré dans l'Encyclopédie Tome 5), in: *Oeuvres complètes* hrsg. v. Musset-Pathay Bd. 5 (Paris 1823) S. 1 ff.
- Ruck, Erwin: *Die Leibniz'sche Staatsidee aus den Quellen dargestellt*, Tübingen 1909.
- Rümelin, Gustav: *Juristische Begriffsbildung*, Leipzig 1878.
- Ruiz del Castillo, Carlos: *Un schéma de la doctrine de la personnalité de l'Etat selon la méthode juridico-psychologique d'Hauriou*, in: *Mélanges Maurice Hauriou* (Paris 1929) S. 95 ff.
- Sabine, George H.: *A history of political theory*, 3. Aufl. London 1951.
- Saleilles, Raymond: *De la personnalité juridique*, Histoire et théories, 2. Aufl. Paris 1922.

- Salmond, John W.: *Jurisprudence or the theory of the law*, London 1902
- Sander, Fritz: Das Faktum der *Revolution* und die Kontinuität der Rechtsordnung, in: Z.ö.R. Bd. 1 (1919/20) S. 132 ff.
- , —: *Rezension von H. Kelsen* „Die Verfassungsgesetze der Republik Deutsch-österreich“ und A. Merkel „Die Verfassung der Republik Deutschösterreich“, in: Z.ö.R. Bd. 1 (1919/20) S. 312 ff.
- , —: *Rezension von R. Kjellén* „Der Staat als Lebensform“, in: Z.ö.R. Bd. 1 (1919/20) S. 338 ff.
- , —: Die transzendente *Methode* der Rechtsphilosophie und der Begriff des Rechtsverfahrens, in: Z.ö.R. Bd. 1 (1919/20) S. 468 ff.
- , —: *Rezension von W. Sauer* „Grundlagen des Prozeßrechtes“, in: Z.ö.R. Bd. 1 (1919/20) S. 529 ff.
- , —: *Staat und Recht*, Prolegomena zu einer Theorie der Rechtserfahrung (Wiener st.wiss. Studien hrsg. v. H. Kelsen N.F. Bd. 1), Leipzig/Wien 1922.
- , —: *Zur Methodik der Rechtswissenschaft*, in: Kant-Studien Bd. 28 (1923) S. 283 ff.
- , —: *Allgemeine Gesellschaftslehre*, Jena 1930.
- , —: *Allgemeine Staatslehre*, Eine Grundlegung, Brünn/Prag/Leipzig/Wien 1936.
- , —: *Staatssubjekt* und Staatsakt, in: Arch.R.Soz.Phil. Bd. 30 (1936/37) S. 363 ff.
- Sauer, Wilhelm: *Lehrbuch* der Rechts- und Sozialphilosophie, Berlin 1929.
- , —: *Rechts- und Staatsphilosophie*, Eine systematische Einführung in das lebende Recht, unter besonderer Berücksichtigung der Strömungen im Ausland, Stuttgart 1936.
- Sauter, Johann: Die philosophischen Grundlagen des *Naturrechts*, Untersuchungen zur Geschichte der Rechts- und Staatslehre, Wien 1932.
- , —: Die Entwicklung der abendländischen *Staatsidee*, in: Arch.R.Soz.Phil. Bd. 27 (1933/34) S. 72 ff., 189 ff., 319 ff.
- von Savigny, Friedrich Carl: *System* des heutigen römischen Rechts, Berlin 1840 ff. 8 Bde.
- Sceille, Georges: *Précis de droit des gens*, Principes et systématique, Paris 1932/34 2 Bde.
- , —: *Manuel élémentaire de droit international public*, Paris 1943.
- , —: *Cours de droit international public* (Innentitel: Manuel de droit international public), Paris 1948.
- Schäffle, Albert E. F.: *Bau und Leben des sozialen Körpers*, 2. Aufl. Tübingen 1896 2 Bde.
- Schärer, Emanuel: *John Locke*, Seine Verstandestheorie und seine Lehren über Religion, Staat und Erziehung, Leipzig 1860.
- Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph: Von der *Weltseele*, eine Hypothese der höheren Physik zur Erklärung des allgemeinen Organismus (1798), in: Werke hrsg. v. M. Schröter Bd. 1 (München 1927) S. 413 ff.
- , —: *System des transcendentalen Idealismus* (1800), in: Werke hrsg. v. M. Schröter Bd. 2 (München 1927) S. 327 ff.
- , —: Über den *wahren Begriff* der Naturphilosophie und die richtige Art ihre Probleme aufzulösen (1801), in: Werke hrsg. v. M. Schröter Bd. 2 (München 1927) S. 713 ff.
- , —: *Darstellung meines Systems* der Philosophie (1801), in: Werke hrsg. v. M. Schröter Bd. 3 (München 1927) S. 1 ff.
- , —: Vorlesungen über die *Methode des akademischen Studiums* (1803), in: Werke hrsg. v. M. Schröter Bd. 3 (München 1927) S. 229 ff.

- Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph: *Bruno* oder über das göttliche und natürliche Prinzip der Dinge (1808), in: Werke hsg. v. M. Schröter Bd. 3 (München 1927) S. 109 ff.
- , —: *Stuttgarter Privatvorlesungen* (1810), in: Werke hrsg. v. M. Schröter Bd. 4 (München 1927) S. 309 ff.
- , —: Darstellung des philosophischen *Empirismus*, in: Werke hrsg. v. M. Schröter Bd. 5 (München 1928) S. 271 ff.
- Schilling, Otto: Die Staats- und Soziallehre des heiligen Thomas von Aquin, 2. Aufl. München 1930.
- Schmalz, Theodor: Das Recht der Natur:
1. Teil: Das reine *Naturrecht*, 2. Aufl. Königsberg 1795.
 2. Teil: Das natürliche *Staatsrecht*, Königsberg 1794.
 3. Teil: Das natürliche *Familienrecht*, Königsberg 1795.
 4. Teil: Das natürliche *Kirchenrecht*, Königsberg 1795.
- , —: *Erklärung* der Rechte des Menschen und des Bürgers, Ein Commentar über das reine Natur- und natürliche Staatsrecht, Königsberg 1798.
- Schmidt, Bruno: Der Staat, Eine öffentlich-rechtliche Studie (St.u.völkerr.Abh. hrsg. v. G. Jellinek u. G. Meyer I/6), Leipzig 1896.
- Schmidt, Richard: Allgemeine Staatslehre (Hand- u. Lehrbuch d. St.Wiss. v. Frankenstein-Heckel Abt. 3 Bd. 1—2), Leipzig 1901 ff. 3 Bde.
- Schmitt, Carl: *Hugo Preuss*, Sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatslehre (Recht u. Staat H. 72), Tübingen 1930.
- , —: Der Wert des *Staates* und die Bedeutung des Einzelnen, Tübingen 1914.
- Schmitthenner, Friedrich Jacob: Zwölf Bücher vom Staate oder systematische Encklopädie der Staatswissenschaft, 3. Bd.: Grundlinien des allgemeinen oder idealen Staatsrechtes, Gießen 1845.
- Schnorr von Carolsfeld, Ludwig: Geschichte der juristischen Person, 1. Bd.: Universitas, corpus, collegium im klassischen römischen Recht, München 1933.
- Schreier, Fritz: Grundbegriffe und Grundformen des Rechts, Entwurf einer phänomenologisch begründeten formalen Rechts- und Staatslehre (Wiener st.wiss. Studien hrsg. v. H. Kelsen N. F. Bd. 4), Leipzig/Wien 1924.
- Schulz, Fritz: *Prinzipien* des römischen Rechts, München/Leipzig 1934.
- , —: *Classical roman law*, Oxford 1951.
- , —: *History of roman legal science*, Neudruck Oxford 1953.
- Schulze, Hermann: *System* des deutschen Staatsrechts, 1. Abt., Leipzig 1865.
- , —: Über *Prinzip*, Methode und System des deutschen Staatsrechtes, in: Aegidis Z. Bd. 1 (1867) S. 417 ff.
- , —: *Lehrbuch* des deutschen Staatsrechtes, Leipzig 1881/86 2 Bde.
- Schuppe, Wilhelm: Der Begriff des *subjektiven Rechts*, Breslau 1887.
- Seel, Otto: Römische Denker und römischer Staat (Neue Wege zur Antike 1. Reihe H. 13), Leipzig/Berlin 1937.
- Seidler, Gustav: Das juristische *Kriterium* des Staates, Tübingen 1905.
- , —: *Grundzüge* des allgemeinen Staatsrechtes, Berlin/Wien 1929.
- Seuffert, Johann Michael: Von dem Verhältnisse des Staates und der Diener des Staates gegeneinander im rechtlichen und politischen Verstande, Würzburg 1793.
- von Seydel, Max: Der *Bundesstaatsbegriff*, Eine staatsrechtliche Untersuchung, in: Z.ges.St.W. Bd. 28 (1872) S. 185 ff. und (so zitiert) in: Abhandlungen (Freiburg i. B./Leipzig 1893) S. 1 ff.
- , —: Die neuesten *Gestaltungen* des Bundesstaatsbegriffs, in: Ann.D.R. Jhg. 1876 S. 641 ff. und (so zitiert) in: Abhandlungen (Freiburg i. B./Leipzig 1893) S. 101 ff.
- , —: Der deutsche *Bundesrath*, in: Schmollers Jb. Jhg. 3 (1879) S. 273 ff.

- von Seydel, Max: *Bayerisches Staatsrecht*, 1. Aufl. München 1884 ff. 7 Bde., 2. Aufl. Freiburg i. B./Leipzig 1896 4 Bde., (3. Aufl.) bearbeitet von J. von Grassmann und R. Piloly Tübingen 1913 2 Bde.
- , —: *Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre*, Würzburg 1873.
- , —: *Staatsrechtliche und politische Abhandlungen*, Freiburg i. B./Leipzig 1893.
- , —: *Vorträge aus dem allgemeinen Staatsrechte*, in: Ann.D.R. Jhg. 1898 S. 321 ff., 481 ff., 746 ff.; Jhg. 1899 S. 249 ff.
- Simonovitch, Milorad: *Les théories contemporaines de l'Etat*, Thèse Paris 1939.
- Sinclair, Thomas Alan: *A history of Greek political thought*, London 1951.
- Somló, Felix: *Juristische Grundlehre*, 2. Aufl. Leipzig 1927.
- Spiegel, Ludwig: *Rezension von G. Seidler „Die Immunität der Mitglieder der Vertretungskörper nach österreichischem Rechte“*, in: Grünhuts Z. Bd. 24 (1897) S. 172 ff.
- , —: *Rezension von G. Seidler „Das juristische Kriterium des Staates“*, in: Arch.ö.R. Bd. 21 (1907) S. 175 ff.
- , —: *Die Verwaltungsrechtswissenschaft*, Beiträge zur Systematik und Methodik der Rechtswissenschaften, Leipzig 1909.
- Staatslexikon im Auftrag der Görres-Gesellschaft hrsg. v. H. Sacher, 5. Aufl. Freiburg i. B. 1926 ff. 5 Bde.
- Stahl, Friedrich Julius: *Die Philosophie des Rechts*, 3. Aufl. Heidelberg 1854 ff. 3 Bde.
- Stammler, Rudolf: *Theorie der Rechtswissenschaft*, 2. Aufl. Halle 1923.
- , —: *Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung*, Eine sozialphilosophische Untersuchung, 3. Aufl. Leipzig 1914.
- , —: *Lehrbuch der Rechtsphilosophie*, 3. Aufl. Berlin/Leipzig 1928.
- , —: Über die *Methode der geschichtlichen Rechtstheorie* (1888), in: Rechtsphil. Abhandlungen und Vorträge Bd. 1 (Charlottenburg 1925) S. 1 ff.
- , —: Die grundsätzlichen *Richtungen der neueren Jurisprudenz* (1923), in: Rechtsphil. Abhandlungen und Vorträge Bd. 2 (Charlottenburg 1925) S. 333 ff.
- Stanka, Rudolf: *Geschichte der politischen Philosophie*, 1. Bd.: *Die politische Philosophie des Altertums*, Wien/Köln 1951.
- von Stein, Lorenz: *Die Verwaltungslehre*, Stuttgart 1865 ff. 8 Bde., 2. Aufl. 1869 ff.
- , —: *Gegenwart und Zukunft der Rechts- und Staatswissenschaften Deutschlands*, Stuttgart 1876.
- , —: *Handbuch der Verwaltungslehre*, 3. Aufl. Stuttgart 1888 3 Bde.
- Stier-Somlo, Fritz: *Deutsches Reichs- und Landesstaatsrecht* (Grundrisse der Rechtswissenschaft Bd. 18), 1. Bd. Berlin/Leipzig 1924.
- Stintzing, Roderich/Landsberg, Ernst: *Geschichte der Deutschen Rechtswissenschaft* (Geschichte der Wissenschaften in Deutschland, Neuere Zeit Bd. 18), München/Leipzig/Oldenburg, Bd. I—II 1880/84 von Stintzing, Bd. III/1,2 1898/1910 von Landsberg (T = Textband, N = Notenband).
- Stoerk, Felix: *Zur Methodik des öffentlichen Rechts*, in: Grünhuts Z. Bd. 12 (1885) S. 80 ff.
- Tatarin-Tarnheyden, Edgar: *Staat und Recht in ihrem begrifflichen Verhältnis*, Eine Studie über die Konsequenzen der Stammlerschen Rechtslehre, in: Festgabe für Rudolf Stammler (Berlin 1926) S. 477 ff.
- Thieme, Hans: *Die Zeit des späten Naturrechts*, Eine privatrechtsgeschichtliche Studie, in: Z.R.G. Germ. Abt. Bd. 56 (1936) S. 202 ff.
- , —: *Das Naturrecht und die europäische Privatrechtsgeschichte* (Schriftenreihe des Instituts für intern. Recht und intern. Beziehungen, Universität Basel H. 6), 2. Aufl. Basel 1954.

- Thoma, Richard: Der Begriff der modernen *Demokratie* in seinem Verhältnis zum Staatsbegriff (Prolegomena zu einer Analyse des demokratischen Staates der Gegenwart), in: Hauptprobleme der Soziologie, Erinnerungsgabe für Max Weber Bd. 2 (München/Leipzig 1923) S. 37 ff.
- , —: Art. „*Staat* (Allgemeine Staatslehre)“, in: H.W.B.d.St.Wiss. 4. Aufl. Bd. 7 (Jena 1926) Sp. 724 r ff.
- Thomasius, Christian: *Institutionum iurisprudentiae divinae libri tres*, 2. Aufl. Halae 1694.
- , —: *Fundamenta iuris naturae et gentium*, 3. Aufl. Halae et Lipsiae 1713.
- Thon, August: Rechtsnorm und subjektives Recht, Untersuchungen zur allgemeinen Rechtslehre, Weimar 1878.
- Tönnies, Ferdinand: Thomas Hobbes, der Mann und der Denker, 2. Aufl. Osterwieck/Leipzig 1912.
- de Tourtoulon, Pierre: Les trois justices, Paris o. J. (1933).
- Trendelenburg, Friedrich: Naturrecht auf der Grundlage der Ethik, 2. Aufl. Leipzig 1868.
- Triepel, Heinrich: Die *Reichsaufsicht*, Untersuchungen zum Staatsrecht des Deutschen Reiches, Berlin 1917.
- von Turegg, Kurt Egon: Lehrbuch des Verwaltungsrechts (Lehrbücher und Grundrisse der Rechtswissenschaft Bd. 20), 3. Aufl. Berlin 1956.
- Ueberweg, Friedrich: Grundriß der Geschichte der Philosophie, 12./13. Aufl. Basel 1951 ff. 5 Bde.
- Ulbrich, Josef: *Lehrbuch* des österreichischen Staatsrechts, Berlin 1883.
- , —: Das österreichische *Staatsrecht* (D.ö.R.d.Gegenwart Bd. 10), Tübingen 1909.
- Ullmann, Walter: The medieval idea of law as represented by Lucas de Penna, A study in fourteenth-century legal scholarship, with an introduction by Harold Dexter Hazeltine, London 1946.
- Vareilles-Sommières, M. de La Brone, Marquis de: Les personnes morales, Paris 1902.
- Del Vecchio, Giorgio: Il *concetto* del diritto, 2. Aufl. Bologna 1912.
- , —: *Saggi intorno allo Stato* (Pubblicazioni dell'Istituto di Filosofia del Diritto della R. Università di Roma Bd. 1), Roma 1935.
- , —: Sulla *statualità* del diritto, in: *Saggi intorno allo Stato* (Roma 1935) S. 9 ff.
- , —: La *crisi dello Stato*, in: *Saggi intorno allo Stato* (Roma 1935) S. 47 ff.
- , —: *Individuo*, Stato e corporazione, in: *Saggi intorno allo Stato* (Roma 1935) S. 87 ff.
- , —: *Etica*, diritto e Stato, in: *Saggi intorno allo Stato* (Roma 1935) S. 147 ff.
- , —: Stato e *società degli Stati*, in: *Saggi intorno allo Stato* (Roma 1935) S. 171 ff.
- , —: *Stato fascista* e Vecchio Regime, in: *Saggi intorno allo Stato* (Roma 1935) S. 203 ff.
- , —: Die *Krise der Rechtswissenschaft*, in: Arch.R.Soz.Phil. Bd. 29 (1935/36) S. 1 ff.
- , —: *Lezioni* di filosofia del diritto, 3. Aufl. Roma 1936, 7. Aufl. Milano 1950 (Wenn nichts besonderes vermerkt ist, gilt die 7. Aufl.).
- , —: *Lehrbuch* der Rechtsphilosophie (Beiheft 34 für die Mitglieder der Int. Vereinigung für Rechtsphilosophie), Berlin 1937.
- von Verdross, Alfred: Die *Einheit* des rechtlichen Weltbildes auf Grundlage der Völkerrechtsverfassung, Tübingen 1923.
- , —: Die *Verfassung* der Völkerrechtsgemeinschaft, Wien/Berlin 1926.

- von Verdross, Alfred: *Völkerrecht* (Rechts- und Staatswissenschaften hrsg. v. Adamovich, Verdross und Wolff Bd. 10), 2. Aufl. Wien 1950.
- , —: *Grundlinien* der antiken Rechts- und Staatsphilosophie (Rechts- und Staatswissenschaften hrsg. v. Adamovich, Verdross und Wolff Bd. 1), Wien 1946.
- Vinogradoff, Paul: *Outlines of historical jurisprudence*, London 1920/22 2 Bde.
- Virga, Pietro: *Diritto costituzionale*, Palermo 1950.
- Vitta, Cino: Les personnes morales de droit public en France et en Italie, in: *Mélanges Maurice Hauriou* (Paris 1929) S. 763 ff.
- Volz, Otto: *Christentum und Positivismus, Die Grundlagen der Rechts- und Staatsauffassung* Friedrich Julius Stahls, Tübingen 1951.
- Waldecker, Ludwig: *Über den Begriff der Korporation des öffentlichen Rechts nach preußischem Recht*, Berlin 1913.
- , —: *Allgemeine Staatslehre*, Berlin 1927.
- Walder, Ernst: Zwei Studien über den aufgeklärten Absolutismus, in: *Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte* Bd. 15 (1957) S. 134 ff.
- Waline, Marcel: *Positivisme philosophique, juridique et sociologique*, in: *Mélanges Raymond Carré de Malberg* (Paris 1933) S. 517 ff.
- , —: *Manuel élémentaire de droit administratif*, 4. Aufl. Paris 1946.
- Walz, Gustav Adolf: *Die Staatsidee des Rationalismus und der Romantik und die Staatsphilosophie Fichtes, Zugleich ein Versuch zur Grundlegung einer allgemeinen Sozialmorphologie*, Berlin 1928.
- , —: *Staatsrecht*, in: *Das gesamte Deutsche Recht* hrsg. v. R. Stammler Bd. 2 (Berlin 1935) S. 211 ff.
- Welcker, Carl Theodor: *Die letzten Gründe von Recht, Staat und Strafe philosophisch und nach den Gesetzen der merkwürdigsten Völker rechtshistorisch entwickelt*, Gießen 1813.
- Welzel, Hans: *Naturrecht und materiale Gerechtigkeit, Problemgeschichtliche Untersuchungen als Prolegomena zu einer Rechtsphilosophie (Jurisprudenz in Einzeldarstellungen Bd. 4)*, 2. Aufl. Göttingen 1955.
- Wenzel, Max: *Juristische Grundprobleme*, 1. Bd.: *Der Begriff des Gesetzes, Zugleich eine Untersuchung zum Begriff des Staates und Problem des Völkerrechts*, Berlin 1920.
- , —: *Der Begriff des Gesetzes in der Reichsverfassung*, in: *Veröffentlichungen d. Vereinigung d. Dt. Staatsrechtslehrer* H. 4 (Berlin/Leipzig 1928) S. 136 ff.
- Weyr, Franz: *Zum Problem eines einheitlichen Rechtssystems*, in: *Arch.ö.R.* Bd. 23 (1908) S. 529 ff.
- Wieacker, Franz: *Privatrechtsgeschichte der Neuzeit unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Entwicklung (Jurisprudenz in Einzeldarstellungen Bd. 7)*, Göttingen 1952.
- Wieland, Karl: *Handelsrecht (Syst.H.B.d.Dt.R.Wiss. Abt. III Teil 1)*, München 1921/31 2 Bde.
- von Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich: *Staat und Gesellschaft der Griechen*, in: *U. von Wilamowitz-Moellendorff / J. Kromayer / A. Heisenberg, Staat und Gesellschaft der Griechen und Römer bis zum Ausgang des Mittelalters (Die Kultur der Gegenwart, ihre Entwicklung und ihre Ziele, hrsg. v. P. Hinneberg Teil II Abt. IV/1)* (2. Aufl. Leipzig/Berlin 1923) S. 1 ff.
- Wilson, Woodrow: *The State, Elements of historical and practical politics*, revised edition London 1899.
- Wippermann, Eduard: *Über die Natur des Staates, Eine publizistische Abhandlung*, Göttingen 1844.

- Wörterbuch des Deutschen Staats- und Verwaltungsrechts, begründet von K. von Stengel, 2. Aufl. hrsg. v. M. Fleischmann, Tübingen 1911 ff. 3 Bde. (zit. *W.B.d.Dt.St.u.Vw.R.*).
- Wolf, Erik: *Grotius*, Pufendorf, Thomasius, Drei Kapitel zur Gestaltungsgeschichte der Rechtswissenschaft (Heidelberger Abhandlungen z. Phil. und ihrer Geschichte hrsg. v. Hoffmann u. Rickert H. 11), Tübingen 1927.
- , —: *Große Rechtsdenker* der deutschen Geistesgeschichte, 3. Aufl. Tübingen 1951.
- Wolff, Christian: *Vernünfftige Gedancken* von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen, Franckfurt/Leipzig 1725.
- , —: *Ius naturae methodo scientifica pertractatum*, Pars octava, Halae Magdeburgicae 1748.
- , —: *Institutiones iuris naturae et gentium*, Halae Magdeburgicae 1750.
- Wolff, Hans J.: *Organschaft und juristische Person*, 1. Bd.: *Juristische Person und Staatsperson*, Berlin 1933.
- Woolf, Cecil N. Sidney: *Bartolus of Sassoferrato, His position in the history of medieval political thought*, Cambridge 1913.
- Zachariae, Karl Salomo: *Vierzig Bücher vom Staate*, 2. Aufl. Heidelberg 1839 ff. 7 Bde.
- Zitelmann, Ernst: *Begriff und Wesen der sogenannten juristischen Personen*, Leipzig 1873.
- Zoepfl, Heinrich: *Constitutionelle Monarchie* und Volks-Souveränität, Eine Frage der Zeit als Beitrag zur Begründung des neuen Staatsrechtes, Frankfurt a. M. 1848.
- , —: *Grundsätze* des allgemeinen und deutschen Staatsrechts, 4. Aufl. Heidelberg/Leipzig 1855/56 2 Bde.
- , —: *Grundriß* zu Vorlesungen über Rechtsphilosophie (Naturrecht) (Bibliothek f. Wiss. u. Literatur Bd. 26), Berlin 1878.
- Zorn, Philipp: *Das Staatsrecht* des Deutschen Reiches (Guttentagsche Sammlung von Lehrbüchern d. Dt. Reichsrechts Bd. 5/6), 2. Aufl. Berlin/Leipzig 1895/97 2 Bde.
- , —: *Die Entwicklung* der Staatsrechtswissenschaft seit 1866, in: *Jb.ö.R.* Bd. 1 (1907) S. 47 ff.
- Zuber, Wolfgang: *Die Staatsperson Pufendorfs im Lichte der neuen Staatslehre*, in: *Arch.ö.R.* N. F. Bd. 30 (1939) S. 33 ff.
- Zweig, Egon: *Die Lehre vom Pouvoir Constituant, Ein Beitrag zum Staatsrecht der französischen Revolution*, Tübingen 1909.

Lebenslauf

Ich wurde am 26. März 1924 in Winterberg bei Winterthur geboren. Die Primarschule und das Gymnasium besuchte ich in Winterthur. Nach bestandener Maturitätsprüfung im Herbst 1942 immatrikulierte ich mich an der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Während meiner Studienzeit, die durch längere Militärdienstleistungen unterbrochen wurde, widmete ich mich auch dem Studium der Philosophie und Soziologie. Die Doktorprüfungen schloß ich im Dezember 1953 ab.

